

KURDISTAN REPORT

Doppelnummer
April/Mai 1992
Nr. 45/46
Preis: 6.- DM



Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

Kurdistan Report

Doppelnummer

45-46

Impressum:
V. I. S. d. P.:
H. Barcedogmus
Vogelsangerstr. 286
5000 Köln 30

Kontakt Adresse:
Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

Belgien 104.00 bfr.
Dänemark 20.00 dkr.
Frankreich 20.00 ff.
Großbritannien 2.40 £.
Niederlande 7.00 hfl.
Norwegen 15.00 nkr.
Österreich 50.00 s.
Schweden 15.00 skr.
Schweiz 6.00 sfr.

KONTAKTADRESSEN

Kurdistan-Komitees in Europa

Kurdistan Komitee:
Linke Wienzeile 78, 1060 Wien, ÖSTERREICH
Tel./Fax: 222 / 587 42 68

Comite du Kurdistan:
P.B. 1154, 1000 Brüssel, BELGIEN
Tel.: 2 / 230 92 39 Fax: 2 / 230 92 08

Kurdistan Kommitten:
Vesterbrogade 24a 3th, 1620 Kopenhagen-V, DÄNEMARK
Tel.: 31 / 24 74 57

Koerdistan Komitee:
Postbus 10242, 2501 Den Haag, NIEDERLANDE
Tel./Fax: 70 / 389 18 07

Comite du Kurdistan:
147 Rue de la Fayette, 75010 Paris cedex, FRANKREICH
Tel.: 1 / 42 82 92 76 Fax: 1 / 42 82 97 93

Kurdistan Committee:
P.O.Box 5607, Nicosia, ZYPERN
Tel.: 72 / 46 76 35 Fax: 72 / 46 76 26

Kurdistan Information Centre:
11 Portland Gardens, Haringey, London N 4, GROSSBRITANNIEN
Tel.: 81 / 880 17 59 Fax: 81 / 802 99 63

Comite du Kurdistan:
Case Postale 202, 1211 Geneve 21, SCHWEIZ
Tel.: 22 / 29 33 94 Fax: 22/ 29 47 87

Kurdistan Komitee in der BRD e.V:
Hansaring 66, 5000 Köln 1, BRD
Tel.: 0221 / 12 52 64 Fax: 0221 / 13 48 68

Büro der ERNK:
Ipokratous 72, 10680 Athen, GRIECHENLAND
Tel./Fax: 1 / 36 34 905

Weitere Kontaktadressen:

Centro de informacion y cooperacion con el Kurdistan
Tel/Fax: 341 / 4 70 20 04
Apartado 8483
28080 Madrid - Espana

Centre Catalunya-Kurdistan
c/o Salvadors 24 baixos
08001 Barcelona - Espana

Solidaritätsgruppen in der BRD

- **Arbeitskreis Kurdistan-Botan, Kottbusserstr. 8, 1000 Berlin 36**
- Freunde des kurdischen Volkes HH, Ottenser-Hauptstr. 35, 2000 Hamburg 50
- **AK-Kurdistan, c/o Karen Wind, Strandweg 9, 2305 Möltenort**
- Asyl u. Solidaritätskomitee, c/o Zentrum, Mengstr. 35, 2400 Lübeck
- **Initiative Internationale Solidarität / Kurdistan Solidarität c/o Sielwallhaus, Sielwall 38, 2800 Bremen 1**
- Kurdistan-Solidarität, c/o Rhizom, Weckenstr. 1, 3000 Hannover 91
- **AK-Kurdistan, c/o Die Brücke, Wilmergasse 4, 4000 Münster**
- Solidaritätskomitee mit den kurdischen Gefangenen, c/o BWK-Ruhr, Postfach 10 03 65, 4300 Essen 1
- **IAK-Kurdistan, Autonomie Buchladen, Redlingerstr. 8, 4500 Osnabrück**
- Kurdistan-Solidarität Osnabrück, c/o Autonomie Buchladen, Redlingerstr. 8, 4500 Osnabrück
- **AK-Kurdistan, c/o Kurdistan-Zentrum, Düppelstr. 11a, 4800 Bielefeld**
- AK-Kurdistan c/o GNN-Verlag, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1
- **AK-Internationalismus, Wolfstr. 10 (Hinterhaus), 5300 Bonn 1**
- AK-Kurdistan, c/o Bücherkiste, Bismarkstr. 3, 5900 Siegen
- **AK-Kurdenprozeß, Arbeitersolidaritätskomitee, Leipzigerstr. 32, 6000 Frankfurt 90**
- Freunde und Freundinnen des kurdischen Volkes, M2/WI, c/o Infoladen, Werderstr. 8, 6200 Wiesbaden
- **Freunde/innen des kurdischen Volkes, c/o Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9, 6300 Gießen**
- Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim
- **Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1**
- Kurdistan-Komitee, c/o GNN/Verlag, Postfach 2748, 7500 Karlsruhe 1
- **AK-Kurdistan-München, c/o GNN-Verlag, Holzstr. 2, 8000 München 5**
- Solidaritätsgruppe gegen den Kurdenprozess, c/o Was Lefft, Postfach 3543, 8520 Erlangen

KURDISTAN REPORT - Abonnement

jährlich (incl. Porto + Versand) 36.– DM

An:
Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

Name : ....
Anschrift : ....
....

Zahlungen an: Stadtsparkasse - Köln
H. Barcedogmus
Konto Nr.: 27 93 29 53
BLZ: 370 501 98

PS: Schickt bitte den Einzahlungsbeleg und dieses ausgefüllte Formular an unsere Adresse

Inhalt

Editorial ... 4

Kurdistan - Aktuell

Thesen über den Aufstand ... 5

"Die PKK ist das Volk, das Volk sind wir" ... 10

NEWROZ
Kurdischer Nationalfeiertag und Neujahrsfest ... 15

Kurdistan - 7 Tage im März ... 19

Presseerklärung
"Der türkische Staat bereitet sich auf einen Völkermord vor" ... 24

Newroz 1992 ... 26

Presseerklärung der ERNK-Europavertretung ... 37

Entschließungsantrag ... 38

Reaktionen ... 39

Entwicklungen - Perspektiven

Interview mit Abdullah Öcalan:
"Wir wollen die Türkei nicht aufspalten, sondern brüderlich teilen..." ... 42

Deklaration an die Vereinten Nationen ... 47

Das Volk fordert Verhandlungen mit der PKK, statt Beschwichtigungen durch "Güte"-Politik ... 48

Die PKK ist eine Kriegspartei und muß auf internationaler Ebene als solche offiziell anerkannt werden ... 51

Die USA-Reise Demirels und ihre Ergebnisse ... 55

Die Ankara-Reise Barzanis ... 58

Menschenrechte

"Komm'. Komm' zum Galgen..." ... 60

Tagebuch der Menschenrechte ... 63

Verschiedenes

Boykottiert den Tourismus in die Türkei ... 65

Gedicht: Newroz-Zeit ... 66



EDITORIAL

An die Leser,

aufgrund der aktuellen Ereignisse um die Newroz-Feiern haben wir uns entschieden, in einer Doppelnummer (April/Mai, Nr. 45/46) möglichst ausführlich die Situation in Kurdistan zu schildern.
Der zentrale Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Rubrik: Kurdistan Aktuell - Newroz 1992. Dort finden sich politische Einschätzungen, Augenzeugenberichte, Stellungnahmen zu den Newroz - Aktivitäten aber auch zur Situation an der "2. Front gegen die PKK", den 129a-Prozeß in der Bundesrepublik Deutschland. Teil davon ist die "Letzte Erklärung" der noch verbliebenen politischen Gefangenen aus diesem Prozeß.

In der Rubrik: Entwicklungen - Perspektiven wollen wir Stimmen zu Wort kommen lassen, die sich für eine klare politische Lösung in dem Krieg in Kurdistan einsetzen:
Dort finden sich Auszüge aus einem Interview mit dem Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan; eine Erklärung von türkischen und kurdischen Intellektuellen, Rechtsanwälten und Politikern an die Vereinten Nationen und ein Plädoyer für die Anerkennung der PKK als Kriegspartei nach dem Internationalen Völkerrecht.
Weiterhin ist eine Bewertung des Besuchs von S. Demirel in den USA zu lesen und über die Haltung der KDP.

Vieles an Menschenrechtsverletzungen ist mit den Ereignissen um die Newroz-Feierlichkeiten einer breiten europäischen Öffentlichkeit bekannt geworden - doch es ist noch immer nicht alles: in der Rubrik: Tagebuch der Menschenrechte findet sich ein Artikel über den Terror der Konterguerilla in den vergangenen Wochen und ein Artikel über die Repression gegen die Arbeitspartei des Volkes, HEP.

In der Rubrik: Verschiedenes findet sich zunächst ein Aufruf des Kurdischen Studentenverbandes Münster, keinen Urlaub in der Türkei zu machen.

Wir bedanken uns für die vielen Briefe, die uns seit der März-Ausgabe erreicht haben und versprechen, daß sie baldmöglichst beantwortet werden.
Die nächste Ausgabe des Kurdistan–Report, Nr. 47, wird im Juni erscheinen.

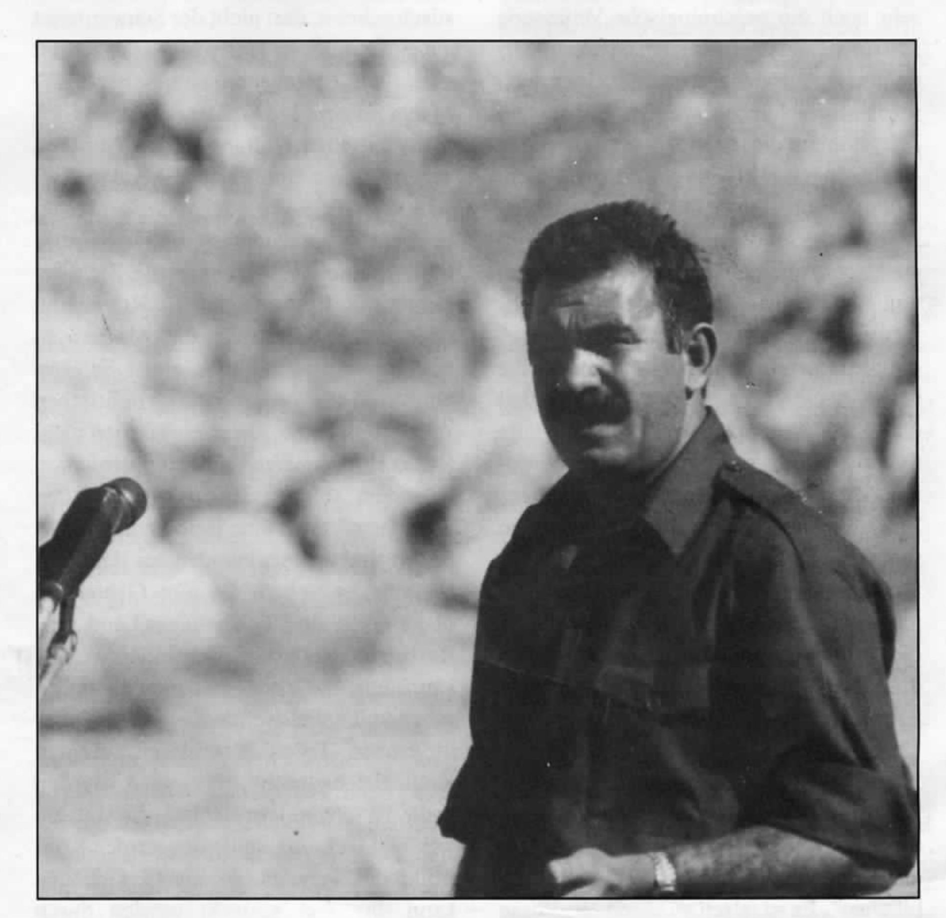
Mit solidarischen Grüßen,
die Redaktion

Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan:

Thesen über den Aufstand

Wir müssen vor allem die Frage beantworten, welche Ziele wir mit unserem Schritt zum Aufstand verfolgen und die Definition der Realisierung des Aufstands festlegen. Wir müssen unter Berücksichtigung der heutigen Bedingungen in den Aufstand gehen. Unter den heute vorhandenen Bedingungen in Kurdistan können wir einen Aufstand (aus der Authentizität Kurdistans heraus verwirklichen) durch Überwindung der wahnsinnigen Gegenmaßnahmen des Feindes, seines Spezialkriegs und reformistische Tricks und Falschheiten aller Art überwinden. Diesen Umstand müssen wir ganz genau begreifen. Denn wir können nicht, wie manchmal geglaubt wird, einen Aufstand willkürlich - wie wir gerade wollen - vorbereiten. Was mit dem Aufstand einhergeht ist vor allem eine politische Entwicklung. Es ist schon alleine eine große Entwicklung, die Möglichkeit eines zu ergreifen, den Aufstand in den Mund nehmen und sagen zu können, daß wir den Aufstand wagen können. Es muß betont werden, daß der Spezialkrieg jegliche Maßnahmen ergreift, um es nicht zur Stufe des Aufstands kommen zu lassen. Der Feind verbreitet den Reformismus immer mehr als eine Methode, um einen revolutionären Aufstand zu verhindern, ihn seines Inhalts zu berauben, mit Terror Panik auszulösen und auf diese Weise zu liquidieren.

Wir möchten noch einmal hinweisen, daß dieser Punkt genau beachtet werden muß. Unsere Partei, die PKK, hat es zum ersten Mal in der Geschichte Kurdistans geschafft mit dem Aufstand eine Position zu erobern, mit ihrem revolutionären Kampf die Aufstandsphase funktionsfähig zu machen und die Bedingungen dazu anzugehen. Unter Hinzurechnung der revolutionären Aktivitäten in der Türkei sind die Bedingungen innerhalb eines Zeitraums von 20 Jahren Widerstandsgeschichte zum ersten Mal so günstig für den Aufstand. Die Aufstandsphasen können nicht unter dem Gesichtpunkt technischer Dinge betrachtet werden und nicht mit einer Haltung angegangen werden, "wenn wir wollen machen wir jetzt den Aufstand". Diese Stufe ist nur dadurch erreicht worden, daß hundertausende gekämpft und ihr Leben für diesen Kampf eingesetzt haben. Nur durch Anwendung großartiger revolutionärer Taktiken und eines auf dieser Basis entwickelten und auf das Volk gestützten Avantgardekampfs konnte in dem durch die Kolonialherrschaft und die Kollaboration der Feudalherren geprägten Klima der Pazifikation (Befriedungspolitik) und dem auf militärischer und politischer Ebene geführten Spezialkrieg der Aufstand entwickelt werden. Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, diese Entwicklung als eine grundlegende zu betrachten und zu behandeln.



1. These:

Der Aufstand ist ein Teil und die wichtigste Stufe des langandauernden Volkskriegs. Die bis heute durchgeführten Aktivitäten haben erreicht, daß die Massen eine entsprechende psychische Verfassung und den Mut bekommen haben sowie, daß eine militärische Organisiertheit auf dieser Ebene geschaffen wurde, um den Aufstand praktisch entwicklen zu können. Die Aktivitäten der Avantgarde im Land und im Ausland haben auf dieser Basis eine Erfolgs-

chance geschaffen. Das ist zwar nicht alles, aber eine sehr wichtige Voraussetzung. Wenn wir vom Aufstand sprechen, müssen wir diese Voraussetzung als erste These sehr genau betrachten.
Wenn unsere erste These richtig ist, dann werden wir ab jetzt die sehr wichtige Gelegenheit, sogar als eine Gelegenheit den jahrhundertealten Traum zu verwirklichen nutzen, um die vor uns liegenden Aufgaben mit aller Kraft übernehmen. Wie sehr auch die psychologische Verfassung sowohl der Massen als auch der Avantgarde noch unzureichend und auf einer noch nicht ausreichend bewußten Ebene sein mag, können die unter den jetzt günstigen Bedingungen notwendige Aktionen nicht mehr aus subjektiven Gründen um Monate hinausgeschoben werden. Der Aufstand kann auch nicht als ein spontan sich von allein entwickelter Aufstand betrachtet werden. Das ist die Herangehensweise, die die reformistischen und andere Kräfte gerne möchten. Es ist ganz im Gegenteil eine Stufe, die sehr bewußt, durch große Opferbereitschaft und von einer revolutionären Avantgarde entwickelt worden ist. Wie gering auch immer die Möglichkeiten sein mögen und wie unzureichend die Stufe der Vorbereitung auch immer sein mag: der Aufstand hat heute sowohl für die Avantgarde als auch für das Volk einen Sinn. Der Aufstand ist ein unverzichtbarer Schritt und wir müssen ihn unbedingt machen.
Niemand kann diese erste These weder willkürlich übergehen, noch eine eindeutig reformistische Haltung zeigen, indem er sagt "Verschieben wir es noch ein bißchen". Es ist falsch zu sagen, die Phase sollte hinausgezögert werden, weil die Vorbereitungen und der Organisiertheitsgrad zu gering seien. Die Beteiligung zeigt schon alleine, daß der Aufstand jetzt eine unverzichtbare Chance für Kurdistan ist. Es muß auch die große Beteiligung am Aufstand als ein genauso wichtiger Punkt wie die Vorbereitung als eine wichtige Gelegenheit betrachtet werden. Daraus ergibt sich die

2. These:

Es ist eine falsche Herangehensweise den Aufstand willkürlich zu verschieben oder alles so zu betrachten, als hätte in der Vergangenheit nichts stattgefunden und als seien die besonderen Charakteristika dieser Phase so wie in jeder anderen Phase auch und heute nicht anders.

3. These:

Die Ziele müssen realistisch gesteckt werden. Wenn auch auf der jetzigen Stufe eine vollkommene Unabhängigkeit nicht realistisch scheint, darf nicht der Schwerpunkt auf eine politische Herrschaft gesetzt oder eine vorübergehende und begrenzte Macht akzeptiert werden. Wir können nicht mit einer Haltung in den Aufstand gehen wie sie zum Beispiel bei den Aufständen in Palästina oder anderswo vorgeherrscht hat: nur einfach als Demonstration gegen einige ökonomische Ziele gerichtet, als Reaktion auf die Repression oder als Volksfest für die Massen an bestimmten Tagen, ohne einen Schwerpunkt auf die örtlichen und politischen Aspekte zu legen. Die Ziele können nicht auf so einfache Weise gesteckt werden.
In einem solchen Fall würden in den Zwischenräumen eine Reihe von Unklarheiten und Durcheinander bei der Zielrichtung entstehen. Es gibt Gebiete in denen sogar ein Stück befreites Land, eine Revolutionsregierung gegründet werden kann. Es gibt Gebiete in denen die politischen und militärischen Ziele des Feindes in großen Teilen zerschlagen und ein Kräftegleichgewicht erzwungen werden kann. Es gibt andere Gebiete, die sind ein weißer Fleck, die stehen unter der Kontrolle des Feindes. In diesen Gebieten kann das Ziel gesteckt werden durch politische Demonstrationen eine Entwicklung einzuleiten, ohne den Feind zu schlagen. Eine für jede Stadt gleiche Zielsetzung ohne die vorhandenen Unterschiede zu berücksichtigen kann nicht realistisch sein.
Gebiete wie Botan, in denen unser bewaffneter Kampf sehr intensiv ist, werden die Zentren der größten Stützen für den Aufstand und ein Gebiet weit hinter der Front sein. Als Resultat daraus, daß wir in diesem Gebiet unseren bewaffneten Kampf vollkommen entwickelt haben, vor allem die Bildung der Guerillaarmee breit und tief verankert wurde, zielt der Aufstand in diesem Gebiet darauf ab, es praktisch vom Territorium des Feindes abzutrennen und es ihm so weit wie möglich zu entreißen. Die Städte werden von der Guerilla von außen geschützt und die Stadtmilizen haben sich so weit entwickelt, daß sie in der Lage sind selbstständig zu kämpfen. Die vollständige Kontrolle über die ländlichen Gebiete und die Städte kann in diesen Gebieten gewonnen werden. Dort können sich weitgehend bewaffnete Aufstände entwickeln.
Das Ziel umfaßt also auch den Griff nach der Macht wie eine Macht zu handeln. Die Autorität des Feindes ist zurückgedrängt, wenn er noch eine haben sollte dann wird sich diese auf einige wenige Garnisonen beschränken. Nachdem das Volk vollkomme beteiligt ist und die Kontrolle ausübt, werden auch die zivilen Kollaborateure des Feindes höchstens noch in der Struktur der türksichen Armee weiterbestehen können. Schon jetzt kann der Feind sich in den Städten nicht mehr frei bewegen und ist gezwungen, sich an bestimmte Punkte zurückzuziehen; das gleiche gilt für die ländlichen Gebiete. Die Bedingungen für eine solche Entwicklung sind günstig, so daß das auch in Garzan und zunehmend in Dersim und anderen Gebieten realisiert werden kann.
Der Erfolg der Schritte in diese Richtung hängt eng von der Vorbereitung ab. In der um dieses Zentrum gelegenen Region zweiten Ranges sehen die Ziele des Aufstands etwas anders aus. In den Gebieten zweiten Ranges ist im Grunde schon jetzt der Kampf ziemlich stark. Dort lebt sowohl der bewaffnete Kampf als auch der Serhildan, der Volksaufstand. Unsere Ziele, die wir in den Gebieten zweiten Ranges erreichen wollen, lassen sich kurz so zusammenfassen: daß sie schon jetzt die Stufe unserer Gebiete ersten Ranges erreichen, also die Kontrolle in den Städten in die Hände der Volkskräfte übergeht, daß auf dem Land unsere bewaffneten Kräfte wenigstens ohne Mühe operieren können und eine gut verankerte Guerilla entsteht. Der Feind muß von der politischen Macht völlig isoliert und seine Kontrolle im militärischen Bereich weitmöglichst begrenzt werden.
Die typische Aufstandsform in der Region zweiten Ranges ist je nach dem Ziel bewaffnet oder politisch. Von Zeit zu Zeit muß der Aufstand in diesen Gebieten von den bewaffenten Kräften außerhalb geschützt und die politischen Demonstrationen in den Städten entwickelt werden.
Zu den Gebieten dritten Ranges gehören in gewissem Maße auch die türkischen

Metropolen. Dieses Gebiet ist ein für die Revolution Kurdistans ganz neu eröffnetes Gebiet. Es kann das Ziel gesteckt werden, daß in diesen Gebieten dritten Ranges der Kampf so weit entwickelt wird wie in den Gebieten zweiten Ranges. Das ist eine sehr grobe Klassifizierung, die Gebiete und die Stufe ihrer Entwicklung des Kampfes können nicht so scharf getrennt werden. Da die Entwicklung in der Aufstandsphase sehr rasant ist, kann es jeder Zeit vorkommen, daß ein fortgeschrittenes Gebiet zu einem passiven Gebiet wird. Genauso kann sich ein Gebiet, in dem der Kampf schwach entwickelt ist, stark aktivieren und zu einem Gebiet ersten Ranges werden. Diese Klassifizierung der verschiedenen Gebiete darf nicht schematisch gemacht werden, sie wird im Kampf entschieden. Allerdings muß zuerst einmal folgendes festgestellt werden: Wir sind dabei dem Staat die Macht zu entreißen, in bestimmtem Maße erobern wir die Macht im Namen des Volkes. Das geschieht in bestimmte Gebieten und ist zeitlich begrenzt. In anderen Gebieten sind unsere Aktivitäten schwerpunktmäßig politisch. Es sind Aktivitäten, um die politische Kontrolle des Feindes liquidieren. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß auch ohne Unabhängigkeit das Volk eine sehr weitentwickelte Reifefür die Unabhängigkeit erreicht hat. Die Freiheit verwirklicht sich für das Volk in weiten Bereichen. Die Kontrolle des Feindes ist ziemlich geschwächt. In diesem Sinne wächst für uns der Unabhängigkeitskampf.

So ist der Charakter dieser Phase. Dazu gehören auch die reformistischen Lösungsvorschläge des Imperialismus und der Kollaboration. Ihre Taktik angesichts der Wahrscheinlichkeit, daß die Revolution Kurdistans mit einem Aufstand noch mehr gesteigert wird, daß unabhängige Gebiete und eine befreite revolutionäre Realität des Volkes entstehen werden, lautet "Nein zum Terror beider Seiten". Sie bemühen sich entsprechend dieser Taktik zu verbreiten, es sei ein Traum auf der heutigen Stufe an Unabhängigkeit und Volksmacht für Kurdistan zu denken und behaupten es sei notwendig unter der poltischen und militärischen Herrschaft des angeblich brüderlichen Feindes zu leben. Im Zusammenhang mit dieser Taktik gibt es in Südkurdistan weder eine bewaffnete Verteidigung des Volkes, noch ein Volksparlament oder Unabhängigkeit. Damit verfolgen sie die Absicht, das Volk zur Kapitulation zu bringen, es mit einem falschen Kurdentum und einigen Reformen, denen nicht zu trauen ist, zu ködern. Es soll seine revolutionäre Substanz verlieren, um dann auf einer solchen Basis eine kurdische Partei gründen zu können, die sich auf Aktivitäten innerhalb des gesetzlich zulässigen Rahmens beschränkt. Hier sind wir mit einer Taktik konfrontiert, die Autonomie zum Ziel hat.

Das ist die Taktik, die der Imperialismus und vor allem der türkische Kolonialismus unter dem Namen "Kurdenreform" zu verkaufen versucht. Sie wollen eine Taktik in dieser Zielrichtung erreichen. Wenn von ihrer Seite aus gesagt wird, daß auch die PKK unter diese beabsichtigte Reform fallen könnte, dann ist das äußerst gefährlich. Das Ziel ist die revolutionäre Substanz zu liquidieren. Der Feind hat die Provokationen der Jahre 1983, 86, 88 und besonders 90/91 mit diesem Ziel organisiert. Er versuchte, den Vertretern dieser Provokation eine legale Basis anzubieten. Wir können also die Politik des Feindes in den Gefängnissen und in Bezug auf die Guerilla, also die Politik der Amnestie gegen Abschwören - schließlich ist das Gesetz der Liquidation auch das Reuegesetz -, die Gesetzesreformen, die das Erscheinen legaler kurdischer Zeitungen ermöglichen soll und die mögliche Gründung einer legalen kurdischen Partei in allernächster Zukunft als konterrevolutionäre Initiativen definieren, die zusammen mit dem Spezialkrieg geführt werden. Sie versuchen diese Politik unter der Maske von Reformen einzuführen.

Daher ist das Ziel dieser Politik reaktionär. Die Revolutionäre haben die Pflicht dies aufmerksam zu verfolgen und die Ziele der Reformpolitik des Feindes ständig zum Scheitern zu bringen. So ist zum Beispiel eine Autonomie für Südkurdistan wie sie der Imperialismus und die kurdische Kollaboration dort verwirklichen wollen, der Versuch die revolutionäre Energie des kurdischen Volkes ins Leere laufen zu lassen. Das versuchen sie seit 40 Jahren und jetzt wollen sie das endlich schaffen. Aus diesem Grund muß diese Gefahr in Südkurdistan erkannt und dort die Taktik des revolutionären Aufstands entwickelt werden. Genauso ist es die revolutionäre Pflicht, an den revolutionären Zielen festzuhalten und die für Nordwest-Kurdistan geplanten falschen Reformen als solche zu erkennen und zum Scheitern zu bringen.

4. These

Unsere 4. These beschäftigt sich mit den Mitteln und Formen. Die Formen des Aufstandes gehen von Aufständen mit politischem Schwerpunkt bis zu Auständen mit militärischem Schwerpunkt. Also gehört auch die Waffe zum Aufstand. Im Aufstand werden bewaffnete und unbewaffnete Formen miteinander verknüpft. Die Mittel und Formen werden anhand der angestrebten Ziele in den vorhandenen Gebieten bestimmt. Sie können sicherlich nicht für alle Gebiete und Ziele gleich sein. Die Formen des Aufstandes können unter ganz verschiedenen Aspekten betrachtet werden. Es kann möglich sein, daß eine Stadt in einem richtigehenden Krieg vorübergehend oder für eine bestimmte Zeit unter unserer Kontrolle gehalten werden kann. Es kann auch sein, daß es vermieden wird bei einem Aufstand offen zur Waffe zu greifen. Das entscheidet sich durch eine richtige revolutionäre Vorgehensweise.

Die Volksmilizen in den Städten müssen gut vorbereitet sein. Sie müssen die Stadtteile verteidigen können wenn es notwendig ist. Die Volksmilizen müssen wie eine untere Stufe der Guerilla funktionieren. Auch wenn sie nicht sofort zum Einsatz kommen, muß das Volk auf den bewaffneten Kampf vorbereitet und in der Lage sein, die Waffen hervorzuholen und einzusetzen, wenn der Tag gekommen ist. Eine Stadt kann manchmal tagelang unter revolutionärer Kontrolle gehalten werden. In manchen Gebieten und entsprechend der Stärke der Guerilla in der Umgebung dieser Städte kann die Kontrolle über eine Stadt vorübergehend oder dauerhaft ausgeübt werden. Ebenso kann unser Ziel dabei die Eroberung und völlige Zerstörung der offiziellen staatlichen Institutionen sein. Die Volksmilizen selbst können eine Haltung entwickeln, die ein schnelles Aufgeben der Städte verhindert und es unmöglich macht, daß der Feind sie ohne weiteres einnehmen kann. Auch Guerillakräfte außerhalb der Städte können die Städte besetzten. Dafür können in den Städten Vorbereitungen getroffen und bewaffnete Aktionsformen durchgeführt werden.

Vor allem die Lage von Städten, die in Berggebieten liegen, ist eine besondere. In solchen Städten gewinnen bewaffnete Besetzungen, das Führen bewaffneter Demonstrationen, die Mobilisierung des Volkes zum Aufstand an Bedeutung. Die Formen richten sich nach der Größe dieser Städte. Manche Dörfer können völlig unter die Kontrolle der bewaffenten Kräfte genommen werden. In vielen Dörfern kann eine Macht basierend auf der Volksvertretung gebildet werden. Es ist vorstellbar, eine Reihe von Dörfern und Städten als befreit zu proklamieren. Einige Dörfer können von Verteidigungseinheiten geschützt werden. In der jetzigen Phase können Dorf- und Stadtteil-Verteidigungseinheiten eine Menge tun. Vor allem auf dem Land können wir die Repräsentanten des Staates und der Kollaboration in breiter Form schutzlos machen, ihnen jeden Halt entziehen und werden dies auch tun.

Wenn eine Aktionsform in vielen Stadtteilen die Staatsmacht zu Fall bringt und eine stärkende Aktion ist, dann ist es eine richtige Aktion mit guter Mobilisierungskraft. Die Aktion spielt auf dem Land eine noch größere Rolle. Das heißt jedoch nicht, daß sie für die Städte nicht so wichtig ist. Die Guerilla kann nicht durch bloße Demonstrationen des Volkes sondern nur mit gut organisierten und vorbereiteten Verteidigungseinheiten eine starke Kraft sein... Auf dem Land und in den Städten müssen große Demonstrationen organisiert werden. Diese Demonstrationen müssen unter einem bestimmten Schutz durchgeführt werden. Sie können mit der Guerilla verbunden sein. In den Großstädten können Massendemonstrationen gemacht werden. Jede große Demonstration muß das Ziel verfolgen, eine Stadt politisch vollständig zu erobern. So kann zum Beispiel eine mit großer Sorgfalt vorbereitete Demonstration in Diyarbakir diese Stadt vollkommen der Kontrolle des Feindes entreißen. Wir müssen die Taktik der breiten Demonstrationen verwirklichen, in politischer Hinsicht alle Städte Kurdistans erobern und die ländlichen Gebiete in eine Lage bringen, daß der Feind keine Kontrolle mehr dort hat. Die vorhandene Ebene der Organisierung und Aktionsformen muß anhand der konkreten Ziele verbessert werden.

Ein weiterer Punkt mit dem wir uns auf der Aufstandstufe ganz genau befassen müssen ist der, daß wir die vielen Moscheen in Kurdistan in Zentren der Agitation für den nationalen Befreiungskampf Kurdistans verwandeln müssen. Wir haben zwar dahingehend einige Aktivitäten entwickelt, diese reichen jedoch nicht aus. Es ist notwendig die Moscheen als Ganzes gesehen der Kontrolle des Feindes zu entreißen. Diese Aktivitäten können in vielerlei Formen geführt werden. Zum Beispiel kann am Ende des Freitagsgebetes entweder der Imam der Moschee oder ein Vertreter der Front im Namen der ERNK vor den Gläubigen auftreten und eine Rede über die Aufstandsphase und die mit ihr verbundenen Aufgaben halten. Es kann ein Aufruf zur Unterstützung des Aufstands und des Nationalparlaments gemacht werden. Wenn sich Erfolge einer solchen Arbeit im Aufstand widerspiegeln, dann ist das eine nicht zu unterschätzende Unterstützung.

5. These:

Anstelle eines momentanen Höhepunkts muß eine langfristige Aufstandsform entwickelt werden. Es ist also wichtig neben der Aktualität des Aufstandes auch an seine Kontinuität zu denken. Die Aufstände, die wir organisieren wollen, planen wir nicht mit kurz- sondern mit langfristigen Mitteln. Es ist notwendig anstatt kurzfristiger und auf enge Ziele ausgerichtete Aufstände, eine Form von Aufständen zu organisieren, die, wenn auch mit enggefaßten und einfachen ökonomischen Zielen, so doch das Ziel einer Steigerung in den politischen Zielen verfolgen und eine Vorstufe für die nächste Phase darstellen. Wir müssen an den Serhildan und an die Aktionen mit dem Bewußtsein herangehen, daß dadurch sowohl alles zu gewinnen ist als auch vieles kaputtgemacht werden kann. Wir dürfen keinen Raum für eine Herangehensweise lassen, als käme der Aufstand von alleine. Weil der Aufstand langfristig ist, müssen wir uns ständig ganz und gar für ihn engagieren.

Wir müssen 24 Stunden jeden Tag mit einem richtigen Geist des Aufstands und mit Entschlossenheit und einer taktischen Herangehensweise den Aufstand organisieren und dürfen dabei nicht vergessen, daß er nicht eine Sache von einem Tag, sondern eine langfristige Sache ist. Wir befinden uns in einer langfristigen Aufstandsphase, die sich von einer einfachen zu einer vielfältigen Form hin entwickelt. Sie erfordert Geduld, weil eben doch nicht ein Tag wie der andere ist. Wir müssen eine Haltung entwickeln, als ob wir unsere Aufgaben innerhalb eines Tages erfüllen müßten, also eine taktische Auffassung haben, voller Begeisterung, aber gleichzeitig müssen wir auch Geduld und Reife entwickeln.

6. These:

Wir müssen uns über die große Notwendigkeit der Organisierung der Massen in dieser Aufstandsphase genau bewußt sein. Ohne den Aufstand können die breiten Massen nicht organisiert werden, aber genauso kann es ohne die Stütze einer gewissen Vorbereitung und Organisiertheit den Aufstand nicht geben. Wir müssen genau unterscheiden, wo der Aufstand zur Organisierung der Massen besser geeignet ist und wo die Organisierung den Aufstand besser entwickeln läßt.

Der Aufstand ist eine sehr wichtige Gelegenheit um die Massen in den revolutionären Kampf führen, die Organisierung und Aktivitäten entwickelen zu können. Die Organisierung muß durch den Aufstand vom Minimum zum Maximum entwickelt werden. Eine notwendige Voraussetzung dafür ist eine Aufstandsentwicklung, die mit der Guerilla verknüpft ist. Der Aufstand macht die Massen politisch reif. Auch das ist eine wichtige Voraussetzung. Wir müssen mit der These arbeiten, daß von dieser neuen Ausgangslage ausgehend, der Aufstand sich in eine unverzichtbare Bedingung verwandelt und so kontinuierlich wird. Es ist wie die Bildung einer Armee.

7. These:

Während der Aufstandsphase wird die Guerilla eine große Entwicklung durchmachen. Tausende Menschen werden in die Guerillaarmee strömen. Die Erfahrungen des Aufstands werden in allen Gebieten, aber vor allem in denen ersten Ranges, dazu führen, daß die Volksarmee enorm anwächst. Während der Aufstand zu einer vollkommenen politischen Armeebildung des in ihm organisierten Volkes und zu einer fähigen Entwicklung der

Volksmilizen führt, wird auch die Guerillaarmee dadurch eine höhere Stufe erreichen. Die Guerillaarmee gibt etwas für den Aufstand und bekommt auch viel dafür zurück. Aus diesem Grund müssen wir schon jetzt die Guerillagebiete vorbereiten, müssen die Ausbildung von tausenden Guerilleros und Guerilleras planen, ihre Unterbringung, Logistik usw. vorbereiten. Wir sprechen also nicht vom Aufstand als einem absoluten politischen Erfolg, sondern vom Aufstand für eine noch stärkere Guerilla. Wir verbinden mit einer riesigen Offensive der Guerilla und des Aufstands die Bedingungen dafür, daß die Guerilla nicht eng begrenzt bleibt, sondern wachsen kann. Ohne einen mächtigen Aufstand kann die Guerilla nicht entwickelt werden, nicht aufrechterhalten werden und keine Kontiunität gewinnen. Dazu braucht es den Aufstand. Außerdem ist der Aufstand die Bedingung dafür, daß als seine natürliche Folge und offizieller Ausdruck die Repräsentanten Kurdistans eine nationale Volksvertretung bilden.

8. These:

Vielleicht werden wir auf der heutigen Stufe noch nicht zur Staatsbildung übergehen können, aber es wird ein Parlament der nationalen Volksvertretung entstehen als bestimmende Kraft des Volkswillens und als höchstes Beschlußorgan und Führungskraft der Revolution der nationalen Befreiung. Daher ist das zu gründende Nationalparlament das wichtigste politische Ziel des Aufstands. Das Nationalparlament wird in der jetzigen Phase wirklich wie eine nationale Vertretung der Revolution arbeiten. Dieses Parlament wird die Fragen der Revolution auf der Ebene ganz Kurdistans diskutieren. Es wird Beschlüsse fassen und darüberhinaus die Rolle eines Kontroll- und Führungsorgans ausüben. Wenn es auch nicht ganz eine Regierung sein wird, so wird es doch eine regierungsähnliche Führungsrolle besitzen. Das ist ein wichtiges politisches Ziel der geplanten Aufstände auf dieser Stufe in Kurdistan. Initiativen zur Gründung eines Parlaments reformistischer Kreise die die Autonomielinie vertreten, haben keine eine tatsächliche Verankerung eines Parlaments zum Ziel, sondern ganz im Gegenteil: dieses Parlament soll inhaltsleer gemacht werden. Diese Kräfte versuchten bis heute auf höherer Ebene für ein solches Parlament zu arbeiten, um es als Hülle zu benutzen. Daher haben wir in Anbetracht dessen, daß sie nach der Gründung eines solchen nichtssagenden Parlaments streben, unsere Aktivitäten zur Gründung eines Parlaments daran orientiert, klarzumachen, daß es nicht um die Gründung irgendeines Parlaments. Sondern um ein revolutionäres Parlament geht, und das ist sehr eng mit dem Aufstand verknüpft. Als natürliche Konsequenz daraus wird die Wahlpropaganda für die Parlamentswahlen mit dem Aufstand verknüpft. Die Kanditaten werden in der Aufstandsphase bestimmt. Dafür ist es notwendig, ein Kanditatensystem zu entwickeln, das um jeden Preis die Interessen des Volkes vertritt, den Gesetzen der Revolution verpflichtet ist und die nationalen Interessen vertritt.

Darüberhinaus könnte in Verbindung mit den Wahlen ein Referendum durchgeführt werden. Ein Referendum könnte vor allem mit der Frage "Seid ihr für einen Zusammenschluß (mit der Türkei; d. Red.) auf einer gleichen und freien Basis unter der Voraussetzung, daß Kurdistan unabhängig und frei ist?" die Stimmung im kurdischen Volk sondieren und mobilisierend wirken. Ein weiteres Ziel dieser Aufstandsphase ist es, eine Beschlussfassung auf offizieller und international anerkannter Ebene zu erreichen, wo die überwiegende Mehrheit des Volkes unter der Voraussetzung von Gleichheit und Freihheit einem Zusammenschluß (mit der Türkei) zustimmt und sein Selbstbesimmungsrecht auf internationaler Ebene einfordert.

9. These:

Wir müssen ein Referendum für die Unabhängigkeit und Freiheit durchführen. Aber wenn unsere Nachbarvölker und -nationen dies auch wollen müssen wir unserem Volk eine Politik des Zusammenschlusses auf einer Basis der Unabhängigkeit und Freiheit vermitteln. Wir führen kontiunuierliche Vorbereitungen in dieser Richtung durch.

10. These:

Unsere Vorbereitungen in allen Bereichen sind Aktivitäten zur Vorbereitung des Aufstands. Dafür bereiten wir auch jetzt schon das Klima im Ausland vor. Wenn es zu einer sehr extremen Repression kommt kann ein Teil unseres Volkes sich auch in Form von Guerillaeinheiten in die Berge zurückziehen und der andere Teil hinter die Frontlinie zurückgezogen werden. Wir bilden auch Stellungen vom Norden in den Süden. Wir können auch Stellungen in Ostkurdistan (iranisch besetzter Teil; d. Übers.) errichten. Natürlich geht es auch darum, das türkische Volk zu mobilisieren, auch in den Metropolen und in der Armee zu agieren, diese Agitation ständig weiterzuentwickeln. Die Möglichkeiten, diplomatische Kanäle zu schaffen und zu nutzen sind während der Aufstandsphase noch größer. Auch politische Verhandlungen mit dem Feind, diesen Weg offenzuhalten, wenn der Feind für politische Verhandlungen ist, sind eine Notwendigkeit und dafür müssen Aktivitäten auf politischer Ebene entwickelt werden. In diesem Zusammenhang sind bisher auch schon einige Aktivitäten gelaufen. Vor allem muß der diplomatische Bereich gut vorbereitet werden. Eine diplomatische Arbeit, die der Revolution dient, muß gestärkt werden.

Die Parolen für unsere Aktivitäten in der neuen Phase lauten:

Ein unabhängiges Stück Kurdistan oder Tod! Freiheit für das Volk oder Tod!
Vorwärts zum Parlament der nationalen Volksvertretung!
Bereiten wir den bewaffenten Volksaufstand vor!
Aufstand in jeder Stadt!
Entfachen wir das Feuer der Revolution in Kurdistan überall auf dem Land!
Wir wollen eine Einheit auf der Basis von Gleichheit und Freiheit!
Nein zu alten Reformtaktiken des Feindes!
Keinen Platz in der Regierung des Feindes einnehmen! Nein zu einer Autonomie unter der Kontrolle des Feindes!
Vorwärts zum kollektiven revolutionären Kampf!
Alles für den revolutionären Kampf!
Alles für die nationale Befreiungsfront!
Stellen wir unsere zweitrangigen Widersprüche in den Hintergrund und vereinigen wir uns für die grundlegenden Ziele!

KURDISTAN - AKTUELL

"Die PKK ist das Volk, das Volk sind wir"



Der türkische Staat steigerte seine vor allem seit Jahresbeginn schon intensivierten Angriffe gegen das kurdische Volk im Monat März noch mehr. Alle seine Repräsentanten, ob die militärischen oder zivilen, mobilisierten ihre ganze Kraft dafür.

Von den Medien bis hin zu allen Organen und Institutionen des Staates bilden sie alle ein Teil der in einer bestimmten Arbeitsteilung durchgeführten Angriffsoperation. Die bürgerliche Presse unternimmt größte Anstrengungen, die Tatsachen zu verdrehen und gegen den legitimen Kampf des kurdischen Volkes zu hetzen. Sie unternimmt, was sie nur kann, um die wirklichen Probleme der Gesellschaft zu verschleiern. Die Presse startete eine Kampagne, um Feindschaft zwischen den Türken und Kurden zu schüren, den Weg einer politischen Lösung der Kurdistan-Frage zu blockieren und sowohl im kurdischen als auch im türkischen Volk eine "Frühjahrssydrom" genannte Welle der Panik mit dem Ziel auszulösen, den Boden für die Angriffe des Staates zu bereiten. Den türkischen Kolonialisten reicht aber dieses kriegshetzerische, chauvinistische Geschrei der türkischen Presse, die sämtliche journalistischen Regeln mit Füßen tritt und eine Schande für die Weltpresse darstellt, noch nicht. Verschiedene kolonialistische Repräsentanten fordern eine noch größere Unterstützung der Presse für die Massakerpolitik des türkischen Staates. Der ehemalige Kolonialgouverneur Kozakcioglu sagte auf einer Versammlung: *"Wenn die Presse sechs Monate lang schweigen würde, würden wir dieses Problem* (die Kurdistan-Frage und ähnliche) *lösen."* Der Ministerpräsident Demirel braucht dafür noch weniger Zeit: *"Wenn uns die Presse drei Tage unterstützen würde, würden wir dieses Problem von der Wurzel auf beseitigen".*

Auf welchem Weg sie sich vorstellen, das Problem zu "lösen", versteht sich aus diesen Worten von selbst. Der türkische Staat will, daß die Presse gegenüber den Massakern des Staates in Kurdistan die Augen und Ohren verschließt. Sie beabsichtigt, die Kurdistan-Frage mit den gleichen Mitteln zu "lösen", wie es Saddam mit dem Halabja-Massaker und wie sie selbst es in der Vergangenheit gegen die kurdischen Aufstände getan haben. Das wurde auch von türkischen Abgeordneten offen zum Ausdruck gebracht.

Korpsgeneral Teoman Korman zeichnete zehn Tage vor Newroz in der Zeitung Miliyet das Szenario so: "Wir stehen vor einer sehr großen Gefahr; vor einer großen Gefahr für das kurdische Volk...

Wenn die PKK ihre Aktionen beginnt, werden auch wir mit den Waffen erwidern und gegen die PKK vorgehen. Die PKK und das Volk, das der PKK vertraut, wird in den Nordirak fliehen und von dort aus weiter in den Süden ziehen. Derzeit findet dort eine Operation Saddams statt. Saddam hat das Ziel, das Volk vom 36. Breitengrad weg zum 35. Breitengrad hin zu ziehen. Das hat schon begonnen. In den Erdölzentren werden also die Ölförderung und das Volk in den Süden zurückgezogen. Gegen den Nordirak wird ein Embargo angewendet. Die aus der Türkei fliehenden Kurden werden in die



von Saddam entvölkerten Gebiete gehen. Wenn die Kurden in diese entvölkerten Gebiete reingehen, wird Saddam eine Operation in den Norden starten und die Kurden angreifen. Er hat auch schon einen Vorwand dafür. Er wird dann sagen, daß er das zum Selbstschutz gemacht hat. Die vor uns geflohenen Kurden werden auf dem Weg vom Nordirak in den Süden mit den Streitkräften Saddams zusammentreffen. Daß Saddam gegen die Kurden vorgehen will, ist sicher. Und so erwartet die ganze Region eine große Gefahr. Ein Kurdenmassaker" (10. März 1992)

Diese Worte zeigen den Plan, ein Massaker am kurdischen Volk zu verüben, in aller Offenheit. Das kurdische Volk soll im Norden von der TR und im Süden vom Irak in die Enge getrieben und mit Zustimmung des Imperialismus und der Reaktion massakriert werden. Die "Hammer und Amboss Taktik", die sie bei mehreren Gefechten gegen die Guerilla angewendet haben, wollen sie nun gegen ein ganzes Volk anwenden.

Dogan Güres, der Generalstabschef des türkischen Staates, bringt in Anlehnung an die Methode, mit der die Aufstände in der Vergangenheit niedergeschlagen worden sind, die Massakerdrohung gegen das kurdische Volk mit folgenden Worten zum Ausdruck: *"Der Staat wird gegen den Terror vorgehen. Wenn dieses nichts bewirkt, gibt es nach der Verfassung auch die Möglichkeit des Ausnahmezustands. Wenn auch das nichts bewirkt, heißt das noch lange nicht, daß dieses Problem nicht zu lösen wäre. Ich werde es lösen. Studieren Sie die Geschichte bitte genau."* (2000'e Dogru, 22. März 1992).

Diese Feinde der Menschheit, die ihre Existenz auf dem Leid und dem Blut des türkischen und kurdischen Volkes aufbauen, treiben einen regelrechten Wettkampf, wer die entsetzlicheren Massakerpläne hat, wobei jeder behauptet, mit seinen blutrünstigen Vorschlägen effektiver zu sein als der andere. Aus der Ecke des Chefs des 12. September-Putsches kommt dieser Vorschlag: *"Die Vorfälle im Zusammenhang mit dem Newroz sind ein Aufstand, eine Rebellion. Man muß darauf in der Sprache antworten, die sie verstehen. Mit Reden über Menschenrechte, Abschaffung der Todesstrafe, Lockerung in den Gefängnissen erreicht man da nichts. Bewaffnete Aufstände müssen mit Waffen niedergeschlagen werden. Da gibt es kein 'Wenn und Aber'. Das ist ein Aufstand, und wie man Aufstände niederschlägt, ist klar. Jetzt werden öffentliche Gebäude schon von einer ganzen Brigade mit Raketen angegriffen. Soweit ist es schon gekommen. Hier gibt es jetzt nichts mehr zu diskutieren. Wodurch beseitigt man einen bewaffneten Aufstand? Es sieht so aus, daß die Regierung das jetzt begriffen hat. Ich glaube, daß Herr Demirel auch in diese Richtung arbeitet. Die Entwicklungen zeigen das. Man darf nicht nachgiebig sein."* (Milliyet 26. März 1992)

Demirel, der von der 12. September-Junta gestürzt worden war, hat sich, um wieder an die Macht zu gelangen, die Unterstützung der Massen gesichert, indem er seine neue Regierung mit der Maske der Demokratie versehen hat. Jetzt läßt er diese Maske fallen und zeigt sein wahres Gesicht. Mit dem Newroz-Massaker am kurdischen Volk zeigt auch diese Regierung, daß sie in der Kurdistan-Frage keine anderen Methoden kennt, als die klassischen "Lösungsmethoden" der Türkischen Republik. So steht die neue Demirel-Regierung, in die so große Hoffnungen gesetzt wurden, auch vor dem Zusammenbruch. Demirel bringt die Politik des Staates mit den Worten zum Ausdruck: "... *Die greifen die Einheit des Staates an. Dort* (in Nordwest-Kurdistan, d.Red.) *wird es entweder sie* (die PKK, d.Red.) *oder den Staat geben. Nachdem es nicht sie geben wird, wird es den Staat geben. Eine andere Alternative gibt es nicht. Der Staat ist dazu entschlossen, mit dieser Sache aufzuräumen. Sobald die Wetterverhältnisse günstig sind, wird die 250 Kilometer lange Grenze, über die sie jetzt ungehindert reinkommen, zu einer Mauer gemacht. Es wird nicht einmal mehr ein Vogel drüberfliegen können. Wenn sie sich nicht ergeben, wenn sie sagen, 'wir kämpfen bis zum Schluß', haben wir keine Schuld mehr. Jeder soll wissen, daß sie vielleicht in den nächsten Tagen noch einige Unverschämtheiten begehen können, aber der türkischen Republik ist entschlossen und festen Willens, mit der Sache Schluß zu machen. Das Klima ist jetzt so, der Staat hat begonnen vorzugehen, und was wir von allen verlangen, ist ihn zu unterstützen."* (Miliyet, 26. März 1992)



Diese kurz vor und nach dem Newroz ständig abgegebenen Erklärungen wurden entsprechend des vorbereiteten Plans der TR zur Kurdistan-Frage entwickelt. Dieser Plan sieht vor, wie bei den Aufständen in der Vergangenheit das kurdische Volk zu einem frühzeitigen Aufstand zu provozieren, es durch verschiedene Komplotte zu spalten, von seiner Avantgarde zu trennen und dann zu massakrieren. Dafür treffen sie seit zehn Monaten systematisch Vorbereitungen, wie es auch der Generalstabschef selbst zugegeben hat. Im Rahmen dieser Vorbereitungen wurden neue militärische Kräfte und Ausrüstung nach Kurdistan verlegt und die Gebiete, in denen der Befreiungskampf stark ist, von Militär umzingelt. Zuerst verübte die Konterguerilla, dann die unter dem Namen "Hisbollah" als ein Arm der Konterguerilla organisierte Mörderbande Morde an vielen Menschen, die auf der Seite des Befreiungskampfes stehen oder objektiv über ihn berichten, um Angst und Panik im Volk auszulösen. Daneben versuchen sie, durch Entfachen religiöser Widersprüche das Volk gegeneinander aufzuhetzen. Sie nutzten die für das Volk schweren Bedingungen der Winterzeit zu Bombardements auf Kurdistan, die vor allem auch verstärkt gegen Südkurdistan auf dem irakischen Staatsgebiet geführt wurden. Diese Bombardements wurden im März weiter intensiviert. Es wird eine massive Kampagne geführt, um Feindschaft zwischen den Kurden und Türken hervorzurufen. Dadurch wird versucht, im türkischen Volk das Gift des Chauvinismus zu verbreiten, um seine Unterstützung für die Massaker zu bekommen. Einige türkische und kurdische Kreise der Kollaboration mit demtürkischen Staat werden mobilisiert, um die Angriffe der TR zu legitimieren. Mit der Politik "Güte für das Volk, Vernichtung für die PKK" wird versucht, das Volk von seiner Avantgarde zu spal-

ten. Durch diese Politik hat sich die TR auch auf internationaler Ebene die Unterstützung mancher Kreise gesichert.

Auf der Basis dieser Vorbereitungen startete die TR am Newroz ihre blutigen Massaker am kurdischen Volk. Sie entwickelte eine Reihe von Komplotten, um zu verhindern, daß das kurdische Volk seinen Feiertag Newroz entsprechend seiner Traditionen feiert, und drohte von vornherein. Als all diese Komplotte und Drohungen nichts bewirkten, und das Volk sich hinter seine Avantgarde und seine Aufstandstradition stellte, reagierte die TR mit ihrer Vernichtungstaktik. Der TR war von vornherein klar, daß die Auseinandersetzungen diese Ebene erreichen werden. Deshalb machte sie schon Monate vor Newroz die Propaganda, daß die PKK am Newroz einen Aufstand auslösen würde, und versuchte, die Öffentlichkeit auf die Massaker vorzubereiten.

Die PKK, der die Pläne der TR sehr genau bewußt waren, unternahm große Anstrengungen, dieses Komplott der TR zum Scheitern zu bringen. Der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, machte vor dem Newroz in mehreren Interviews mit verschiedenen Zeitungen auf die Massakerpläne des türkischen Staates aufmerksam und erklärte, daß es von der PKK keine Pläne für einen Aufstand auf einem solchen Niveau gibt, wie es von der TR behauptet wird. In einem Interview mit der Zeitschrift 2000'e Dogru erkärte Abdullah Öcalan: *"Ich möchte als erstes klarstellen, daß die PKK nicht, wie es versucht wird darzustellen, speziell für 1992 besondere Anstrengungen für eine Offensive zur Zerschlagung der Türkei hat. Ich möchte betonen, daß, abgesehen davon, daß dies auch gar nicht möglich wäre, wir unsere Aktivitäten im Rahmen eines von uns für einen Zeitraum bis zum Jahr 2000 entwickelten Plan führen; mit 1992 haben wir einen gewissen Höhepunkt erreicht, eine Chance zur Armeebildung auf nationaler Ebene, zu Aufständen und freien Willensbekundungen - manche nennen das vielleicht Aufstand oder Offensive. Die PKK als Avantgarde hat Vorbereitungen getroffen, um diese Chance 1992 auf beste Weise zu nutzen, sie hat trotz der Bedingungen eines sehr harten Winters große Anstrengungen unternommen, diese Vorbereitungen ohne Verluste zu treffen und damit ermöglicht, daß Newroz eine solche Stufe erreichen kann. Aus diesem Grund wird 1992 nicht nur im Hinblick auf die Befreiung des kurdischen Volkes, sondern auch für eine demokratische Befreiung und die Unabhängigkeit der Türkei ein mächtiges Jahr werden."* (15. März 1992)

Obwohl die PKK und ihre Führung den Boden für eine politische Lösung der Kurdistan-Frage so weit wie nur möglich vorbereitet hat, und trotz aller Bemühungen, die Demirel-Inönü-Regierung auf die Seite einer politischen Lösung zu ziehen, ist die Türkei dabei, wieder einmal ihre klassische Politik anzuwenden. Genausowenig wie diese auf Verleugnung und Vernichtung der Existenz des kurdischen Volkes gestützte blutige und unmenschliche Politik, die keinen Raum für andere Mittel und Methoden als für militärische läßt, bis heute nichts lösen konnte, genauso wenig wird sie in der Zukunft irgend etwas lösen können. Diese Politik hat heute sogar noch weniger Erfolgschancen als in der Vergangenheit; trotz aller internationalen Unterstützung des Imperialismus und dem Millionenheer der TR mit seiner ganzen Ausstattung an Militärgerät.

Noch dazu hat der türkische Staat, wie sich bei ihrem Newroz-Massaker zeigte, heute auch kaum mehr eine Chance, ihre Verbrechen vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen. Wie sehr auch manche imperialistische Staaten unter der Parole "Terrorismusbekämpfung" grünes Licht für die Massaker des türkischen Staates gegeben haben, finden sich nun auch langsam in den Reihen der Imperialisten Kräfte, die ihre Unzufriedenheit mit dieser blutigen Politik zum Ausdruck bringen. Der mit dem Zerfall der Sowjetunion unter den Imperialisten ausgebrochene Kampf um Interessensphären wirkt sich auch auf die Türkei- und Kurdistanpolitik der Imperialisten aus. Die Bestrebungen, Einfluß auf die Republiken der ehemaligen Sowjetunion und den Mittleren Osten zu gewinnen, führen von Zeit zu Zeit zu Widersprüchen zwischen den Imperialisten und ihren Kollaborateuren. Das deutlichste Beispiel dafür zeigte sich an den Entwicklungen um das Newroz-Massaker in Kurdistan. Die BRD zeigte eine harte Reaktion auf die Tatsache, daß die Türkei für ihr Massaker am kurdischen Volk die Waffen benutzt, die sie von der BRD aus den Beständen der ehemaligen NVA bekommen hat. Daß die Türkei diese Waffen, die unter der vertraglichen Bedingung geliefert wurden, daß sie die Türkei nur zur Landesverteidigung gegen äußere Bedrohung einsetzen darf, gegen das kurdische Volk einsetzt, brachte die BRD dazu, ein Waffenembargo gegen die Türkei zu verhängen. Mit diesem Waffenembargo sind die deutsch-türkischen Beziehungen in einem noch nie dagewesenen Maß gespannt. Während die BRD der Türkei vorwirft, den Vertrag verletzt zu haben und die Waffen gegen ihr "eigenes" Volk einzusetzen, versteigen sich verschiedene Kreise der Türkei in die Anschuldigung, die BRD wende Nazi-Methoden an, und rufen zum Boykott deutscher Waren auf. Diese gegenseitigen Wortgefechte dauern immer noch an.

Die Newroz-Massaker haben auch eine ernste innenpolitische Krise in der BRD ausgelöst. Es kam heraus, daß die 15 Leopard-Panzer, deren Lieferung aus Protest gegen die Militäroperationen destürkischen Staates in Südkurdistan per Parlamentsbeschluß gestoppt worden war, trotzdem heimlich an die Türkei geliefert worden sind. Es kam zu heftigen Diskussionen und zum Rücktritt des Verteidigungsministers Gerhard Stoltenberg und des Staatsministers.

Ein ausschlaggebender Grund für eine solche Haltung der BRD und für den Rücktritt Stoltenbergs war, daß die deutsche Presse und Öffentlichkeit beharrlich auf die Realität hingewiesen haben. Deutsche Journalisten und Politiker, die am Newroz in Kurdistan waren und mit eigenen Augen gesehen haben, daß die deutschen Waffen zum Massaker eingesetzt wurden, und dies auch durch Belege und Augenzeugenberichte in den Medien darstellten, setzten die BRD-Regierung unter Druck und zwangen sie zu dieser Haltung. Neben dem Waffenembargo beantragte die BRD bei der EG eine Verurteilung des Waffeneinsatzes der Türkei gegen das kurdische Volk.

Das Newroz-Massaker der Türkei in Kurdistan hat auch in anderen europäischen Ländern, in Dänemark, Norwegen, Österreich und Griechenland verschiedene Reaktionen ausgelöst. Österreich forderte in einer Note an die Türkei einen Bericht über die Newroz-Ereignisse im Zusammenhang mit den KSZE-Beschlüssen. Norwegen hat bekanntgegeben, daß es eine schon geschlossene Vereinbarung über Waffenlieferungen zurückzieht aus der Befürchtung heraus, daß dann diese Waffen gegen das kurdische Volk eingesetzt werden könnten.

Wie in Kurdistan selbst haben auch die kurdischen Massen in Europa mit vielen Aktionen gegen die Massaker in Kurdistan protestiert. Damit haben die kurdischen Massen klargemacht, daß die Verbrechen des türkischen Staates nicht unbeantwortet und im Verborgenen bleiben werden, sondern die TR dafür auf jeden Fall zur Rechenschaft gezogen wird.



Genauso wie der türkische Staat mit dem Newroz-Massaker ihr wahres, blutrünstiges Gesicht gezeigt hat und bloßgestellt wurde, so gilt das auch für die Mittäter. Die USA bezeichneten die Vorgehensweise der Türkei als "eine Haltung, die Beifall verdient" und erklärte, daß die Türkei US-amerikanische Waffen gegen den von ihnen als "Terrorismus" bezeichneten Befreiungskampf des kurdischen Volkes einsetzen kann, um ihre innere Sicherheit wiederherzustellen. Mit dieser Erklärung haben die USA wieder einmal ihre feindliche Haltung zum kurdischen Volk zum Ausdruck gebracht und zielen darauf ab, die Verstimmung zwischen der BRD und der Türkei dazu zu nutzen, sie zu einem den USA noch mehr ergebenen Diener zu machen. Die holländische Regierung erklärte, sie habe Verständnis für die Vorgehensweise des türkischen Staates an Newroz. Der feindlichen Haltung gegen den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes schlossen sich auch die kurdischen Kollaborateurskreise an. Der I-KDP-Führer Mesut Barzani reiste sofort nach dem Massaker nach Ankara und erklärte, daß er "die Politik der (türkischen) Regierung hoffnungsvoll" findet. Das zeigt deutlich, daß Barzani, der in einer Phase, in der die TR einen Angriff nach dem anderen auf Südkurdistan durchführt und das Volk von Südkurdistan massakriert, sich auf die Seite des türkischen Staates stellt und die Vernichtung des nationalen Befreiungskampfes Kurdistans als Voraussetzung für den Fortbestand seiner feudal-nationalistischen Politik betrachtet.

Das Newroz 92 war ein Wendepunkt für den nationalen Befreiungskampf Kurdistans. Die PKK, die die Entwicklungen vor dem Newroz aufgegriffen hat, zeigt, daß sie mit dem vom kurdischen Volk am Newroz gezeigten entschlossenen Widerstand ihren Kampf auf eine noch höhere Ebene steigern wird. Die Kurdistan-Frage steht heute mehr als jemals zuvor auf der internationalen Tagesordnung, die Fronten klären sich, es wird deutlich, wer auf welcher Seite steht. Die Legitimität des Befreiungskampfs wird von Tag zu Tag mehr anerkannt. Die TR, die als letzte Rettung zur Massakerpolitik schreitet, wird schon bei ihrem ersten Schritt in diese Richtung in die Enge getrieben. Das kurdische Volk, das unter dem Kugelhagel der Panzer und Maschinengewehre für den Befreiungskampf auf der Linie der PKK und ihren Vorsitzenden APO kämpft, auch wenn das den Tod kosten kann, zeigt seine Entschlossenheit zum Widerstand und dazu, diesen Kampf zu gewinnen. Es macht der ganzen Welt klar, daß es die Kraft dazu hat. Eine revolutionäre Bewegung, die die Massen so stark mobilisiert hat, wird den Sieg erringen. Kurdistan wird siegen.

NEWROZ

- Kurdischer Nationalfeiertag und Neujahrsfest -

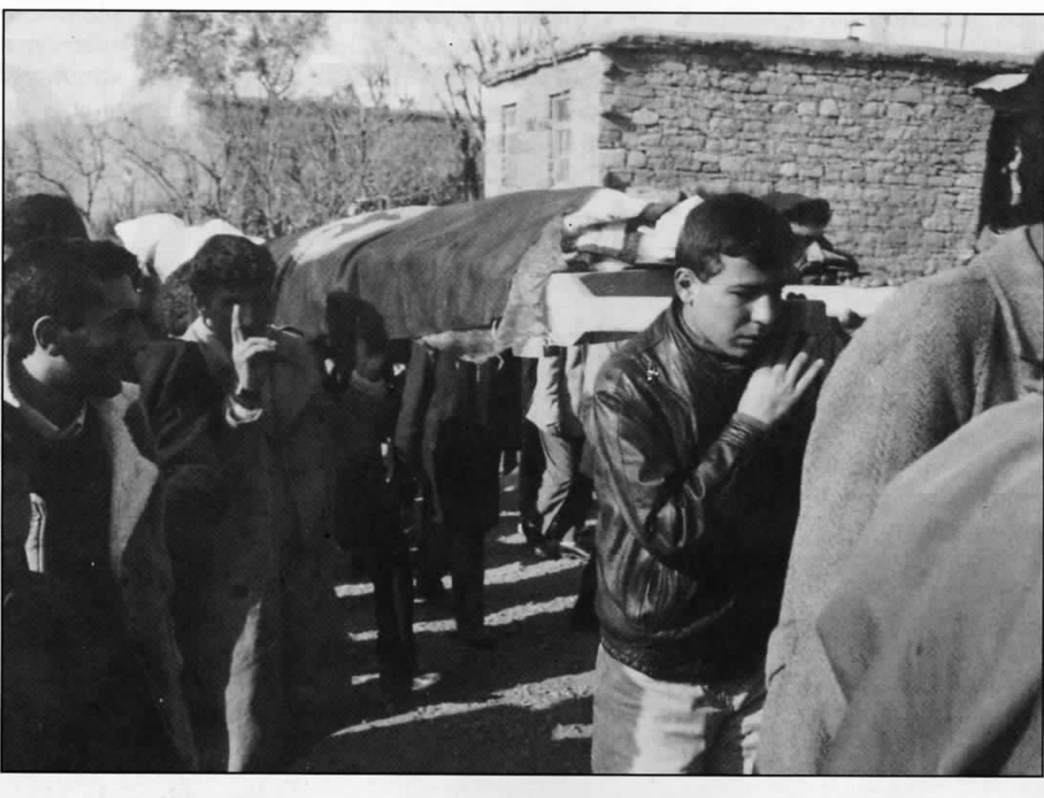
Yekda Welat



An NEWROZ bleibt das Wasser in den Flüssen und Bächen stehen und erstarrt...Ein Licht erscheint am Horizont und bringt dem versammelten Volk die Jahrhunderte lang erwartete Freiheit.

Der 21. März ist für die zweitgrößten Völker im vorderen Asien, für die Kurden und die Perser, ein bedeutsamer Tag des Jahres und gleichzeitig der Vorbote des Frühlings. Das Wort "New" (Nuh) bedeutet "neu" und "roz" (roj) "Tag", also heißt NEWROZ "neuer Tag". Da der Winter in den Bergen Kurdistans äußerst hart und oft schmerzvoll ist, erwarten die Kurden den 21. März und das Herannahen des Frühlings mit großer Freude. Genauso wie die Perser und andere Völker des vorderen Asien feiern die Kurden NEWROZ als den ersten Tag des neuen Jahres. So hat auch für die Kurden NEWROZ eine große Bedeutung. Beim Begehen des NEWROZ spielt das Feuer eine zentrale Rolle. Auch das Feuer hat mehrere Bedeutungen, von denen hier nicht alle aus Platzgründen erwähnt werden können. Einige davon sind: Roz (Roj) bedeutet auch Sonne, und vor unsere Zeitrechnung waren die Kurden Sonnenanbeter. Das heißt, daß die alten Traditionen im NEWROZ wieder zum Ausdruck kommen. Feuer ist allgemein ein Symbol der Wärme und des Lichtes. Es bedeutet für die Kurden Hoffnung auf ein besseres Leben, Hoffnung auf Leben in Frieden und Freiheit. Der Ursprung des NEWROZ liegt vor 2604 Jahren, genauer 612 v.u.Z, und

seit dieser Zeit hat das kurdische Volk mehrere Phasen der Unterdrückung erlebt. Das kurdische Volk hat zu diesem bedeutenden Tag in seiner Geschichte immer neue Legenden und Heldengeschichten hinzugefügt. Die Seele des kurdischen Volkes hat durch NEWROZ überlebt, und er war ein wichtiges Element des Existenzkampfes der kurdischen Nation.



Die NEWROZ-Legende

Von Gebiet zu Gebiet gibt es verschiedene Varianten der NEWROZ-Legende. Doch im Kern ihrer Aussagen sind alle bisher bekannten NEWROZ-Legenden gleich. Die größte Bedeutung des NEWROZ liegt im vereinten Widerstand gegen Unterdrükkung und Sklaverei.

Eine Version der NEWROZ-Legende:

Die Hauptpersonen dieser Legende sind der despotische Tyrann Dehak und der heldenhafte kurdische Schmied Kawa.

Über den blutigen Tyrannen Dehak, dessen Herrschaft tausend Jahre währte, berichtete der im 11. Jahrhundert nach unserer Zeit lebende persische Dichter Feridus in seinem berühmten "Schahname," dem "Buch der Könige", daß er seinen eigenen Vater ermordet habe. Daraufhin wuchsen ihm eines Tages zwei Schlangen aus den Schultern. Diese Schlangen mußten täglich mit den Hirnen zweier junger Menschen gefüttert werden. Zwei Wächter Dehaks gaben den Schlangen Schafshirn statt Menschenhirn und brachten die jungen Menschen in die Berge. Gleichzeitig organisierte der Schmied Kawa die Kurden, um sich eines Tages gegen die Herrschaft des Dehak zu erheben. In den Bergen wurden die Kurden vom tapferen Feridun im Kampf ausgebildet. In der Nacht vom 20. zum 21. März wurden als Signal zum Befreiungskampf überall auf den Bergen Feuer angezündet. Am Tag kamen die kurdischen Kämpfer unter der Führung Feriduns von den Bergen herunter. Dort wartete bereits das Volk, an ihrer Spitze der Schmied Kawa, um den despotischen Tyrannen Dehak zu töten. Am ersten Tag des Frühlings, am 21. März, griff das Volk unter der Führung von Kawa und Feridun den Palast an, entzündete ein riesiges Feuer und warf den grausamen Herrscher hinein. Aus diesem Grund feiert das kurdische Volk das NEWROZ-Fest mit großen Feuern und zieht Festkleider an. Das am 21. März entzündete Feuer wurde schließlich zum Symbol der Freiheit in unserer Gesellschaft. Nach dem Sturz der Dehak-Herrschaft errichteten die Kurden ihr erstes eigenes Staatsgebilde. Aus der Geschichte der Kurden ist bekannt, daß 612 v.u.Z. das medische Volk - Vorfahren der Kurden - einen Krieg gegen die Assyer führten und als Sieger hervorgingen. Bis 550 v.u.Z. hatten die Kurden ihren eigenen Staat, bis er von den Persern erobert wurde.



Das NEWROZ-Fest wird auch heute noch gefeiert. Trotz aller Unterdrückung und trotz des Verbots begehen die Kurden am 21. März das NEWROZ-Fest, indem sie in den Bergen, Tälern und Städten zusammenkommen, Feuer anzünden und im Geist und Glauben an die Freiheit und Gerechtigkeit feiern.

Die Bedeutung des NEWROZ in der heutigen Zeit

NEWROZ ist für die Kurden nicht nur ein Tag des Feierns, wie es gerne bei der europäischen Öffentlichkeit gesehen wird. Für die Kurden hat NEWROZ eine nationalpolitische Bedeutung, die die Selbständigkeit des kurdischen Volkes dokumentieren soll. In der kurdischen revolutionären Geschichte und der aktuellen Situation, der schrittweisen Entwicklung in Richtung Unabhängigkeit und Freiheit, gibt es Ereignisse, die die kurdische Gesellschaft geprägt haben. Nach dem Militärputsch von 1980 in der Türkei wurden tausende von kurdischen Menschen verhaftet. Im Militärgefängnis von Diyarbakir entstand eine Folterkammer, die jegliche menschliche Vorstellung übersteigt. Doch trotz der Repression von Seiten der Besatzer entstand in den Gefängnissen ein Widerstand, der seinesgleichen sucht.

Die heutigen Volksaufstände, die Serihildans, sind als Ergebnis des Widerstands im Gefängnis von Diyarbakir 1982 zu sehen. Hier hat Mazlum Dogan trotz aller menschenverachtenden Methoden der Folter sein nationales Bewußtsein bewahrt und hat durch das Anzünden von drei Streichhölzern den Beginn eines neuen NEWROZ, einer neuen Phase der kurdischen Geschichte und Gesellschaftsveränderung, demonstriert. Damit ist nach mehr als 2600 Jahren ein neuer Kawa, der zeitgenössische Mazlum Dogan, geboren. Es ist in vieler Hinsicht von größter Bedeutung, daß das kurdische Volk einen neuen, unsterblichen Helden bekommen hat. Die Menschen haben eine wirkliche Legende geschaffen. Diesem Ereignis folgend, hat eine Reihe kurdischer Intellektueller den Glauben an die Freiheit und Unabhängigkeit gewonnen und ist in diesem Kampf als Märtyrer gefallen.

Diese Ereignisse haben dem kurdischen Volk wieder neue Hoffnung auf die eigene Kraft gegeben. Die Menschen in den Gefängnissen haben dem kurdischen Volk, das auseinandergerissen, am Rande seiner Vernichtung war, ein neues, modernes Selbstbewußtsein gegeben. Hier zeigt sich bereits eine Parallele zum Widerstand der Kurden in ihrer Legende, nämlich der Kampf der Kurden gegen den Tyrannen Dehak für die Freiheit auf der einen Seite, und heute der Kampf der Kurden für die Unabhängigkeit und Freiheit gegen die kolonialistischen Besatzer auf der anderen Seite.



Das Newrozfest ist heute für das kurdische Volk eine Zeit, in der der vergangene Befreiungskampf analysiert, kritisiert und verbessert wird. Newroz ist heute mit Serihildan (Volksaufstand) gleichzusetzen. Das kurdische Volk feiert heute sein Newrozfest in der Form der Intifada und bringt damit seinen Freiheitswillen und seine Liebe zu Kurdistan zum Ausdruck. So ist das Jahr 1986 als eine weitere dynamische Entwicklung des Newrozgeistes und Widerstandskampfes der Kurden zu sehen.

In diesem Jahr hat der Kampf der ARGK eine neue Dimension angenommen, und sie ist zu einer wahren Volksarmee geworden. Gleichzeitig ist dies das Jahr, in dem der legendäre ARGK-Kommandant Mahsum Korkmaz am 28. März 1986 gefallen ist. Wieder wiederholt sich die kurdische Geschichte nach mehr als 2600 Jahren. So wie einst der tapfere Feridun die kurdischen Freiheitskämpfer zur Zeit Kawas in den Bergen Kurdistans ausbildete, so war es Mahsum Korkmaz, der die Kurden im modernen Guerillakampf, sowohl praktisch als auch theoretisch, ausbildete. Heute wird in Kurdistan vom 21. bis zum 28. März die Heldenwoche in Gedenken an die gefallenen Märtyrer des kurdischen Volkes begangen.

Auch die heutigen Serihildans müssen in ihrer Bedeutung mit der Legende des Newrozfestes gesehen werden. So, wie sich das kurdische Volk unter der Führung Kawas organisierte und schließlich durch Serihildans (Volksaufstände) und Befreiungskampf den Tyrannen Dehak stürzte und die Freiheit erlangte, so muß man heute den Nationalen Befreiungskampf in Form von passivem und aktivem Widerstand sehen. Die Serihildans sind elementare und wichtige Schritte für die Freiheit und Demokratie des kurdischen Volkes. Deshalb wird der Newroz nicht nur gefeiert, weil der Winter hart war und der Frühling, der alles lebendig macht, beginnt, sondern es ist zugleich der Aus-

druck für die Erneuerung des Kampfes und den Beginn von noch größeren Serihildans. *"Für das kurdische Volk ist jeder Newroz die Schaffung einer neuen Offensive in unserem Kampf, das Erteilen von noch schwereren Schlägen gegen den Feind und die Vorbereitung für eine große Aktion"* (Generalsekretär der PKK, A. ÖCALAN).

Nach dem Beginn des bewaffneten Widerstandes 1984 durch die PKK hat der NEWROZ in Kurdistan eine andere Bedeutung, als es die kurdischen reaktionären Gruppen und die westliche Welt sehen wollen, bekommen. Bis dahin wurden die Newrozfeste in einer sehr anspruchslosen und unscheinbaren Weise erlebt. Diese Begehung des Newrozfestes war von seinem Inhalt, seiner Bedeutung und seiner Art losgelöst, was ein Ausdruck dafür war, wie weit das kurdische Volk von seiner Identität und Geschichte entfernt war und entfernt wurde. In der westlichen Hemisphäre gibt es eine Reihe von Newrozfans, die sich an der kurdischen Folklore und kurdischem Essen zu Newroz erfreuen und ein verzerrtes Bild Kurdistans haben, das von Karl May geprägt wurde. So haben viele Newrozfeste, die von den kurdischen bürgerlichen, reaktionären Gruppen durchgeführt werden, an Charakter und Inhalt verloren. Sie wollen der europäischen Bevölkerung, Teilen des Bürgertums gefallen, die gerne bunte Folkloretrachten und Tänze sehen, auf jegliche politische Inhalte verzichten, und die verheerende Situation in Kurdistan nicht sehen wollen. Dabei wird bewußt der Newroz in seiner Bedeutung verändert. Es werden willkürlich nur solche Elemente des Newroz ausgewählt, die "gefallen".

Dazu sagt Abdullah Öcalan: *"Newroz bewahrt jedoch aus der Sicht der Geschichte unseres Volkes noch tiefere und substantiellere Inhalte und hat zugleich tiefgreifende Umwandlungen im geistigen und materiellen Leben des Volkes bewirkt."*



Sozialpolitisch und psychologisch betrachtet hat der Newroz auch bei den Besatzern Kurdistans eine Entwicklung mit sich gebracht. Während vor einigen Jahren die Kurden an geheimen Plätzen und Verstecken den Newroz in Kurdistan feierten, um nicht verhaftet, gefoltert oder getötet zu werden, ist heute das Gegenteil eingetreten. Mit jedem Beginn des Frühlings, aber auch schon im Winter gerät der Feind in Panik, weil die Newrozfeste/Serihildans wie ein Orkan auf alle Regionen Kurdistans bis zu den türkischen Großstädten, Schulen, Fabriken und Universitäten greifen. Die sinnlose Bombardierung der kurdischen Berge, die Falschmeldung von getöteten Guerillas, der Einsatz von Giftgas, der Medienkrieg usw. usw. sind Beweise dafür, daß der Nationale Befreiungskampf an einen sehr wichtigen Punkt gelangt ist. Wenn der Newroz den Besatzern eine solche Angst einjagt, dann ist die Wiederbelebung des kurdischen Volkes erreicht.

Der Newroz hat für das kurdische Volk seit dem Widerstand der PKK in den Militärgefängnissen auch gesellschaftsverändernde, (therapeutische) Wirkung gehabt. Bis zu diesem Zeitpunkt war das kurdische Volk der Assimilationspolitik und den faschistischen Methoden, die der türkische Staat mit Hilfe seiner Freunde u.a. der CIA - entwickelt hatte, der ganzen Palette von Counterinsurgency über Psychologische Kriegführung bis zu Low-Intensity-Warfare, ausgesetzt. Dies führte bei vielen zu psychosomatischen Ängsten und Identitätsverlust. Millionen von Kurden trauten sich nicht, sich als Kurden zu bezeichnen.

Der Widerstand der PKK in den Gefängnissen, der bewaffnete Kampf der ARGK und die Organisierung der Serihildans durch die ERNK haben diese Angstzustände der Bevölkerung beseitigt. Und genau das ist der Inhalt des Newroz: daß Menschen ohne Angst sich in Würde zu ihrer Identität und demokratischen Gesinnung bekennen.

In diesem Sinne hat die Aussage B. Brechts für Newroz und für die vor uns liegende Tätigkeit seine Gültigkeit: *"Wirklicher Fortschritt ist nicht, Fortschrittlich zu sein, sondern Fortschreiten".*

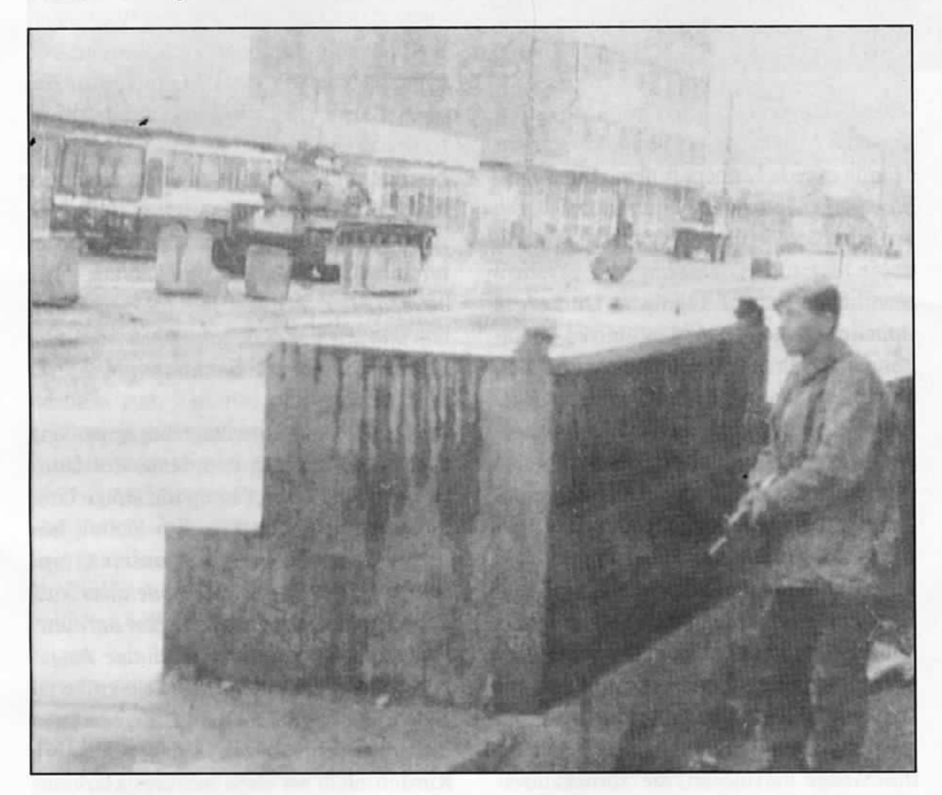
★ ★ ★

Kurdistan - 7 Tage im März

Gesine Jäger

Amed/Diyarbakir, 20.März 1992:

"Newroz kann in diesem Jahr gefeiert werden", so heißt es von verschiedenen offiziellen Stellen. Aber ohne "separatistische Propaganda", sonst würde der Staat zurückschlagen. Die türkische Vertretung der Helsinki-Kommission ist mit einer zahmen Stellungnahme zu hören: Die kurdische Frage sollte doch auf demokratischer Ebene gelöst werden.

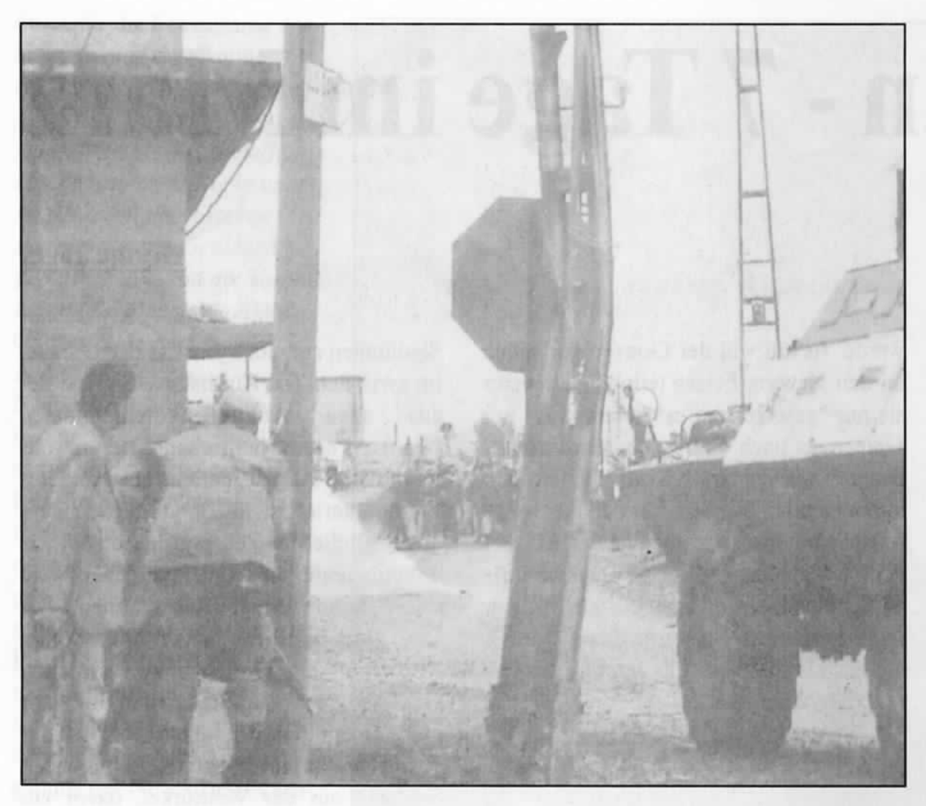


Aus verschiedenen Städten wird eine Verstärkung der Sicherheitskräfte gemeldet, darunter Idil, Batman, Cizre, Midyat, Dargecit, Nusaybin, Kulp, Lice...; an strategischen Punkten dieser und anderer Orte wird schweres militärisches Gerät aufgefahren. In Sirnak soll der Gouverneur über Lautsprecher die Einwohner aufgefordert haben, ihre Newroz-Feiern "nicht zu übertreiben". Auch hier die Drohung, daß bei separatistischen Parolen, Plakaten und Fahnen "eingegriffen" werde. In Idil will der Gouverneur selbst an den Newroz-Feiern teilnehmen, wenn sie nur "gesetzestreu" ablaufen.

Unterwegs nach Cizre. Ab Mardin beobachten wir verstärkte Kontrollen an den abzweigenden Straßen. Vor den Abzweigungen Militärposten, auch an der Abfahrt nach Nusaybin. Dort auch zwei achträdrige Schützenpanzerwagen aus ehemaligen NVA-Beständen. Später passieren wir ein kleines Dorf, das gerade von Uniformierten durchkämmt wird. Mindestens acht Mannschaftswagen warten auf der Zufahrtsstraße, das Dorf hat vielleicht zwanzig Häuser. Wir wagen es und fahren auf das Dorf zu. Der ranghöchste Offizier bleibt wortkarg. Seinen Auftrag will er nicht verraten: *"Eine normale Kontrolle, was in Deutschland die Polizei macht, machen hier wir. Nichts besonderes."* Die Soldaten halten ihre Maschinenpistolen im Anschlag. Wir fahren zurück auf die Straße nach Cizre. Jetzt tauchen immer häufiger schwarze Qualmwolken über den Siedlungen auf, auch jenseits der Grenze, im syrischen Teil Kurdistans. Signale der aus alten Autoreifen entzündeten Newroz-Feuer. Nicht eben eine umweltfreundliche Angelegenheit, aber anderes Brennmateriel ist knapp und nach dem ungewöhnlich langen und harten Winter ohnehin teurer als sonst. Auch über Cizre stehen schon einige Rauchfahnen. Die Stadt liegt in einem Tal am Fluß Botan. Rings auf den Höhen sind Panzer zu erkennen, für die im Bedarfsfall die Stadt wie auf dem Präsentierteller liegt. Auf der Ausfallstraße fahren drei Reisebusse mit Soldaten aus der Westtürkei, davor ein kleinerer Schützenpanzerwagen, mit leicht überhöhter Geschwindigkeit in Richtung Ortsausgang.

Auf einem großen staubigen Platz in der Nähe haben sich vielleicht fünfhundert Menschen versammelt. In einem großen Kreis wird getanzt - aber man sagt uns, daß wir schon zu spät gekommen sind. Viele Menschen seien schon wieder gegangen. Als wir als ausländische Gäste ausgemacht werden, tönen uns sofort die bekannten Parolen entgegen: *"Biji PKK! Biji Serok Apo! Biji Kurdistan"!* Die Stadt selbst dann wie ausgestorben. Seit Mittag sind alle Rolläden geschlossen. An einer zentralen Kreuzung beobachten wir am frühen Nachmittag noch zwei der kleinen Schützenpanzer und einige Polizisten in Zivil mit Maschinenpistolen. Am Abend liegt der Platz dann leer. In den Stadtvierteln, in den kleinen Gassen aber werden immer mehr Newroz-Feuer angezündet. Bald hängt eine schwarze Qualmwand über Cizre. Überall sind Menschen um die Feuer versammelt, es wird getanzt, Festtagskleidung und Stirnbänder in den kurdischen Farben sind unübersehbar.

Ein Mädchen, vielleicht sieben Jahre, erzählt uns: *"In die Schule bin ich gegangen, aber jetzt gehe ich nicht mehr. Das ist nicht unsere Schule. Der Lehrer hat uns geschlagen, als wir Kurdisch geredet haben. Nur wenn wir Türkisch reden, ist er gut zu uns."* Und sie fügt hinzu: *"Wenn ich*



groß bin, gehe ich zur Guerilla." Das sei aber gefährlich, wird ihr entgegnet. *"Angst habe ich nicht - es ist doch für unser Land."* Das Selbstbewußtsein der Menschen in Cizre ist an diesem Abend unübersehbar. Nach Einbruch der Dunkkelheit, exakt um 18 Uhr, knattern Platzpatronensalven über die Stadt, Leuchtspurmunition blitzt am nächtlichen Himmel. Von den türkischen Sicherheitskräften ist nichts zu sehen und zu hören. Dafür streifen Gruppen von Jugendlichen, die Gesichter mit rotweißen Tüchern verhüllt, Maschinenpistolen in der Hand, durch die Stadt. Für uns ist nicht erkennbar, ob es sich um Teile der Stadtguerilla handelt oder bereits um Einwohner, an die von der Guerilla Waffen verteilt wurden.

Cizre, 21.März 1992, Newroz:

Der Regen in der Nacht hat die Luft vom Qualm der nächtlichen Feuer gereinigt. Auch die Sicherheitskräfte sind wieder in die Stadt gekommen, sie bewegen sich aber nur im sicheren Umkreis ihrer gepanzerten Fahrzeuge auf den Hauptstraßen. In den Stadtvierteln treffen sich, wie geplant, die Menschen, um in einzelnen Demonstrationszügen zum Friedhof zu marschieren. Es wiederholt sich das Bild von Gestern: kurdische Farben, Fahnen überall, kurdische Musik, fröhliche selbstbewußte Menschen, unzählige Kinder, die Hände in jede Kamera hinein zum siegesbewußten Victoryzeichen erhoben.

An einer Straßenkreuzung halten Spezialteams der Guerillabekämpfung in abenteuerlichen, unvollständigen Uniformen oder in Zivil, im Schutze einiger Schützenpanzer einen Demonstrationszug auf. Etwa zweitausend Menschen warten geduldig darauf, daß ihnen der Weg freigegeben wird. Sie sind ruhig, es sind keine Parolen zu hören, keine Fahnen oder Transparente zu sehen. In dem disziplinierten, geschlossenen Zug folgen nach zwei Reihen Jugendlicher die Frauen und Kinder, dann erst die Männer. Aus einem anderen Stadtteil in Richtung des Friedhofes sind plötzlich Maschinengewehrsalven zu hören. Die Militärs an ihren Sprechfunkgeräten erhalten den Befehl, die Menge aufzulösen, sie zurückzutreiben. Aber weder die Aufforderung über das Megaphon noch die Drohung mit näherrückenden Schützenketten und gepanzerten Fahrzeugen nützen etwas. Im Gegenteil: auf ein Zeichen der Ordner setzen sich die Menschen auf den Boden. Plötzlich wird über die Köpfe der Menge hinweg das Feuer eröffnet, Reizgasgranaten zischen durch die Luft. Panik breitet sich aus, die Menschen weichen aber dennoch nur etwa hundert Meter zurück, sammeln sich wieder. Auf der Straße bleiben Dutzende von Schuhen liegen. Ein Schützenpanzer gibt Gas und fährt in hohem Tempo den Flüchtenden hinterher. Später erfahren wir, daß in der ganzen Stadt auf die Weise gegen die Demonstrationen vorgegangen wurde, daß auch in die Menge hineingeschossen wurde. Die MPi- und MG-Salven brechen nicht mehr ab. Gepanzerte Fahrzeuge patroullieren durch die Hauptstraßen und schießen in die Seitengassen auf alles, was sich dort bewegt. So können die Menschen weder in ihre Wohnviertel zurück, noch Verletzte zum Krankenhaus gebracht werden. Zehn Todesopfer hat der Einsatz der Sicherheitskräfte nach vorläufigen Angaben gefordert. Am Nachmittag wird über Cizre eine Ausgangssperre verhängt.

Inzwischen treffen Nachrichten auch aus anderen Städten Kurdistans ein. Wir hören, daß es in Sirnak Tote gab. Außerdem erfahren wir, daß Selim Sadak, Abgeordneter der SHP, sich auf den Weg nach Sirnak macht. Gelegenheit für einige, vor allem türkische Journalisten, ihn zu begleiten. Die Spezialteams an den Kontrollpunkten sind hochgradig nervös. Nachdem ein Kollege einen der Uniformierten erstaunt fragt, warum denn das Auto der Journalisten durchsucht werde, bricht es aus dem Mann heraus: *"Es sterben Menschen in Zonguldak, in Erzincan und in Aserbaidschan. Warum schreibt ihr nicht darüber? Stattdessen redet ihr über Newroz"!*

In Sirnak angekommen, begegnet uns etwas ähnliches vor dem Haus des Gouverneurs, in dessen Fluren unzählige Uniformierte herumlungern. Ein älterer, höherer Polizeioffizier spricht unsere Gruppe unter Tränen an: *"Wir wollen das Volk doch schützen aber sie schießen auf uns"!* Es scheint also doch noch einige Angehörige der türkischen Sicherheitskräfte zu geben, die mit der ihnen zugedachten Rolle im schmutzigen Krieg gegen die Kurden nicht so ohne weiteres klarkommen.

Wir treffen in dem kleinen Krankenhaus von Sirnak ein. Zuerst sehen wir die Toten, unter ihnen ein fünfjähriger Junge mit einer Schußverletzung im Gesicht, ein alter Mann, zwei Männer im mittleren Alter. Die Leichen sind in Decken gewickelt. Man berichtet uns, daß noch Tote auf den Straßen liegen sollen, wegen der Ausgangssperre konnte man sie noch nicht bergen. Die Zahl der Todesopfer steigt in den nächsten Stunden weiter an,



schließlich sind es allein aus Sirnak und Umgebung fünfundzwanzig. Die Verletzten können hier im Krankenhaus nur notdürftig versorgt werden, ein Arzt und zwei Praktikanten haben alle Hände voll zu tun. Mehr als zwanzig Verletzte wurden deshalb zum Teil mit privaten PKW in größere Krankenhäuser gebracht. Dabei wurden drei der Wagen unterwegs von türkischen Militärs angeschossen, Fahrer und Patienten bei Kontrollen drangsaliert und geschlagen.

Im Laufe des Abends erfahren wir von einigen Augenzeugen, was am Tag in Sirnak geschehen war. Yusuf Uger, der Ortsvorsitzende der SHP, sitzt im schmutzigen Anzug vor uns und berichtet: "Der Polizeichef des Ortes hatte verlangt, daß bei den geplanten Newroz-Feiern keine kurdischen Symbole, nicht einmal die kurdischen Farben, gezeigt werden dürfen. "Dann brauchen wir gar nicht erst zu feiern", sagten die Menschen. "Die eigentliche Demonstration hatte noch gar nicht begonnen, da haben sie schon auf die Leute geschossen. Ich ging zum Polizeichef, aber der sagte mir, er sei nicht zuständig. Auch der ranghöchste Armeeoffizier lehnte jede Verantwortung ab.

Als ich aus dem Gouverneursgebäude herauskam, war ich ziemlich wütend. Dann sah ich auch noch, wie gerade zwei Polizisten einen Jungen verprügelten. Ich versuchte, sie zur Rede zu stellen, da wurde ich selber niedergeschlagen." Andere Augenzeugen berichten, daß wohl zuerst von Dorfschützern geschossen wurde - um die Polizei zu provozieren.

Wir entschließen uns, die Nacht in Sirnak zu verbringen. Im Fernsehen, in den Nachrichtensendungen des Tages, wird über ein "friedliches" Newroz berichtet, nur in Kulp hätten "Terroristen" zwei Autos angezündet. In Sirnak seien drei Polizisten erschossen worden. Die Toten in Cizre seien ausschließlich von der Guerilla, diese hätte auch die Menschen zu den Demonstrationen provoziert. Der Innenminister erklärt: "Der Staat wird nicht nachgeben." Die Fernsehbilder zeigen nur die Newroz-Feuer und die Leuchtspurgeschosse vom Abend zuvor in Cizre. Außerdem, wie die Panzer dort die Straßen von Öltanks räumen und, wie Jugendliche mit verhüllten Gesichtern diese Tanks wieder auf die Straße schieben. Kein Bild davon, wie aus den Panzern auf die Menschen, in die Häuser geschossen wird. Alle Anwesenden im Krankenhaus von Sirnak sind über diese Berichterstattung empört. Selim Sadak ist der Überzeugung, daß das Massaker geplant war: *"Und da redet diese Regierung soviel von Demokratie und Gerechtigkeit. Aber die staatlichen Kräfte, die hier wirklich Terror ausüben, bringt sie nicht unter Kontrolle."*

Sirnak, 22. März:

Am Morgen füllt sich das Krankenhaus mit Menschen. Die Angehörigen der Toten kommen, um ihre Verwandten zur Beerdigung abzuholen. Gleichzeitig tauchen immer mehr Polizisten auf, besetzen die Gänge und Treppen. Ein Schützenpanzer ist auf den Hof gefahren. Das Büro des Chefarztes ist mit Menschen überfüllt. Über das Telefon kommen Nachrichten aus Nusaybin. Dort soll es viele Tote gegeben haben, über hundert heißt es. Die Spannung steigt. Der Gouverneur hat angeblich die Erlaubnis erteilt, daß die Menschen ihre Toten mitnehmen können. Die anwesenden Polizisten sagen, daß sie keinen entsprechenden Befehl haben. Es geht hin und her, Selim Sadak versucht mit seiner ganzen Autorität und vielen Telefonanrufen zu erreichen, daß die Toten herausgebracht werden können. Schließlich hat er Erfolg. Das Krankenhaus leert sich, auch wir können nach Cizre zurückfahren.

Dort sind die Straßen menschenleer, die Läden noch immer geschlossen, der Ausnahmezustand hält an. In der Nacht soll es zu Angriffen der Guerilla gekommen sein, drei Panzer wurden soweit beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten. 15 Angehörige der Spezialteams wurden getötet, 3 sollen gefangengenommen worden sein, einer wurde schwer verletzt. In den Fernsehnachrichten am Abend wieder die gleichen Bilder wie gestern. Noch einmal der Innenminister, diesmal mit deutschen Journalisten, die sich in tiefen Sesseln sein Statement anhören dürfen. Der türkische Staat habe alles getan, damit die Menschen ein friedliches Newroz feiern könnten. Aber die PKK habe wieder auf Terror gesetzt und Gewalt provoziert. Später am Abend erfahren wir von Gefechten in Sirnak. Die ganze Stadt soll unter Feuer liegen, aber genaueres ist nicht zu erfahren.

Newroz 1992: Der Türkische Staat hat wieder einmal sein wahres Gesicht gezeigt, auch wenn er weiter versucht, es

hinter der Maske einer verlogenen Demokratie zu verbergen. Die Toten, von denen wir jetzt noch nicht einmal die genaue Zahl kennen, werden nicht vergessen. Das Volk in Cizre ist nicht bereit, sich dem Terror des Militärs zu beugen. Es hat sich bewaffnet und zusammengeschlossen. Die türkische Fiktion von der terroristischen PKK, die die Menschen anstiftet, aufhetzt, bedroht und besticht, ist keinen Tag länger haltbar. Nicht nur in der Türkei wird es Zeit, das endlich zu akzeptieren und die Konsequenzen zu ziehen.

Diyarbakir, 24. März 1992:

Der Tod des Journalisten Izzet Gezer kommt der Regierung der Türkei denkbar ungelegen. Izzet Gezer berichtete für die regierungsnahe Zeitung Sabah vom kurdischen Newroz-Fest. Auch in der Stadt Cizre nahe der Grenze zum Irak wurden am vergangenen Sonnabend die friedlichen Demonstrationen der Bevölkerung mit Waffengewalt auseinandergetrieben. Militär, Polizei und Spezialeinheiten zur Guerillabekämpfung patroullieren seitdem zur Durchsetzung der Ausgangssperre mit gepanzerten Fahrzeugen durch die Hauptstraßen der Stadt und schießen auf alles, was sich bewegt. Izzet Gezer gehörte zu einer Gruppe von acht Journalisten, darunter auch ein deutsches Fernsehteam, die am Montag Schreie aus der Umgebung ihres Hotels hörten und daraufhin in einer Feuerpause hinauseilten, um zu den Verletzten zu gelangen. Die Reporter hatten sich weiße Fahnen mitgenommen, auch Izzet Gezer trug eine davon. Obwohl sie außerdem durch ihre Ausrüstung eindeutig als Journalisten zu erkennen waren, wurden sie unter Feuer genommen. Izzet Gezer starb durch einen Schuß in die Stirn.



Foto: Medico

Alle Kollegen, die mit ihm in der Gruppe waren, sind sich darin einig, daß er durch türkische Sicherheitskräfte getötet wurde. Dennoch wird der Vorfall von den türkischen Medien so dargestellt, als sei Izzet Gezer zwischen die Fronten geraten, und als sei auch die Identität des Schützen nicht feststellbar. Der Tod des Journalisten fügt sich logisch in eine Kette von Ereignissen, die alle mit der Berichterstattung über die Newroz-Ereignisse zu tun haben.

Nur einige Beispiele:

Einem deutschen Fernsehteam, das unter anderem für das ZDF arbeitet, wurde in Sirnak die Erlaubnis verweigert, die Herausgabe getöteter Zivilisten an ihre Angehörigen zu filmen. Und das, obwohl das Team über eine allgemeine Dreherlaubnis für die Türkei verfügte, und sich auch beim örtlichen Pressezentrum hatte registrieren lassen.

Bei einer Straßenkontrolle wurde eine Delegation des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD) beschimpft und geschlagen. Die Gruppe, der unter anderem der IHD-Vorsitzende Akin Birdar angehörte, und die durch ausländische Beobachter begleitet wurde, war unterwegs von Cizre nach Diyarbakir. In Cizre und Umgebung waren am vergangenen Sonnabend mindestens 13 Menschen durch Sicherheitskräfte getötet worden.

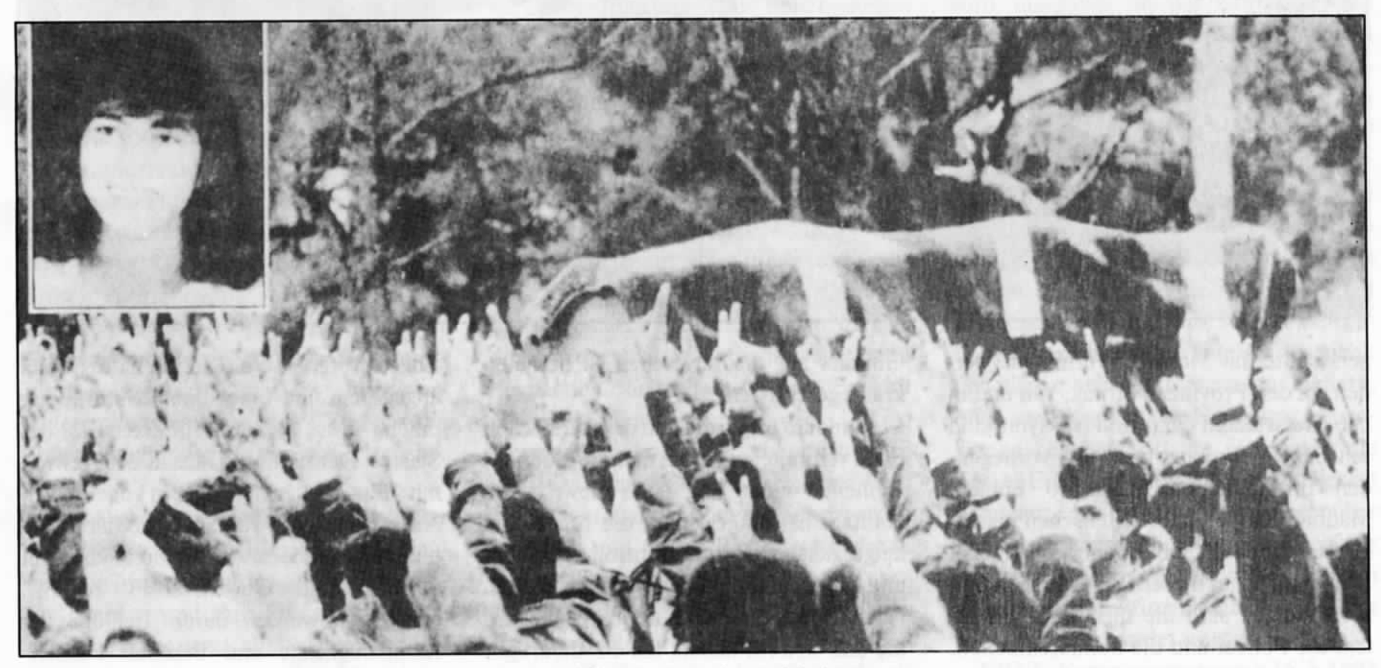
Bei den Festnahmen nach den Demonstrationen in Cizre wurde ein schwedischer Journalist für mehr als fünf Stunden von den Spezialeinheiten zur Guerillabekämpfung festgehalten und gezielt auf die Ohren geschlagen, auf eine Weise, die keine sichtbaren Spuren hinterläßt.

Am Dienstag wurden in Nusaybin, einer Stadt an der syrischen Grenze, alle dort arbeitenden Journalisten verhaftet.

In dieses Bild paßt auch die Darstellung der Newroz-Ereignisse durch die türkischen Medien und deren Kommentierung etwa durch Premier Demirel. Der äußerte sich wiederholt siegessicher: *"Die Lage ist unter Kontrolle. Wer sich dem Staat entgegenstellt, wird verlieren."* In den Hauptnachrichtensendungen wie in den großen Tageszeitungen liegt der Schwerpunkt der Berichterstattung auf den Aktivitäten der "terroristischen" PKK. Sie hätte die Bevölkerung erst zu den Demonstrationen

provoziert, sie in einigen Städten sogar bestochen.
Im Gegensatz dazu steht die übereinstimmende Beobachtung der internationalen Gäste, daß die Bevölkerung sich, auch ohne danach gefragt zu werden, ihnen gegenüber eindeutig zur PKK bekannt hat.
Nur zögernd beginnt ein Teil der türkischen demokratischen Öffentlichkeit und der Rekonstruktion und Aufarbeitung der Ereignisse um den kurdischen Neujahrsfest Newroz im Südosten des Landes. Eine Delegation von Vertretern des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD) bereiste von Mittwoch bis Freitag wichtige Städte der Region und stellte dabei weitere erschreckende Einzelheiten des brutalen Vorgehens staatlicher Kräfte fest.
In Nusaybin berichteten Augenzeugen von Übergriffen der Sicherheitskräfte, die sich am 22. März ereigneten, als auch hier eine Demonstration den örtlichen Friedhof zum Ziel hatte. Beim Überqueren einer Brücke wurde der Demonstrationszug von beiden Seiten durch gepanzerte Fahrzeuge blockiert. Da die Menschen der Aufforderung zur Auflösung des Zuges nicht folgen konnten, setzten sie sich auf den Boden. Daraufhin wurde aus einem der Fahrzeuge in die Menge geschossen, während von der anderen Seite ein Schützenpanzer in die Gruppe hineinfuhr. Von den über 25 Todesopfern in Nusaybin sind allein 10 überfahren worden. Einigen Menschen gelang es, sich durch einen Sprung in den Fluß zu retten. Auf sie wurde geschossen, als sie das Wasser verlassen wollten. Unbestätigten Angaben aus dem benachbarten syrischen Qamishli zufolge wurden dort später sieben Leichen aus dem Fluß geborgen. Nachdem vor zwei Jahren von Nusaybin eine Welle prokurdischer Demonstrationen ausging, stehen die Einwohner dieser Stadt besonders unter dem Druck staatlicher Gewalt. So hatten die Sicherheitskräfte am 21. und 22. März versorglich jedem aus- oder inländischen Beobachter den Zugang verwehrt.
In Sirnak sind die Spuren der staatlichen Gewalttaten an der Zivilbevölkerung nicht zu übersehen: Wände und Fenster von sämtlichen Häusern wurden von Schüssen geradezu durchsiebt, in einigen Wohnhäusern durchschlug Artilleriemunition mehrere Stockwerke. Dagegen sind alle staatlichen Gebäude, wie das des Gouverneurs, völlig unzerstört. Die Stadt wurde in der Nacht vom 22. zum 23. März unter dem Vorwand der Bedrohung durch einen Guerillaüberfall von staatlicher Seite unter Beschuß genommen. Das Feuer dauerte bis zum 23. März mittags an und wurde tagsüber durch Flugzeuge und Hubschrauber aus der Luft unterstützt. Der Guerillaüberfall wurde gegenüber der IDH-Delegation von allen angesprochenen Einwohnern Sirnaks verneint. Nach der Einstellung des Beschusses wurde die Bevölkerung am 23. März nachmittags in das Stadion der Stadt zusammengetrieben und aufgefordert, alle Waffen abzugeben. Dieser Aufforderung folgten die staatlich rekrutierten Dorfschützer und die Besitzer registrierter Waffen. Anschließend begannen Durchsuchungen der Wohnhäuser. Es gab über 100 Verhaftungen. Die Zahl der Todesopfer und Verletzten vom 22. und 23. März in Sirnak ist noch nicht bekannt. Bereits am 21. März waren hier 25 Menschen ums Leben gekommen. Am 24. März wurde die 15jährige Gymnasiastin Bisenk Anik in Sirnak in ihrem Elternhaus von der Polizei verhaftet. Am 28. März wurde die Familie des Mädchens aufgefordert, ihren Leichnam bei der Polizei abzuholen, wo sie Selbstmord begangen hätte. Durch einen Schuß hinter das Ohr war eine Gesichtshälfte des Mädchens völlig entstellt, der ganze Körper wies Brandspuren ausgedrückter Zigaretten auf. Alle Finger des Mädchens waren gebrochen, Füße blauschwarz angeschwollen. Yusuf Alatas, Vorstandsmitglied des IHD aus Ankara, erklärte, daß er von internationalen Menschenrechtsorganisationen erwarte, daß sie sich angesichts der verfälschten Darstellungen im türkischen Fersehen selbst ein Bild von den Ereignissen im Südosten der Türkei machen.
Am vergangenen Dienstag waren 14 kurdische Abgeordnete aus der Fraktion der im Bündnis mit der großbürgerlichen DYP regierenden sozialdemokratischen SHP ausgetreten. Sie hatten bei den Wahlen im vergangenen Oktober auf der Liste der SHP kandidiert, als ihre Partei eigene Partei, die prokurdische HEP, nicht zugelassen worden war.

7. April 1992



Trauerzug von Rahşan Demirel, die sich am 22. März 1992 in Izmir verbrannt hat

Presseerklärung

DER TÜRKISCHE STAAT BEREITET SICH AUF EINEN VÖLKERMORD VOR!

Newroz, nationaler Feiertag des kurdischen Volkes am 21. März, wurde durch den türkischen Staat zu einem Blutbad. Das natürlichste Recht seinen Festtag zu feiern, seine nationalen und demokratischen Forderungen zur Sprache zu bringen, sollte mit Massaker verhindert werden. In den Provinzen Sirnak, Van und in den Kreisstädten Cizre und Nusaybin sind seit dem Newroztag nach uns vorliegenden Informationen über 100 Frauen, Männer, Kinder, ältere Menschen massakriert wurden. Es gibt hunderte Verletzte. Die Verursacher dieser Ermordungen und Verletzungen sind die türkischen Soldaten, die Polizei und die Sondereinheiten. Um diese Massaker zu rechtfertigen, behauptete der türkische Staat, die bewaffnete Bevölkerung und die Guerillas hätten auf die türkischen Sicherheitskräfte geschossen. Das entspricht nicht der Wahrheit. Während dieser Demonstrationen hat weder die Bevölkerung, noch die Guerilla auf die türkischen Sicherheitskräfte geschossen.



Eine andere Lüge, die von dem türkischen Staat verbreitet wird, ist, daß die Guerilla-Einheiten einen Tag nach Newroz die Stadt Sirnak angegriffen, die Stadt eine lange Zeit unter ihre Kontrolle gebracht und die Staatsgebäude geschädigt hätten. Nach Angaben der Guerilla-Einheiten, die uns erreicht haben, hat ein derartiger Angriff nicht stattgefunden. Die Guerilla hat Sirnak nicht angegriffen. Der kolonialistische türkische Staat hat selbst die Stadt angegriffen, Telefon-Verbindungen und Elektrizitätszufuhr unterbunden und die ganze Nacht die Stadt terrorisiert. Um ihre Schuld zu verschleiern, wurde die Lüge verbreitet, die Guerilla hätte Sirnak angegriffen und unter ihre Kontrolle gebracht. Das alles ist ein Szenario des Staates. Der türkische Staaat, der Newroz mit Blut befleckte, hat in der Nacht Ausgangssperren verhängt, die Läden geplündert, hunderte Autos und Häuser mit Panzern und Gewehrsalven zerstört. Außerdem wurden durch Tiefflüge der Kampfflugzeuge und Beschuß Fensterscheiben und Häuser beschädigt.

Während dieser Angriffe können einige Volksmilizen, um ihr Leben zu schützen, gekämpft und sich in die Berge zurückgezogen haben. Mit Sicherheit gab es jedoch keinen Angriff der Guerilla.
Der türkische Staat hat solch ein Szenario entwickelt, um eine Legitimation für seinen Kriegseinsatz, einschließlich Einsatz der Kampfflugzeuge zu schaffen. Damit sollte verdeckt werden, daß er der wahre Agressor ist. Ziel ist es das eigene schmutzige Gesicht zu verhüllen. Damit will er sich auch vor den Schadensersatzansprüchen der Zivilbevölkerung drücken. Der Gouverneur von Sirnak hat eindeutig erklärt, daß materielle Schäden nicht beglichen werden. Einer der wichtigsten Gründe für dieses Szenario war, die Verhinderung von Protesten seitens der Öffentlichkeit. Aus diesen Gründen halten wir es für wichtig, die Öffentlichkeit über die Wahrheit zu informieren. Wir rufen die Öffentlichkeit auf, gegen die blutigen Pläne des türkischen Staates ihre Stimme zu erheben.
Nach dem Newroz-Massaker plant der türkische Staat noch umfassendere Massaker. Aus diesem Grunde werden in der Region Sirnak und Cizre Militäreinheiten und schwere Waffen konzentriert. Cizre ist mit gepanzerten Fahrzeugen, Panzern und Geschützen umzingelt. Einschließlich der Moscheen sind überall Soldaten und Spezialeinheiten schußbereit stationiert.
Im Landkreis Lice, Provinz Diyarbakir werden Häuser von Patrioten gekennzeichnet. Diese Maßnahme wurde 1978 in Maras praktiziert, wo anschließend ein Massaker stattfand und die gekennzeichneten Häuser Hauptziel der Angriffe wurden. Die Vertreter von Menschenrechtsvereinen und anderer demokratischer Einrichtungen wurden zusammen mit inländischen und ausländischen Pressevertretern unter Drohungen aus Cizre und Sirnak vertrieben. Um die Journalisten einzuschüchtern, wurde ein türkischer Journalist von der türkischen Armee ermordet. Das Ziel ist eindeutig. Pressevertreter sollen aus Angst um ihr Leben die Entwicklungen in Kurdistan nicht weiter verfolgen.
Man will auch verhindern, daß Vertreter von demokratischen Einrichtungen Zeugen von Verbrechen des türkischen Militärs werden und ihre Stimmen dagegen erheben. Dies sind alles Anzeichen für Vorbereitungen eines großen Massakers.

Das Volk lebt mit der Angst, jederzeit massakriert zu werden.
Die Bevölkerung in Cizre und Sirnak hat erhebliche Versorgungsprobleme, es gibt Nahrungsmittelknappheit, da Ausgangssperre herrscht und Geschäfte geplündert werden. Die Verwundeten bei den Angriffen der türkischen Armee haben kaum Möglichkeiten medizinisch Versorgt zu werden. Die medizinische Versorgung der



Verwundeten, die in die Krankenhäuser eingeliefert werden, wird verhindert. Wie in Mardin geschehen, versucht man Blutspenden für Verwundete zu verhindern, indem den Blutspendern gesagt wird, "dies sind Terroristen. Wißt ihr, für wen ihr Blut spendet". Deshalb ist zu erwarten, daß noch mehr Verwundete sterben. Hunderte von Festgenommenen schweben ebenfalls in Lebensgefahr, sie sind massiver Unterdrückung und Folter ausgesetzt.
Die Türkei hat die Dreistigkeit vor den Augen der Weltöffentlichkeit ihren Massakern immer wieder neue hinzuzufügen. Der türkische Ministerpräsident Demirel sagt ganz offen: "Wir werden sie alle erledigen". Die Türkei beschränkt ihre Angriffe nicht nur auf Nord-West Kurdistan. Sie hat neue Luftangriffe auf Südkurdistan gestartet. Demirel erklärte, daß sie die Grenzen zu Irak dichtmachen und niemanden durchlassen werden. Es wird als eine Maßnahme gegen die Guerilla dargestellt, aber in Wirklichkeit ist es ein Teil des Massakerplans in Nord-West Kurdistan. Auf der anderen Seite werden die Cudi und Gabar Berge in Kurdistan bombardiert.
Aufgrund der Geschehnisse in Kurdistan fragen wir alle fortschrittlichen, demokratischen Kräfte und jeden der sich als Mensch bezeichnet: Warum wird die Sensibilität die im Falle Jugoslawiens und Berg Karabachs gezeigt wird, nicht Kurdistan gezeigt?.
Während man im Fall Berg Karabach viel Interesse und Bemühung gezeigt hat, schweigt man zu dem Blut der Unschuldigen in Kurdistan, warum? Warum wollen diejenigen, die von Menschenrechten und Demokratie reden, nicht die Tatsache sehen, daß der türkische Staat in Kurdistan diese Werte mit den Füßen tritt. Wir rufen diejenigen auf, die behaupten, in der Türkei seien demokratische Verhältnisse, den Kurden würden ihre Rechte zugesichert, nach Kurdistan zu gehen und die Tatsachen vor Ort zu betrachten. Ja, geht nach Kurdistan und seht. Seht, wie auch die kleinste Forderung nach Demokratie und Menschenrechten in Blut ertränkt wird, als zuviel für das kurdische Volk angesehen wird. Seht, damit ihr nicht unwissentlich den Fehler macht, die Türkei als demokratisches Land anzusehen und vorsätzlich oder fahrlässig die Massaker der Türkei unterstützt.
Wir rufen die Vertreter der fortschrittlich-demokratischen Einrichtungen und Organisationen, politische Persönlichkeiten und die Angehörigen der Presse auf: geht dringend nach Kurdistan, schickt Delegationen. Versucht durch eure Anwesenheit den türkischen Staat daran zu hindern, offen und ohne jegliche Hemmung Massaker zu begehen. Erlaubt nicht, daß die Türkei Euch und die Welt belügt. Dies ist nicht nur eine Verantwortung gegenüber dem kurdischen Volk, sondern gegenüber der ganzen Menschheit, da in Kurdistan gleichzeitig die Prinzipien und Ideale der Menschheit ermordet werden.

ERNK-Europavertretung / 26.3.1992

Newroz 1992:

● Mit deutschem Geld, deutschen Waffen und deutscher Justiz
● Die Ermordung eines Volkes und die Liquidierung seines Freiheitskampfes durch die türkischen Machthaber in Kurdistan und deren Verhinderung

Eberhard Schultz

16. und 17. März 1992:
Die angeklagten Kurden verlassen die Prozesse in Düsseldorf und Celle aus Protest gegen die BRD als Kriegspartei auf Seiten des türkischen Kolonialismus - eine kaum beachtete Nachricht, deren Hintergrund aber schon wenige Tage später durch Ereignisse bestätigt wird, die immer mehr in die Schlagzeilen geraten.

21. März 1992:
Erste Augenzeugenberichte von den Newroz-Feiern und Massakern durch das türkische Militär erreichen die BRD.

23. März 1992:
Erste Berichte über den Einsatz deutscher Waffen.

24. und 27. März 1992:
Die Ereignisse überschlagen sich: Lieferstopp für weitere Leopard-Panzer; eine diplomatische Note Österreichs leitet den KSZE-Mechanismus ein; verschiedene Bundesländer ordnen den Stopp von Abschiebungen kurdischer Flüchtlinge in die Türkei an; die türkische Regierung dementiert den Einsatz deutscher Waffen und gibt ihn am nächsten Tag zu; wachsende Kritik an Minister Stoltenberg, die schließlich zu seinem Rücktritt führt; schwere Verstimmung auf diplomatischer Ebene zwischen Ankara und Bonn; der Auswärtige Ausschuß des Bundestages beschließt eine Delegation zur Untersuchung der Verletzungen von Menschenrechten vor Ort zu schicken. Angestoßen wurde diese Entwicklung u.a. durch die Augenzeugen einer Delegation, die ins Zentrum der Auseinandersetzungen geriet und engagiert berichtete. Als Verteidiger im Düsseldorfer PKK-Prozeß und Teilnehmer der Delegation nach Kurdistan will ich in einer Art historischen Momentaufnahme versuchen, die Ereignisse zu dokumentieren aus dieser Sicht darzustellen, den Zusammenhang herzustellen und die Hintergründe aufzuzeigen - subjektiv und einseitig, für eine historische Bewertung ist es ohnehin zu früh.

Beginnen wir chronologisch mit der Hauptverhandlung im Düsseldorfer Kurdenprozeß vom 16. März: Die nichtinhaftierten Angeklagten blieben bis auf zwei dem Gerichtssaal fern, im Namen der seit vier Jahren in Untersuchungshaft sitzenden Angeklagten gab Selahattin Erdem eine Erklärung ab, die wegen ihrer Bedeutung hier dokumentiert werden soll

Dokument 1:

LETZTE ERKLÄRUNG

Wie in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht und durch die Debatten im Bundestag in Bonn bestätigt wurde, hat die Bundesrepublik allein im Jahr 1991 dem türkischen Staat 250000 Gewehre, 5000 schwere Handfeuerwaffen, 450 Millionen Stück Munition und eine Vielzahl anderer militärischer Waffen geschenkt. Es ist bekannt, daß in der Vergangenheit solche Hilfe geleistet wurde und heute weiterhin geleistet wird.
Diese Waffen und Munition setzt der türkische Staat in seinem in Kurdistan geführten Krieg ein. Mit diesen militärischen Mitteln wird der kolonialistische Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk geführt. Die Mitglieder der Konterguerilla, sogenannte "Spezial-Teams", laufen in den kurdischen Städten mit deutschen Waffen ausgerüstet umher.
Nach dem Bericht des Menschenrechtsvereins in Diyarbakir sind in der zweiten Hälfte des Jahres 1991 in der Region 165 unbewaffnete Zivilisten von der Armee und den Spezialteams ermordet worden. 42 davon wurden auf mysteriöse Weise von der Konterguerilla ermordet. Infolge der Angriffe des türkischen Militärs auf die Zivilbevölkerung sind am 10. Juli 1991 im Stadtzentrum von Diyarbakir, am 24. Dezember 1991 in den Kreisstädten von Diyarbakir, Lice und Kulp, am 14.-15. Februar 1992 in den Dörfern von Mardin und Eruh 39 Personen ermordet und ca. 500 Menschen auf verschiedene Weise verletzt worden.
Der türkische Staat versucht, diesen Krieg, den er in Kurdistan führt, noch mehr zu intensivieren. Und die BRD unterstützt diesen Krieg, den der türkische Staat in Kurdistan führt, mit finanzieller, militärischer und politischer Hilfe. Zudem führt die BRD auch im diplomatischen und juristischen Bereich intensiv

einen Kampf gegen die zweite Kriegspartei - die PKK - und nimmt auf der Seite des türkischen Staates aktiv teil. Mit all dem ist die BRD parteiisch im Krieg des türkischen Staates in Kurdistan. Sie ergreift Partei für den türkischen Kolonialismus.
Auch dieser Prozeß ist ein Teil des Krieges, den die BRD gegen uns führt. Tatsächlich befinden wir uns in einem Zustand der Kriegsgefangenschaft.
In den letzten 8 Monaten hat der türkische Staat genau acht Mal Kurdistan mit Kampfflugzeugen bombardiert. Jede Operation dauerte eine Woche, manche sogar noch länger. Und auch heute bombardieren sie Kurdistan mit Kampfflugzeugen weiter. Der türkische Staat setzt im Kampf gegen das kurdische Volk und seine nationale Befreiungsbewegung intensiv seine Panzer, Kanonen und Kampfflugzeuge ein. Dies erklärt er mit Behauptungen wie: "Ich bekämpfe den Terrorismus". Nirgend wo anders in der Welt wurde bisher gesehen, daß mit Panzern, Kanonen und Kampfflugzeugen gegen den Terrorismus gekämpft wurde. Mit solchen Erklärungen bezweckt der türkische Staat, den Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk zu verschleiern. Genauso wie der türkische Staat verschleiert die BRD, die als Kriegspartei mit Erklärungen auftritt wie "Ich klage den PKK-Terrorismus vor Gericht an", ihre feindliche Haltung gegenüber dem kurdischen Volk ausdrückt. Dieser Prozeß ist ein Schauspiel, das zum Verschleiern der Wahrheit inszeniert wird.
Der türkische Staat hatte 1987 - auch mit der Zustimmung und Unterstützung der NATO - im Rahmen des "Ausnahmezustands" und mit Hilfe der "Spezialarmee" ein Spezialkriegssystem organisiert. Die "PKK-Prozesse" in der BRD sind als Teil dieses Spezialkriegssystems geplant worden. Der Zweck dieses Plans war, den Nationalen Befreiungskampf Kurdistans unter der Führung der PKK zu zerschlagen. Dies sollte bis Ende 1991 verwirklicht werden. Nur hatte dieser Spezialkriegsplan in der Praxis keinen Erfolg, die vorgesehenen Ziele konnten nicht realisiert werden.
Nun will der türkische Staat bis Ende 1992 einen neuen Kriegsplan realisieren und den Krieg forcieren. Mit der Demirel-Inönü-Regierung hat er eine neue Kriegsphase begonnen. Er lehnt jede politische Lösung ab, will die Forderung des kurdischen Volkes nach Freiheit und Unabhängigkeit mit dem Krieg ersticken. In diesem Zusammenhang wollen die Ankläger dieses Verfahrens, den Prozeß, der mit dem Krieg in Kurdistan eng zusammenhängt, in neuen Formen weiterführen. Die türkisch-deutschen Verhandlungen über diesen Prozeß sind nicht zu verkennen. Dieser Prozeß hat nichts mehr mit Justiz zu tun. Dieser Prozeß wurde sogar Thema der Neujahrs-Grußbotschaften von Kohl und Özal. Am 25. Februar 1992 hat eine Delegation aus der Türkei, bestehend aus Abgeordneten, mit deutschen Autorisierten aus Bonn über diesen Prozeß verhandelt. Die deutsche Regierung macht diesen Prozeß zum Verhandlungsgegenstand mit dem türkischen Staat und versucht, ihn als Erpressungsmittel gegen die PKK zu verwenden. Während die Bundesanwaltschaft auf der einen Seite an ihrer Behauptung, die PKK sei eine "terroristische Organisation", festhält, will sie auf der anderen Seite mit ihr verhandeln, ja sogar ein imperialistisches Verhandeln. Eine größere Maßlosigkeit in Inkonsequenz und Doppelmoral kann es nicht geben. Diese Tatsachen zeigen auch, wie verlogen und was für Marionetten Personen sind, die sich als "Gericht" bezeichnen und diejenigen, die behaupten, sie handelten gemäß geltenden Rechts.
Wir haben schon am ersten Tag der Verhandlung dem Gericht gegenüber erklärt, daß dies ein politischer Prozeß ist, daß hier keine Justiz existiert, dieses Gericht ein Kriegsgericht ist und wir als Geiseln und Erpressungsmittel gegen den Nationalen Befreiungskampf Kurdistans festgehalten werden. Vergangene Geschehnisse und auch einige kurze Stellungnahmen von uns haben diese Situation offen bestätigt. Die deutsche Regierung und Sie, als ein Teil dessen, sind parteiisch in diesem Krieg. Sie halten uns als Kriegsgefangene, Geiseln und Erpressungsmittel fest. Mit diesem unter dem Mantel eines Gerichtes veranstalteten Szenario versuchen Sie, die Realität zu maskieren und zu verschleiern. Mit der Absicht, Ihnen Zeit und Gelegenheit zu geben, haben wir Geduld gezeigt, doch von nun an sind wir nicht mehr Teil dieses Spieles.
Wir werden nicht mehr zulassen, daß wir als Erpressungsmittel, als Verhandlungsobjekt gegen unseren Nationalen Befreiungskampf benutzt werden. Als Folge unserer eigentlichen Situation - als Kriegsgefangene und Geiseln werden wir nicht mehr an diesen Ort kommen. Sollten wir mit Gewalt gebracht werden, dann werden wir uns keinen Regeln fügen und das Fortfahren der Verhandlungen verhindern.
Wir bedanken uns bei den Anwälten, die uns vertreten haben, für ihre bisherigen Bemühungen. Für sie gibt es in diesem Verfahren nichts mehr zu machen. Wir erwarten, daß sie sich nicht zum Werkzeug in diesem gegen das kurdische Volk angezettelten Spiel machen lassen. Von nun an vertreten sie uns nicht mehr. Die Vollmachten, die wir den Rechtsanwälten gegeben hatten, nehmen wir wieder zurück.
Aus der Sicht der Geschichte und der Menschheit, des Nationalen Befreiungskampfes Kurdistans, des eigentlichen Rechts und der Demokratie in Deutschland ist unsere Haltung notwendig und richtig. Aus diesem Anlaß rufen wir noch einmal die deutsche Öffentlichkeit und alle fortschrittlich-demokratischen Kräfte dazu auf, sich dem Vernichtungskrieg des türkischen Staates und seiner Verbündeten gegen das kurdische Volk zu widersetzen und sich mit dem kurdischen Volk zu solidarisieren. Wir glauben fest daran, daß unser Volk trotz großer Schwierigkeiten und Hindernisse seine Freiheit und Unabhängigkeit erlangen wird.
Wir rufen die im Ausland lebenden Kurden auf, wenn möglich nach Kurdistan zurückzukehren, all unsere Menschen - überall, wo sie sich aufhalten - den Unabhängigkeits- und Freiheitskampf noch verstärkter zu unterstützen. Wir rufen unser Volk in Kurdistan auf, das Jahr 1992 in ein Jahr des großen Volksaufstandes umzuwandeln.

- Es lebe der Unabhängigkeits- und Freiheitskampf Kurdistans!
- Es lebe die PKK!
- Es lebe der Vorsitzende APO !

Selahattin Erdem
Ali Haydar Kaytan
Hasan Hayri Güler
Ali Aktas

16. März 1992

Dementsprechend beantragten wir als bisherige VerteidigerInnen des Vertrauens die Aufhebung unserer Beiordnung als Pflichtverteidiger (eine einfache Niederlegung des Mandats ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich), von mir verbunden mit einem erneuten Antrag auf Einstellung des Verfahrens, der hier dokumentiert werden soll.

Dokument 2:

In dem Strafverfahren gegen Herrn Selahattin Erdem beantrage ich,

1.) das Verfahren gegen meinen Mandanten wegen Vorliegens eines Prozeßhindernisses gem. § 260 Abs. 3 StPO einzustellen;

2.) meine Beiordnung als Pflichtverteidiger aufzuheben.

Begründung: Die Anträge sind begründet, weil der Staat seinen Strafanspruch gegen Anhänger der kurdischen Befreiungsbewegung PKK nach § 129a StGB durch offene Parteinahme im Kolonialkrieg der Türkischen Republik gegen das kurdische Volk verwirkt hat.

1. Mein Mandant hat mit "der letzten Erklärung" im Namen der inhaftierten Angeklagten deutlich gemacht, daß diese eine Verteidigung vor diesem Gericht inzwischen für vollends unmöglich halten. Maßgeblich hierfür ist die immer offenere Einmischung der Bundesrepublik als Kriegspartei auf Seiten der Türkischen Republik gegen den nationalen kurdischen Befreiungskampf und die offene Einmischung der türkischen Regierung in dieses Verfahren, die nach dem Ende des Golfkrieges immer deutlicher wurde:

- Das berüchtigte türkische "Anti-Terror-Gesetz" vom April 1991 ist nach offizieller türkischer Darstellung unter Mithilfe "deutscher Spezialisten" zustandegekommen (vgl. Weser-Kurier vom 19.06.91);
- bereits Mitte August erklärte der deutsche Botschafter in Ankara, *"er habe offiziell die Zusammenarbeit und Beteiligung Bonns beim Kampf gegen den Terrorismus in der Türkei angeboten"* (FR vom 17.08.91); aber nicht nur der deutsche Botschafter vor Ort, auch die Bundesregierung selbst spricht eine deutliche Sprache und straft damit alle Beschwichtigungsversuche der BAW Lügen, wonach nur eine selbstständige Teilorganisation und nicht etwa die PKK insgesamt als "terroristisch" verfolgt werde, wenn sie auf eine große Anfrage vor dem Bundestag antwortet: *"Eine Zusammenarbeit mit der terroristischen kurdischen Arbeiterbewegung PKK lehnt die Bundesregierung ab,* und wenn sie die Haltung des Deutschen Botschafters mit den Worten bekräftigt: *...die Bundesregierung verurteile den PKK-Terrorismus scharf und sei bereit, ihren Beitrag zu dessen Bekämpfung zu leisten"* (Bundestagsdrucksache 12/1928, S. 3 und 10);
- Ende 1991 wurde die Lieferung von Kriegsmaterial der NVA im Werte von 1,5 Milliarden DM an die Türkei als Bestandteil der "Rüstungssonderhilfe" der Bundesregierung bekannt (FR vom 21.12.91), die nach Angaben des deutschen Botschafters seit 1964 schon 6,254 Milliarden DM betrug - so das Schreiben vom 06.11.91 an die Abgeordneten des Türkischen Parlaments, in dem die traditionelle Zusammenarbeit vor allem auf militärischem Gebiet zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkischen Republik seit dem letzten Jahrhundert betont wird;
- die Neujahrsbotschaft des türkischen Staatspräsidenten Özal - vorab in der türkischen Presse veröffentlicht - mit der offenen Forderung, *"die Terrororganisation PKK gemäß den deutschen Gesetzen für illegal zu erklären ... und die Mitglieder dieser Organisation der erforderlichen Bestrafung zuzuführen"* (Hürriyet vom 8.1.92) und die Versicherung in der Neujahrsbotschaft des Bundeskanzlers Kohl seinerzeit, *"daß die traditionell engen Beziehungen zwischen unseren Ländern für die Kontinuität in der ganzen Region von besonderer Bedeutung sind"* (ebenda);
- die in der türkischen Presse zu Beginn des Jahres wiedergegebene Forderung des deutschen Außenministers an Syrien, die PKK dort nicht länger zu dulden; usw.
- Massive Bombeneinsätze in Kurdistan seit letztem Sommer zum Teil mit Giftgas- und Napalm bis über die Grenze des Irak gegen PKK-Kämpfer und die kurdische Zivilbevölkerung - von der Bundesregierung nur mit lauen Protesten eines Staatssekretärs kommentiert, obwohl es sich um offensichtliche Kriegsverbrechen handelt.

Wenn die Bundesanwaltschaft auf diesem Hintergrund der PKK eine "Schadensbegrenzung" zur Begrenzung der "terroristischen Vereinigung" auf die Vergangenheit und auf die inhaftierten Angeklagten unter der Voraussetzung anbietet, daß der Generalsekretär Abdullah Öcalan eingesteht, daß die Europaführung früher die falsche Linie des Individualterrors angewandt habe, und dies mit dem Hinweis verbindet, eine weitergehende Verurteilung würde doch den "Konkurrenten" Öcalan's, den Kurdenführer Barzani nur in Europa weiter aufwerten, so zeigt dies, wie berechtigt ihre Befürchtung ist, als Geiseln in dem Krieg benutzt zu werden.

2. Ihre daraus geforderte Konsequenz, daß eine Verteidigung in diesem Verfahren unmöglich ist, wird von mir akzeptiert. Deshalb beantrage ich meine Entpflichtung. Es gibt für mich hier in diesem Gerichtsbunker nichts mehr zu tun!

3. Rechtlich ist auszuführen: Das Prozeßhindernis, das eine Einstellung des Verfahrens zwingend erfordert, ergibt sich aus der Verwirkung des staatlichen Strafanspruchs im Zusammenhang mit der Entwicklung zur Kriegspartei.Das Verfahrenshindernis der **Verwirkung** des staatlichen Strafanspruchs war in Rechtsprechung und Literatur in der ersten Hälfte der 80er Jahre auch weitgehend bei bestimmten Fallkonstellationen, insbesondere des "Lockspitzeleinsatzes", anerkannt (vgl. u.a. BGH ...) Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluß vom 17.07.1985 offen gelassen, ob es ein derartiges Verfahrenshindernis bei einer anderen Fallkonstellation (Frage, ob die Umstände der Ergreifung eines mutmaßlichen Straftäters für sich genommen *"die Durchsetzung eines möglichen staatlichen Strafanspruchs gegen den Betreffenden"* zu hindern vermögen) und erklärt, *"ein solches Verfahrenshindernis könnte allenfalls in extrem gelagerten Ausnahmefällen eingreifen ..."*

Vorliegend ist zu beachten, daß ein sehr viel schwerwiegenderer Tatbestand vorliegt, als in den bisher in Rechtsprechung und Literatur behandelten Fällen: Wie oben dargelegt, beruht die Verwirkung des staatlichen Strafanspruchs nicht auf dem Verhalten irgendwelcher subalterner Beamten (wie z.B. bei dem Lockspitzeleinsatz o.ä.), sondern auf der offiziellen Politik der obersten Verantwortlichen und Repräsentanten der Bundesregierung. Deshalb muß das vom BGH immer wieder herangezogene Argument, Verfehlung einzelner könnten *"nicht auf den Staat als solchen"* (BGH St 33, 253) übertragen werden, in unserem Zusammenhang zurücktreten und der Grundsatz gelten, den der BGH in seiner Entscheidung im 32.

Band so formuliert hat: Es ist *"allgemein anerkannt, daß der Rechtsgedanke der Verwirkung durch treuwidriges Verhalten auch im öffentlichen Recht gilt"* (BGH St 32, 353).
Die Frage, inwieweit staatlich veranlaßtes Handeln einzelner dem Staat als Ganzem zugerechnet werden kann, hat dann keine Rolle mehr zu spielen, wenn der Staat als Ganzer handelt, nämlich die Bundesregierung mit ihren Organen, dem Außenministerium, dem Verteidigungsministerium und dem Generalbundesanwalt. Daß die gelieferten Waffen bei den völkerrechtswidrigen Bombardierungen und den alltäglichen Einsätzen gegen die kurdische Guerilla benutzt werden, kann ernsthaft niemand bestreiten: Selbst der frühere FDP-Minister Graf Lambsdorf hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der liberalen Internationale hierzu recht deutlich formuliert,
- es sei völlig unakzeptabel, daß *"ein NATO-Partner mit NATO-Waffen Krieg gegen Minderheiten im eigenen Land"* führe (zitiert nach Neue Züricher Zeitung vom 25.01.1992, Seite 3).
Das Recht auf Leben, Freiheit und körperliche Unversehrtheit ist unteilbar. Solange der deutsche Staat durch die Lieferung von Waffen in Milliardenwert und Auftreten als offene Kriegspartei gegen die kurdische Befreiungsbewegung PKK das Leben der kurdischen Bevölkerung bedroht, den Genozid unterstützt und die Bombenteppiche finanziert, kann er schlechterdings nicht in der BRD das Recht für sich in Anspruch nehmen, Kurden strafrechtlich verfolgen zu wollen, denen vorgeworfen wird, im Rahmen ihres Kampfes für ein selbständiges Kurdistan Rechtsgüter von Kurden verletzt zu haben. Hier von bloßer Treuwidrigkeit im juristischen Sinne zu sprechen, hieße, wie von dem Mitverteidiger RA Schoenian in seinem Antrag vom 05.02.1991 anläßlich des Beginns des Golfkrieges formuliert hat, das Maß von doppelter Moral zu verharmlosen. Tatsächlich handelt es sich um die Mitwirkung an einem Völkermord und an einem Kriegsverbrechen, das zwangsläufig auf dieses Verfahren zurückwirken muß.
4. Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß die Verfolgung von Anhängern und Repräsentanten der PKK nach § 129a - im Gegensatz etwa zu den faschistischen türkischen "Grauen Wölfen", den kroatischen Ustascha-Faschisten, den Neo-Nazis, auf deren Konto zahlreiche politisch motivierte Morde im In- und Ausland gehen oder etwa zu Stasi-Agenten - eine politische Entscheidung ist.Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß dies eine schwerwiegende Einmischung in den kurdischen nationalen Befreiungskampf darstellt. Und eigentlich sollte es für die Justiz in einem demokratischen Rechtsstaat selbstverständlich sein, sich nicht zum Richter über eine ausländische nationale Befreiungsbewegung aufzuspielen - sehr schnell und für viele unerwartet könnte diese (wie z.B. in Kroatien, im Baltikum, in Eritrea oder anderswo) an der Spitze eines neugegründeten Staates stehen. Spätestens dann wären die "Terroristen" von einst die geachteten Staatsmänner der Zukunft. Soweit muß es nicht kommen, diese Blamage historischen Ausmaßes könnte sich der Staatsschutzsenat ersparen. Auch wenn er den "letzten Wunsch" von Kurt Tucholsky hier wohl nicht fürchten muß: Einmal die Rolle der Richter und ihrer politischen Gefangenen in Deutschland vertauscht zu sehen!

Der Verteidiger:
Ra. Schultz

Die inhaftierten Angeklagten wurden nach langem hin und her bis Mitte Juli dieses Jahres von der Hauptverhandlung ausgeschlossen, unsere Anträge auf Aufhebung der Pflichtverteidigung und mein Antrag auf Einstellung des Verfahrens abgelehnt mit der lapidaren Begründung, die rechtlichen Voraussetzungen seien nicht gegeben.

Eine Reise nach Kurdistan

Zwei Tage später begann unsere Reise, die soviel Staub aufgewirbelt hat, am Vorabend des kurdischen Newroz-Festes zunächst nach Diyarbakir, der heimlichen Hauptstadt Kurdistans.Die erste bundesweite Delegation zu den Newroz-Ereignissen setzte sich zusammen aus PolitikerInnen (der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke von der PDS, Linke Liste und dem Vorstandsmitglied der Bremer GRÜNEN, Uwe Helmke), einem Menschenrechtler (Ronald Ofteringer, medico international, Berlin), Journalisten (Michael Enger, Hans-Peter Weymar, Hamburg und Peter Zinke, (Nürnberg), RechtsanwältInnen (Verleih, Frankfurt und mir) sowie den Dolmetscherinnen Amke Dietert und Ulrike Derfner. Wir waren einem Aufruf dort hin gefolgt, in dem es hieß:
"Nachdem in den letzten Tagen im großen Ausmaß Militäreinheiten in die Region verlegt wurden, herrscht unter der Bevölkerung Angst und die Befürchtung von Massakern. Aus diesem Grunde rufen wir die demokratischen Organisationen der Welt und vor allem Europas, die Parlamente und alle Personen und Organisationen, die sich angesprochen fühlen, auf, solange es noch Zeit ist, in unsere Region zu kommen, die Ereignisse zu untersuchen, zum Frieden in der Region und dazu beizutragen, friedliche Lösungsmöglichkeiten zu finden." (Unterschrieben ist dieser Aufruf u.a. vom Vorstand der HEP (Partei der Arbeit des Volkes, stärkste Partei in den kurdischen Provinzen), dem Menschenrechtsverein IHD, den Gewerkschaften aus den Bereichen Erdöl, Straßenbau, Erziehungs- sowie Gesundheitswesen, den Kammern der Ärzte, Architekten, Bauingenieure und Elektroingenieure. Vertreter dieser Organisationen empfingen uns zwei Tage vor dem Newroz-Fest und schilderten die aktuelle Entwicklung auf dem Hintergrund der Unterdrückung und völligen Entrechtung des kurdischen Volkes. Für mich war auffällig, wie offen und furchtlos im Gegensatz noch zu meiner letzten Delegationsreise 1990 (nach dem "Serihildan" - der kurdischen Intifada) alle Themen angesprochen wurden, einschließlich des furchtbaren Staatsterrors und der Rolle und Bedeutung der kurdischen Arbeiterpartei PKK; deren Unterstützung durch die überwiegende Mehrheit der Kurden, die keine Alternative zu ihrem Kampf sehen, wenn sie sich gegen die brutale Unterdrückung wehren wollen. Mitten in unserem Gespräch wurde gemeldet, daß die zentrale Newroz-Veranstaltung in Diyarbakir im Fußballstadion verboten worden war, obwohl Regierungschef Demirel vorher ja angekündigt hatte, "Newroz-Feiern im legalen Rahmen seien erlaubt ..."
Wir teilten uns anschließend auf, um die Newroz-Feiern und die Entwicklung in Diyarbakir, Cizre, Nusaybin, Sirnak usw. vor Ort besser beobachten zu können. Es würde hier zu weit führen, die Ereignisse im einzelnen darzustellen. Ich möchte vielmehr die vorläufige Auswertung der Bremer Delegationsteilnehmer dokumentieren.

Dokument 3:

Weitere Massaker in Türkei-Kurdistan verhindern!

Vorläufige Auswertung der Kurdistan-Delegation Newroz 92

Nur unter großen Schwierigkeiten bis in die kurdischen Städte Cizre, Nusaybin, Kiziltepe usw. vorgedrungen; vor Ort ständigen Schikanen, Beschimpfungen und sogar Mißhandlungen der türkischen Sicherheitskräfte ausgesetzt; massiv am umfassenden Beobachten und vor allem Dokumentieren der Ereignisse (fotografieren und filmen) behindert, stellt die Delegation nach ihrer einwöchigen Reise durch Kurdistan fest:

1. Entgegen der offiziellen türkischen Darstellung
- kurdische Newroz-Feiern im legalen Rahmen zu erlauben, wurden schon zahlreiche Veranstaltungen im Vorfeld verboten, Kurden in "Vorbeugehaft" genommen (wie in Diyarbakir), praktisch alle von hochgerüsteten Sicherheitskräften schikaniert und behindert;
- waren es nicht die Demonstranten oder andere Kurden, die das Feuer eröffnet haben, sondern die Sicherheitskräfte; die jetzt schon feststehenden mehr als hundert Toten gehen auf ihr Konto;
- wurden zahlreiche Frauen, Kinder und alte Menschen zum Teil **schwerverletzt,** ihr Transport zum Krankenhaus behindert, sie und die Fahrer zum Teil verprügelt, einzelne Ambulanzwagen beschossen und die Krankenhäuser von massivem Polizeiaufgebot umstellt (wir selbst haben Kinder von acht und elf Jahren mit schweren Schußverletzungen auf der Intensivstation des Krankenhauses gesehen);
- wurden Journalisten, Vertreter der Menschenrechtsvereinigung IHD, Delegationen der pro-kurdischen HEP und westeuropäische Beobachter von türkischen Sicherheitskräften bedroht, beschimpft und beleidigt, zum Teil geschlagen und unter Hausarrest gestellt, Film- und Fotomaterial über den Terror gegen die kurdische Bevölkerung systematisch verhindert bzw. anschließend vernichtet;
- wurde eine Gruppe von Journalisten mit Teilnehmern unserer Delegation in Cizre, die auf die Rufe einer Frau hin das Hotel verlassen hatten, um ihr zu helfen, zweimal mit gezielten Feuersalven angegriffen - von der 2. Salve wurde ein türkischer Journalist der Zeitung "Sabah" tödlich getroffen.

2. Wo keine westlichen Beobachter oder Journalisten anwesend waren, war das Vorgehen gegen die Bevölkerung nach Augenzeugenberichten noch offener, wie in Nusaybin und Sirnak; zahlreiche Dörfer wurden schon im Vorfeld vom Militär umzingelt und hermetisch abgeriegelt. In Nusaybin berichtete uns ein Polizist stolz, sie hätten zehn Kurden erschossen und setzte hinzu: "Das sind viel zu wenig!" Alle Vertreter kurdischer Parteien und Journalisten waren kurzerhand festgenommen und über die ganze Stadt Ausgangssperre verhängt worden.

3. Entgegen offiziellen türkischen **und deutschen** Darstellungen werden deutsche Waffen und Munition gegen die Kurden eingesetzt. Wir selbst sahen Schützenpanzer, die offenbar aus der NVA-Lieferung vom Dezember letzten Jahres (Wert 1,5 Milliarden DM) stammen. Lt. Angaben des deutschen Botschafters in Ankara vom November 1991 betrug die gesamte Rüstungshilfe bis dahin insgesamt 6,25 Milliarden DM.

Wie kam es zu dieser Entwicklung?

Die türkische Regierung ist für das angekündigte und vorbereitete Massaker an der kurdischen Bevölkerung verantwortlich. Schon Ende Januar hatte Staatspräsident Özal angekündigt: *"Ich erkläre es ganz offen: Die türkische Armee wird in der uns vorliegenden Phase mit einem größeren Potential in das Gebiet eindringen ... Denken Sie, daß es in dieser Region noch Menschen geben wird, wenn wir so vorgehen wie Saddam? Sollte es Unruhe in der Türkei geben, werden die Menschen dieser Region die Verlierer sein."* (Milliyet vom 01.02.1992)
Und ein Oberst des Generalstabes: *"Sogar die vom Krieg zerrüttete Armee Saddams konnte die Kurden auseinanderschlagen. Wenn es nötig ist, lassen wir eine Division auf sie los, dann wird Friedhofsruhe herrschen."* (2000'e Dogru, 26.01.1992) Damit hat das Militär den unerklärten Krieg, den es jahrelang vergeblich in den kurdischen Bergen geführt hat, um den Guerillakampf der PKK zu vernichten, endgültig in die kurdischen Dörfer und Städte getragen - tragen müssen, sieht sie doch in jedem Kurden, der die Sicherheitskräfte nicht aktiv unterstützt, einen "Terroristen und Separatisten."
"Die Regierung hat es in der Hand. Wenn es so weiter geht, wird noch mehr Blut fließen!" - war die Meinung aller unserer kurdischen Gesprächspartner. Aber die militärische Lösung verbunden mit ein paar Zugeständnissen im kulturellen Bereich wird nicht zu der erwünschten "Friedhofsruhe" führen, wie uns Vertreter des Menschenrechtsvereins, der HEP, der Gewerkschaften, der Ärzte-, Architekten- und Apothekerkammer in Diyarbakir sowie zahlreiche Journalisten und andere Kurdinnen und Kurden versicherten: Das kurdische Volk will den Frieden, aber es leistet Widerstand und unterstützt den Kampf der PKK, zu dem es keinerlei Alternative sieht. Der Newroz war eine Kraftprobe zwischen dem türkischen Staat und der PKK. Und die PKK hat gezeigt, daß sie nicht nur eine Guerillaorganisation ist, sondern die politische Kraft in Türkei-Kurdistan, die die Masse der Bevölkerung hinter sich hat.

Wie soll es weitergehen?

Es wird also höchste Zeit für einen unmittelbaren Dialog zwischen der PKK und dem türkischen Staat *"als wichtigste Voraussetzungen für den Frieden in Türkei-Kurdistan"* (Ömer Erzeren, taz vom 23.03.1992): "Noch ist es Zeit, um die Waffen zum Schweigen zu bringen. Die PKK ist offen für einen Dialog, die HEP hat wiederholt angeboten, zu vermitteln".
Die Weltöffentlichkeit muß endlich begreifen, daß das kurdische Volk nicht nur im Irak und Iran, sondern auch in der Türkei einem schleichenden Völkermord ausgesetzt ist und einen gerechten Befreiungskampf führt, deren Ziele, Methoden und Organisierung ohne Bevormundung von außen zu akzeptieren sind.
Die Massaker haben noch einmal verdeutlicht: Dringend nötig sind für ernsthafte Verhandlungen zwischen den beteiligten Kriegsparteien, wie das vom Europa-Parlament schon 1991 gefordert wurde. Und wir erfuhren mehrfach in unseren Gesprächen, was der anerkannte Türkei-

Experte Ömer Erzeren so formuliert: *"Die allmächtigen Militärs ziehen im Hintergrund die Fäden und Ministerpräsident Demirel, ... hat sich mit denen, die ihm beim Militärputsch 1980 aus dem Amt jagten, arrangiert. Nur wenn die Türken mit diesen dunklen Kräften abrechnen, nur wenn es tatsächlich ein souveränes türkisches Parlament gibt, kann es eine Lösung der Kurdenfrage geben. Die Legalisierung der PKK ist unvermeidlich, will man ein weiteres Blutvergießen verhindern. Ansonsten droht der Türkei ... ein Bürgerkrieg."* (taz, 23.03.1992)

Unsere kurdischen Gesprächspartner haben uns immer wieder versichert, sie wollten den Kampf für ihre Freiheit alleine führen und seien hierbei zuversichtlich. Sie verlangen aber von uns, daß die BRD ihre direkte wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Türkei aufgibt, solange diese einen unerklärten Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt. Auf ihre Bitte geben wir angesichts weiterer drohender, noch größerer Massaker als dringenste Anliegen weiter:

Schickt Beobachter, Parlamentarier, Menschenrechtler und Journalisten nach Kurdistan, um die Auseinandersetzungen anläßlich des Newroz-Festes genau zu untersuchen und weitere Massaker zu verhindern!
Erkennt das Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk endlich an!
Hört endlich auf, die PKK als Terroristen zu begreifen und zu behandeln!
Sorgt für die Einstellung der Wirtschafts- und vor allem der Militärhilfe für die Türkei!

Als weitere Konsequenzen halten wir für notwendig:
Das Wiedereinsetzen der suspendierten Menschenrechte in T-Kurdistan und die Anerkennung der Rechte für Kurden nach der KSZE-Schlußakte mit internationaler Kontrolle ihrer Durchführung!
Das Einwirken auf die türkische Regierung, mit kurdischen Organisationen ernsthaft zu verhandeln mit der Perspektive einer internationalen Friedenssicherung! Anerkennung von nichtassimilierten Kurden als gruppenverfolgt in Asylverfahren! Keine Abschiebung von Kurden aus der BRD in die Türkei!

Bremen, den 27.03.1992

Die Bremer Delegationsteilnehmer: Helmuth Oppermann, Verein solidarische Hilfe e.V. Uwe Helmke, Mitglied im Landesvorstand der Grünen Eberhard Schultz, Rechtsanwalt und Notar

---

Schon während unseres Aufenthaltes in Kurdistan hatten die deutschen Medien mit ihrer Berichterstattung über die Massaker begonnen - Augenzeugenberichte, Interviews, Foto- und Filmmaterial brachten die Wahrheit immer deutlicher ans Tageslicht. Gleichzeitig wurden wir Zeugen einer Berichterstattung in den türkischen Medien - allen voran des Fernsehens - in der die Tatsachen auf den Kopf gestellt wurden: Zu den Bildern von Panzern und Militär im Einsatz gegen Teilnehmer der Feiern und Demonstrationen, von Toten und Schwerverletzten wurde stereotyp behauptet, dies sei die Verteidigung gegen die "Terrorangriffe" der PKK. In die gleiche Kerbe hieben die Politiker der Regierungsparteien u.a., auch Regierungspräsident Demirel hatte offenbar über Nacht seine Sonntagsreden zu einer *"vorsichtigen Liberalisierung in der Kurdenfrage"* vergessen und war zum offenen Befürworter eines kompromißlosen militärischen Durchgreifens geworden. Für wie dumm halten die Machthaber der Türkei eigentlich die dortigen Menschen, wenn sie ihnen weismachen wollten, mit den Panzern usw. sei man nicht gegen die Bevölkerung, sondern nur gegen einzelne "Separatisten" und "Terroristen" vorgegangen?



Die Reaktion in Deutschland und Westeuropa

Durch die Berichte über die Massaker und ihre Hintergründe in den hiesigen Medien wurde zum erstenmal eine breite Öffentlichkeit mit der Problematik von Staatsterror und Freiheitskampf im türkisch besetzten Teil Kurdistans bekanntgemacht, nachdem im Oktober 1989 zu Beginn des Düsseldorfer PKK-Prozesses zum erstenmal überhaupt hierüber informiert wurde und der Völkermord an den Kurden im irakisch besetzten Teil Kurdistans durch Saddam Hussein vor einem Jahr mehrere Wochen die Schlagzeilen bestimmt hatte. Diese Berichterstattung und die öffentlichkeitswirksamen Proteste der Kurden in Westeuropa sowie die Interventionen einiger Menschenrechtsorganisationen trugen wesentlich dazu bei, daß einige wichtige Schritte erreicht werden konnten:

- der Lieferstopp für weitere Leopardpanzer;
- die Entsendung einer Bundestagsdelegation zur Überprüfung der Menschenrechte;
- das Einbringen der Problematik in die KSZE;
- der Abschiebestopp für Kurden aus der Türkei.

Inwieweit diese ersten Schritte weiterführen können, hängt von dem Druck ab, der in der Öffentlichkeit weiterhin für diese Frage entfaltet werden kann. Sonst dürfte es bei dem Rücktritt von Minister Stoltenberg als "Bauernopfer" bleiben und die Machthaber schreiten weiter auf dem Weg der traditionellen deutsch-türkischen



Freundschaft, deren erstes Opfer in diesem Jahrhundert die Armenier waren und weitere folgen könnten - als nächste die Kurden.
Die öffentliche Debatte wird sich hierbei vor allem um zwei Komplexe bewegen, zu denen eine genaue Kenntnis der Fakten und eine klare Haltung wichtig ist: Die Frage des Einsatzes deutscher Waffen in Kurdistan durch die türkischen Militärs und die Frage, ob die PKK "terroristisch" ist.

Einsatz deutscher Waffen in Kurdistan? - ein müßiger Streit!

- Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in Kurdistan.

Nach den Worten unserer Regierungsvertreter ist die entscheidende Frage gegenwärtig, ob entgegen einer Vereinbarung mit der Türkei deutsche Waffen (vor allem aus NVA-Beständen) bei der Bekämpfung der kurdischen Zivilbevölkerung eingesetzt wurde. Schon die Fragestellung legt nahe, daß der (reine) Einsatz gegen die "terroristische" PKK unter weitgehender Schonung der Zivilbevölkerung in Ordnung wäre - eine Konsequenz, die die türkischen Machthaber offen fordern.
Daß deutsche Waffen bei den Newroz-Massakern eingesetzt wurden, läßt sich ernsthaft nicht mehr bestreiten, auch wenn die türkische Regierung dies zunächst kurzfristig versucht hat, dann aber kleinlaut einräumen mußte - ein weiteres ausgezeichnetes Beispiel übrigens für die notorische Lügenhaftigkeit türkischer Regierungen. Außerdem: Wo ist eigentlich die von der Bundesregierung behauptete Vereinbarung, die der Öffentlichkeit bisher vorenthalten wurde, ohne Gründe anzugeben. Scheut sie etwa die Öffentlichkeit? Im übrigen dürfte sie kaum das Papier wert sein, auf dem sie steht.
Alle diese Fragen dürfen über den entscheidenden Punkt nicht hinwegtäuschen: Die BRD hat in der Vergangenheit die Türkei gerade seit dem Militärputsch systematisch militärisch hochgerüstet, wie bereits in der vorläufigen Auswertung angegeben. Hierbei ist nicht entscheidend, ob es sich im einzelnen um Waffen deutscher Produktion handelt, obwohl dies überwiegend der Fall sein dürfte.
Bereits Monate vor den Newroz-Massakern hat Graf Lambsdorf, auf den ich mich sonst nicht gern berufe, in seiner Eigenschaft als Präsident der Liberalen Internationale (LI) gemeinsam mit dem Vizepräsidenten eine Erklärung abgegeben, die von dpa so wiedergegeben wurde: Sie übten scharfe Kritik an dem gewaltsamen Vorgehen der türkischen Armee gegen die Kurden in Südost-Anatolien, wo in diesen Tagen hunderte von Menschen durch Bombenangriffe ums Leben gekommen seien. Die LI verurteile auch Gewaltaktionen der Kurdenorganisation PKK, protestiere aber gleichzeitig energisch gegen die großangelegten Militäraktionen, die unter den Kurden mittlerweile tausende von Opfern gefordert hätten. Es sei völlig unakzeptabel, erklärten Lambsdorf und Steel, daß ein *"NATO-Partner mit NATO-Waffen Krieg gegen Minderheiten im eigenen Land"* führte **(Neue Züricher Zeitung vom 23.01.1992)**.
Unabhängig hiervon konnte sich jeder, der sich dafür interessierte, seit Jahren ohne weiteres aus allgemein zugänglichen Quellen über die umfassende Waffenbrüderschaft informieren - was darüberhinaus im Geheimen abläuft, läßt sich dann erahnen. Danach sind es drei Bereiche, in



denen Militärhilfe stattfindet: Die NATO-Verteidigungshilfe, die Ausstattungs- und Ausbildungshilfe und sogenannte Rüstungssonderhilfen. *"Dabei ist die Bundesrepublik Deutschland das einzige Land im Bündnis, das ständig und fortlaufend seit 1964 den Partnern Türkei ... Ausrüstung in Form von NATO-Verteidigungshilfe, Materialhilfe und Sonderhilfe leistet, und zwar im Unterschied zu den USA - unentgeltlich"* - stellt die Zeitung "Wehrtechnik" heraus (Heft 5/89, Seite 49, NATO-Verteidigungshilfe - auch Hilfe für die deutsche Industrie). Auch die Größenordnung ist allgemein bekannt. Hierzu einige genauere Angaben.

"NATO-Verteidigungshilfe

Die Gelder für die NATO-Verteidigungshilfe kommen direkt aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes ... die Verteidigungshilfe besteht zu 80 % aus Neumaterial und zu 20 % aus gebrauchten Materialien der Bundeswehr. Die NATO-Verteidigungshilfe ist in Trancen unterteilt, seit 1989 hat eine Trance für die Türkei eine Laufzeit von 36 Monaten, vorher waren es 18 Monate. Die jährlichen Beträge für die Türkei belaufen sich auf 86,66 Mio DM.

Ausstattungs- und Ausbildungshilfe

Neben der NATO-Verteidigungshilfe gewährt die BRD der Türkei eine sogenannte Ausstattungs- und Ausbildungshilfe. Dieser Posten ist definiert als 'Die Lieferung von Material an die Sicherheitskräfte - Streitkräfte, wie auch gelegentlich Polizei - des Empfängerlandes, um ihnen die Durchführung ihrer Aufgaben zu erleichtern.' - so der Referatsleiter für Auswärtige Angelegenheiten der Bundesregierung Robert Herzog ... So wurde z.B. die türkische Polizei von GSG9-Leuten in 'Terroristenbekämpfung' ausgebildet. ... Die Bundesregierung bestreitet die Lieferung von Polizeihunden, aber das ist wohl eher eine Frage der Deklaration. Zugegeben wird allerdings die Ausbildung von türkischen Offizieren in der Bundesrepublik vom 1988 bis 1990 für insgesamt 3 Mio DM. Als weitere Aus- und Fortbildungsmaßnahmen fand vom 03. bis 25. Juni 91, ein Informationspraktikum für 14 Offiziere der Generaldirektion für Sicherheit bei Polizeibehörden des Bundes und der Länder auf verschiedenen schutzpolizeilichen und kriminalpolizeilichen Arbeitsgebieten statt. ...

Rüstungssonderhilfen

Rüstungssonderhilfen werden von der Bundesregierung seit 1980 (!) vergeben. Sie umfassen vor allem Materiallieferungen an die Türkei, aber auch Lizenzen und Know how. ... 1988 wurde Rüstungssonderhilfe II im Werte von 580 Mio DM bewilligt. Im Rahmen dieser Sonderhilfe wurden u.a. 150 Kampfpanzer Leo 1 aus Beständen der Bundeswehr an die Türkei geliefert ... Diese schlug bei der Kurdenverfolgung aber etwas zu sehr über die Strenge, so daß die Bundesregierung den Zeigefinger hob und die restlichen 25 Mio DM kurzerhand strich. ... Für ihr Wohlverhalten im Golfkrieg erhielt die Türkei im vergangenen Jahr schnell noch eine Rüstungssonderhilfe im Werte von zwischen 700 Mio (Angaben der Bundesregierung) und 1 Milliarde DM (lt. einem Versprecher ? des Pressesprecher(s) des Bundesverteidigungsministeriums). Diese Sonderhilfe wurde u.a. in Form von NVA-Material, das als Zivilgut deklariert war, in die Türkei geliefert. Das Bundesverteidigungsministerium hat diese Vertuschung inzwischen zugegeben. ... Ab 1992 ist eine weitere Rüstungssonderhilfe im Wert von 1,5 Milliarden vorgesehen."
(Helga Klöver, "Von der Türkei wird Europa noch reden müssen ...", in Rundbrief Nr. 36 der BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", März 1992, Seite 3ff)

In ihrer Antwort auf die Große Anfrage der PDS/Linke Liste vom 13.01.1992 hat die Bundesregierung nicht nur die genannten Zahlen aufgeführt, sondern u.a. bestätigt:
"Die Ausbildung erfolgte weitgehend durch Eingliederung der türkischen Gäste in die ohnehin durchgeführte GSG9-interne polizeiliche Aus- und Fortbildung."
"Im Rahmen der Verteidigungshilfe, Rüstungssonderhilfe und Materialhilfe an die Türkei wurden u.a. geliefert: ... 1 Fertigungsstätte für den Lizenzbau für G3 und MG3 ... Kampfpanzer Leopard I Bergepanzer MILAN-Abschußanlagen und -Flugkörper Munition für Flugzeuge, Panzer und Artilleriegeschütze." (Drucksache 12/1918, Seiten 9 und 7) (
Ergänzen wir dies um die Nachtsichtgeräte der Bundeswehr, die lt. Medienberichten als Abschiedsgeschenk der im Golfkrieg in Erhac in Kurdistan stationierten Geschwader dort gelassen wurden und verdeutlichen uns, wofür GSG9-trainierte Anti-Terror-Einheiten, Panzer, Gewehre und Munition in der Türkei seit Jahren anläßlich des Newroz-Massakers benutzt wurden, so ist unbestreitbar:
Die systematische Hochrüstung des türkischen Militärs durch die BRD erfolgt auch gezielt im Hinblick auf den unerklärten Krieg gegen den kurdischen Freiheitskampf.
Auch dies ist ernsthaft nicht zu bestreiten. Es bleibt die Frage, ob die Verwicklung der BRD in den schmutzigen Krieg gegen die Kurden nur deshalb zu verurteilen ist, weil auch die "unschuldige Zivilbevölkerung" betroffen ist, oder anders formuliert: Ist der Einsatz deutscher und NATO-Waffen gegen die kurdische Befreiungsbewegung PKK gerechtfertigt, weil diese "terroristisch" ist?

Ist die PKK terroristisch? Was ist überhaupt terroristisch?

Eine allgemeingültige Definition des Begriffs "Terrorismus" gibt es nicht, wie selbst der frühere Generalbundesanwalt Rebmann eingeräumt hat. Dies hinderte ihn aber bekanntlich nicht, ausgerechnet den einen Teil der kurdischen Arbeiterpartei PKK als terroristisch zu verfolgen und anzuklagen. Für die Begriffsbestimmung werden allgemein schwere Gewalttaten, insbesondere der Tod Unschuldiger als notwendig, aber nicht ausreichend angesehen, da dies bekanntlich auch im Rahmen von Kriegen und berechtigtem Widerstand passiert, ohne daß jemand auf die Idee käme, eine Armee oder z.B. antifaschistische Widerstandsgruppen im Zweiten Weltkrieg als "terroristische Vereinigung" anzusehen.



Zur negativen Abgrenzung könnte man aus aktuellem Anlaß hinzufügen, daß entgegen anderslautenden Äußerungen von Politikern und einigen Medien symbolische Besetzungsaktionen, Sachbeschädigungen und das Malen von Parolen nicht "terroristisch" sind, wie anläßlich der europaweiten Aktionen der Kurden gegen das Newroz-Massaker - auch wenn aus Wut hierüber Fenster und Mobiliar zu Bruch gingen, was sicher eine strafbare Handlung darstellt ...
Ausgangspunkt einer Abgrenzung des Terrorismusbegriffs von benachbarten, aber doch verschiedenen Phänomenen wie "Sabotageaktionen", "Gewaltkriminalität", "bewaffneten Widerstand", "Guerillakampf", "Aufstand" und anderen Erscheinungen kann nicht das Vorliegen politischer Gewalt sein; auch das Recht auf Widerstand, wie es bereits in der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung enthalten war und sich im bundesdeutschen Grundgesetz und mehreren Landesverfassungen befindet, ist nach wie vor anerkannt, wenn die Studie "Gewalt als Politik - Terrorismus und Intervention im Nahen Osten" sich sogar auf die Ausführungen von Kurt Klein, leitender Regierungsdirektor an der Schule für psychologische Verteidigung der Bundeswehr berufen kann, der sagt:

"Niemand bestreitet, daß es notwendig und unter Umständen auch moralisch sein kann, Legalität zu verletzen, das heißt, ein Gesetz zu brechen, wenn legitime Gründe vorliegen, eine Gesetzesreform zu erzwingen." (Der Terrorismus - eine akute Bedrohung der Menschenrechte, herausgegeben vom Bundesminister des Inneren, Bonn, 1985, Seite 142, zitiert nach J. Hippler/A. Lueg, Gewalt als Politik ... Köln, 1987, Seite 23)
Und wir können Hippler und Lueg zustimmen, wenn sie zusammenfassend abgrenzen:
"Terrorismus erfüllt im Gegensatz zu ande-

ren Formen gewaltsamen Widerstandes nicht die grundlegenden Kriterien der Legitimität, das heißt, er entspringt nicht einem breiten Volkswiderstand, er richtet sich nicht primär gegen ein repressives, diktatorisches Regime, gegen das es kein friedliches Mittel mehr gibt, und er minimiert oder vermeidet nicht eine Beeinträchtigung Unbeteiligter." (eben da, Seite 25)

Wer es also mit der Kritik an Gewalt und "Terrorismus" in Kurdistan ernst meint, der muß in erster Linie den Staatsterrorismus der türkischen Machthaber anprangern. Nur wer dies tut, hat das Recht, Aktionen des legitimen Freiheitskampfes zu kritisieren. Und wer sich ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt, wird unweigerlich auf die historische Tatsache stoßen, daß die kurdische Freiheitsbewegung sich eindeutig und ausdrücklich gegen die koloniale Unterdrückung durch das türkische Regime richtet. Auch dieses kann heute nicht mehr bestritten werden, daß die Kurden ein Volk mit eigener Geschichte, Sprache, Kultur, Identität und geschlossenem Siedlungsraum sind, das militärisch, politisch, sozial, kulturell und rechtlich nicht als eigenständiges Volk anerkannt, sondern brutal unterdrückt wird. Diese historische Wahrheit läßt sich nicht leugnen und führt zwangsläufig zu der Konsequenz, die in der "Genfer Deklaration zum Terrorismus" von 1987 zur Frage der Bewertung nationaler Befreiungsbewegungen so zusammengefaßt worden ist:

"Wie wiederholt von der Generalversammlung der Vereinten Nationen anerkannt worden ist, haben Völker, die gegen koloniale Herrschaft und fremde Besetzung sowie gegen rassistische Regime kämpfen, in der Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung im Rahmen des humanitären Völkerrechts das Recht, Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele auszuüben. Solch eine rechtmäßige Ausübung von Gewalt darf nicht mit Akten internationalen Terrorismus durcheinandergebracht werden. Demgemäß wäre es von Rechts wegen nicht statthaft, Mitglieder von nationalen Befreiungsbewegungen z.B. in der Karibik, Mittelamerika ... ein Palästina und Afrika so zu behandeln, als ob sie gewöhnliche Kriminelle wären. Vielmehr sollten Kämpfer von nationalen Befreiungsbewegungen als Kombattanten entsprechend den Gesetzen und Gebräuchen der Kriegsführung und des humanitären Kriegsvölkerrechts, wie sie z.B. im Hager Abkommen von 1907, den vier Genfer Konventionen von 1949 und ihrem Zusatzprotokoll I von 1977 ausgedrückt sind, behandelt werden. Demzufolge würden für nationale Freiheitskämpfer bei Kriegshandlungen dieselben Verhaltensregeln wie für Soldaten in einem internationalen bewaffneten Konflikt gelten. Deshalb sollte ein Freiheitskämpfer, wenn er von einem kriegsführenden Staat gefangen genommen wird, nicht als Krimineller, sondern als Kriegsgefangener behandelt werden. Er könnte für die Dauer des Konflikts interniert werden oder, unter der Bedingung des Versprechens, an weiteren Feindseligkeiten nicht teilzunehmen, entlassen werden, oder im Rahmen eines Kriegsgefangenenaustausches ausgetauscht werden. Für den Fall, daß solch ein nationaler Freiheitskämpfer in einem neutralen Staat gefaßt wird, sollte er nicht an den kriegführenden Staat ausgeliefert werden.

Im Geiste des Genfer Protokolls I würde ein nationaler Befreiungskämpfer, ebenso wie das für Soldaten einer regulären Armee gilt, bei Gefangennahme nach einem unmittelbaren Angriff auf unschuldige Zivilisten, gleichwohl als Kriegsgefangener behandelt, jedoch der Strafverfolgung durch die Kommission für Kriegsverbrechen vor ein unparteiisches internationale Tribunal, vorzugsweise in einem neutralen Staat, oder ein internationales Gericht gestellt werden. Und in dem Maße, in dem die betreffenden kriegführenden Staaten sich aus politischen, propagandaorientierten Gründen weigern, nationale Freiheitskämpfer wie reguläre Soldaten zu behandeln, müssen sie im beträchtlichen Umfang unmittelbare Verantwortung für jede Form von Gewalt übernehmen, denen ihre Zivilbevölkerung durch nationale Freiheitskämpfer ausgesetzt ist.

Dennoch möchten wir betonen, daß die überwältigende Mehrheit von Verletzungen der Gesetze und Kriegsführung durch reguläre, irreguläre, paramilitärische und verdeckt operierende staatliche Kräfte begangen wurden und werden und nicht von nationalen Freiheitskämpfern. Die westlichen Nachrichtenmedien haben absichtlich dieses zahlenmäßige Verhältnis verzerrt und pervertiert, um für die eigenen militaristischen und terroristischen Zwecke ihrer Regierungen den Kult des Counter-Terrorismus auszuüben. (zitiert nach Janssen und Schubert, Staatssicherheit, Die Bekämpfung des politischen Feindes im Inneren, Bielefeld 1990, Seite 187f, 190f).

Dieser Deklaration vom 21.03.1987 ist auch an ihrem 5. Jahrestag anläßlich des blutigen Massakers in Kurdistan nichts hinzufügen. Sie stammt übrigens nicht etwa von inhaftierten Freiheitskämpfern, die Erstunterzeichner sind vielmehr u.a. Sean Macbride, Friedensnobelpreisträger, früherer Außenminister der Republik Irland; Ramsey Clark, früherer Justizminister der USA; Prof. Dr. Johan Galtung, Friedensforscher; General Nino Pasti, früherer stellver. NATO-Oberbefehlshaber; zahlreichen bekannten Völkerrechtlern usw.

Die politischen Konsequenzen, die wir in unserer vorläufigen Auswertung der Delegationsreise gezogen haben: Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes, Wiederherstellen der Menschenrechte in Kurdistan mit internationaler Kontrolle und Verhandlungen mit der PKK mit der Perspektive einer internationalen Friedenssicherung, spitzt sich in der Türkei zu auf die Forderung nach der Legalisierung der PKK, wie sie vom Vorsitzenden der HEP, Feridun Yazar (Interview in der taz, 26.03.1992) als Konsequenz aus den Newroz-Massakern gefordert wurde, auch wenn die kurdischen Abgeordneten für ihre Bereitschaft als Vermittler auch zum Generalsekretär der PKK zu fahren, beschimpft und bedroht wurden. Klügere Vertreter des Regimes, wie Ertugul Öztürk, der Chefkolumnist der Zeitung Hürriyet, scheinen die historische Unausweichlichkeit der Entwicklung erkannt zu haben, wenn er schreibt, man brauche doch keine Angst vor einem Referendum zu haben (Hürriyet vom 01.04.1992).

Die Verfolgung der PKK in der BRD nach § 129a – Entwicklung zum Geisterprozeß in Düsseldorf –

Hiermit schließt sich der Kreis zur Anfangs skizzierten Entwicklung im Düsseldorfer PKK-Verfahren.

Wie die Verteidigung von Anfang an betont hat, sind die Mammutprozesse nicht zu trennen vom Versuch des türkischen Regimes, den Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung des kurdischen Volkes zu liquidieren. Im nach wie vor aktuellem Einstellungsaufruf zu den Kurdenprozessen in der BRD heißt es hierzu:

"Mit diesen Prozessen greift die Bundesrepublik unmittelbar auf Seiten des türkischen Staates in den Konflikt ein, genauso wie der Deutsche Botschafter in Ankara, der der dortigen Regierung offiziell die Unterstützung der Bundesrepublik im Kampf gegen die 'terroristische' PKK zugesagt hat." Inzwischen sind die Verfahren gegen sieben der Angeklagten, die der Hauptverhandlung fern blieben, nach § 205 der Strafprozeßordnung vorläufig eingestellt (weil der Hauptverhandlung für längere Zeit die Abwesenheit des Angeklagten entgegensteht), die Haftbefehle bis auf einen aufgehoben. Für Meral Kidir wird dies in der nächsten Zeit ebenfalls erwartet. Da die Verteidigung nicht mehr aktiv wird, hat das Gericht den Kronzeugen Ali Cetiner bereits Ende März unvereidigt entlassen, derzeit wird die Beweisaufnahme mit der Vernehmung anderer Zeugen und der Einführung von beschlagnahmten Asservaten vom Gericht fortgeführt, um möglichst bald eine Entscheidung über die noch verbliebenen beiden Angeklagten herbeiführen zu können.

Reduziert auf wenige Beteiligte, eine Verteidigung der inhaftierten Angeklagten, die schweigt, die ohnehin schweigende Bank der "Zwangsverteidiger" und ohne Zuhörer findet im halbunterirdischen Gerichtssaal der "Nebenstelle des Oberlandesgerichts Düsseldorf" endgültig ein Geisterprozeß statt, dessen Zusammenhang zur Entwicklung in Kurdistan auch in dieser Form dokumentiert wird.

Die Bundesanwaltschaft ließ es sich nicht nehmen, auf dem Höhepunkt der Berichterstattung über die Newroz-Massaker, am 27.03.1992 in der Zeitung "Die Welt" einen Artikel mit der Überschrift: *"Wenn der Ruf nach Freiheit zu blutigem Terror wird"* zu lancieren, in dem Bundesanwalt Völz ausführlich zu Wort kommt und u.a. behauptet: *"Die Strafverfolgung von terroristischen Straftätern, die sich auf dem Boden der Bundesrepublik schwerer Straftaten schuldig gemacht haben, hat nichts zu tun mit dem Freiheitskampf des kurdischen Volkes gegen die türkische Unterdrückung. Wer dies miteinander vermischt, betreibt propagandistische Vernebelung."*

Wie vergeblich der Versuch ist, den eindeutigen politischen Charakter dieses Prozesses leugnen zu wollen, zeigt nicht nur die Überschrift des "Welt"-Artikels, sondern auch die Betonung:

"Notwendig sei nun, daß sich die PKK-Führung zur der organisierten Verfolgung und Tötung von Parteifeinden in Europa als einer 'inzwischen überwundenen Praxis' bekenne. Es sei aber nicht möglich, das laufende Verfahren gegen die PKK-Generalsekretär Öcalan (!) als Hauptverantwortlichen einzustellen."

Und es wird wiedergegeben, daß die Bundesanwaltschaft stets betone, "vor allem ihre **leitenden Funktionäre**" zu beschuldigen. Um es ganz deutlich zu sagen, wer den Generalsekretär und die leitenden Funktionäre einer Freiheitsbewegung als terroristische Vereinigung verfolgt, kann noch so viele Anklagekonstrukte entwickeln und juristische Haarspaltereien versuchen, seine Praxis ist eindeutig. Nicht nur die flächendeckende Erfassung sämtlicher Parteimitglieder und -Sympathisanten, ihrer Kuriere, Kontakte, Finanzquellen usw., die selbstverständlich auch dem türkischen Folterregime zur Verfügung stehen, sondern insbesondere die Inhaftierung und/oder Verfolgung des Funktionärskörpers der PKK nach § 129a ist Bestandteil des Völkermords - ist es doch ein spezifischer Akt von Völkermord im Sinne von 220a StGB (der auf entsprechende UNO-Resolutionen zurückgeht) wenn der Staat, der ein Volk unterdrückt, versucht, diese Unterdrükkung durch Vernichtung der Führungsschicht aufrecht zu erhalten (Jeschek, in ZStW 66, 1954, Seite 193ff, 213).

Wie geht es weiter?

Die Entwicklung im Prozeß mag vielen auf den ersten Blick als ein Sich-Entziehen aus Ohnmacht erscheinen; ähnlich wie vielen westeuropäischen Beobachtern angesichts der Massaker in Kurdistan vor allem Leid und Unterdrückung auffallen, ohne den bis zum letzten entschlossenen Widerstand zu sehen. Es ist kein Zufall, daß der Widerstand in Kurdistan sich seit dem Militärputsch 1980 immer wieder am Hungerstreik bzw. Todesfasten der politischen Gefangenen der PKK entzündete (wie Ismail Besikci in seinem Buch Kurdistan eine internationale Kolonie ausführlich dargelegt hat) und daß die Newroz-Demonstrationen immer wieder die Gräber der im Guerillakampf gefallenen Märtyrer zum Ausgang - oder Zielpunkt hatten - beides Aktionen, die keineswegs Ohnmacht zum Ausdruck bringen, sondern in Kurdistan eher den unbeugsamen Willen, für die Freiheit zu kämpfen. Ähnlich sehe ich den Ausschluß der inhaftierten Angeklagten, die jetzt weiter ausschließlich der Untersuchungshaft unter Isolationsbedingungen ausgesetzt sind. Mit der Beendigung der Verteidigung ist der Kampf im Düsseldorfer Gerichtsbunker - zumindest vorläufig - beendet. Natürlich nicht der Kampf für die Einstellung der Verfolgung der Kurden und der PKK nach § 129a und die Freiheit für die inhaftierten Angeklagten. Zu gegebener Zeit wird der Öffentlichkeit weiteres Tatsachenmaterial über die Verwicklung von türkischen und anderen Geheim-Diensten in dieses Verfahren vorgelegt werden. Einstweilen bleibt die Aufgabe, den Zusammenhang zwischen der Verfolgung der PKK nach § 129a und dem Völkermord in Kurdistan deutlich zu machen. In dem Sinne, wie dies 1961einer Versammlung der SDS anläßlich des französischen Kolonialkrieges in Algerien formaliert wurde:

"Wir sind Komplizen. Algerien ist überall, es ist auch hier, wie Auschwitz, Hiroschima, Budapest ... Der algerische Krieg wird in unserem Namen geführt mit den Truppen der NATO, von den Stützpunkten der NATO aus, mit dem Kriegsmaterial und auf Kosten der NATO. Das Auswärtige Amt verlangt 'Rücksicht und Verständnis gegenüber unserem Bündnispartner' ... wir sind die Auftraggeber, in unserem Namen wird gehandelt. ... Wenn unsere Regierung Algerier an die französische Polizei ausliefert, ihnen das Asylrecht verweigert, wenn unser Land keine algerischen Arbeiter aufnimmt, wenn es keine Hilfe leistet für die Kinder, die in dem Land verhungern, dann unterbleibt dies alles in unserem Auftrag, wir sind dafür haftbar zu machen und wir werden dafür haftbar gemacht werden. ... Schon einmal haben wir alle miteinander nichts wissen wollen. Wir haben von 6 Millionen Juden nichts wissen wollen. Damals hieß es: Man hat uns alles verschwiegen, wir konnten nichts machen, der Diktator war allmächtig. Heute haben wir keinen allmächtigen Diktator. Wir können uns unterrichten, wir können sogar helfen. Wir haben keine Ausrede mehr. Wir wissen was wir tun und was wir geschehen lassen ... Hilfe - sofortige Abhilfe: Das ist ein Gebot, nicht nur der Menschlichkeit, sondern der Not, denn unteilbar ist nicht nur der Friede und die Freiheit, unteilbar ist auch die Folter, der Hunger und der Krieg, entweder wir schaffen sie ab, oder sie schaffen uns ab." (H.M.E., zitiert nach Claus Leggewie, Kofferträger, Berlin, 1984, Seite 76).

Bremen, 02.04.1992

"Der türkische Staat hat die türkische Presse zum Marionetten des Spezial-Krieges gemacht und unter die Kontrolle des Türkischen Geheimdienstes (MIT) gestellt, um so seine Massaker-Praktiken vor der Öffentlichkeit zu verschleiern"

Sehr geehrte Pressevertreter,
Die türkischen Spezial-Kriegs-Kräfte haben während der Newroz-Feiern am 21. März in Kurdistan mit Schützenpanzern, Panzern und verschiedenen anderen Waffen dutzende unschuldige Menschen massakriert, und hunderte verletzt, woraufhin die Weltöffentlichkeit zurecht das Verhalten der TR (Türkische Republik) protestierte. Wir halten es für notwendig, Sie über die Versuche der T.R. die deutsche Regierung, die die bei dem Massaker benutzten Waffen an sie lieferte, zu erpressen, die mit der Haltung der deutschen Regierung entstandene Entwicklung und über die einseitige Nachrichtenerstattung der türkischen Presse zu informieren.
Der Grund für die Haltung der deutschen Regierung gegenüber den Massakern der TR in Kurdistan ist nicht ein Resultat der veränderten Einstellung der Kohl-Regierung als Kriegspartei, sondern ein Ergebnis des intensiven Interesses und der Proteste der sensiblen deutschen Öffentlichkeit.
Der aufgrund der zahlreichen Proteste der deutschen Öffentlichkeit gefaßte Beschluß der Bundesregierung gegenüber der T.R. ist unzureichend. Denn die Waffen, die die deutsche Regierung der TR geliefert hat, reichen aus, um das ganze kurdische Volk zu vernichten. Und die Beschlüsse der deutschen Regierung geben keine Garantie, daß diese Waffen nicht noch einmal benutzt werden.
Die türkische Regierung und Staatsvertreter kündigen in Presseerklärungen offen an, daß sie diese Waffen gegen die Kurden benutzen werden. Daß sie es ernst meinen, zeigen sie durch das fortsetzen der Massaker in Kurdistan. Auch nach den Newroz-Geschehnissen haben am 27. März Konterguerillas und Spezial-Kriegs-Kräfte im Dorf Semse bei Siirt auf die Zivilbevölkerung geschossen. Zwei Frauen und ein Mann wurden ermordet. Am 29. März wurden im Dorf Deywan bei Kerboran zwei Bauern von Sicherheitskräften des türkischen Staates erschossen. Es können eine Vielzahl von Beispielen angeführt werden.
Die TR droht dem kurdischen Volk im wahrsten Sinne des Wortes mit einem Völkermord. Nun, nachdem ihr terroristischer Charakter der Weltöffentlichkeit bekannt wurde und die deutsche Regierung aufgrund der Proteste der demokratischen deutschen Öffentlichkeit die Waffenlieferung stoppte, hat sie begonnen, den deutschen Staat als terroristisch zu bezeichnen. Der türkische Staat beschuldigt jeden, der seine Massaker verurteilt, als terroristisch, während er Staaten wie die USA, die Feinde der Völker sind, hochjubelt.
Der türkische Staat hat die türkische Presse zum Marionetten des Spezial-Krieges gemacht und unter die Kontrolle des Türkischen Geheimdienstes (MIT) gestellt, um so seine Massaker-Praktiken vor der Öffentlichkeit zu verschleiern und zu verfälschen. Deshalb ist es nicht möglich zu sagen, daß die türkische Presse unabhängig und unparteiisch berichtet. Genauso, wie die türkische Presse nach den Vorgaben des Spezialkrieges die Öffentlichkeit über das Newroz-Massaker mit Falsch-Nachrichten zu täuschen versucht, um die TR zu rechtfertigen, wird sie jetzt dazu benutzt, für die nicht gerechtfertigten Proteste der TR gegen den Beschluß der Bundesregierung Unterstützer zu finden. Mit der Absicht, gegen die deutsche Bevölkerung eine Feindschaft zu entfachen, ist eine Nachricht über eine Wasservergiftung in Istanbul mit Zyanid aus Deutschland verbreitet worden. Sowohl die Nachricht, daß dies durch Militanten der PKK durchgeführt worden ist, als auch, daß die PKK vom deutschen Staat Unterstützung erhält, ist nicht richtig.
Außerdem hat die türkische Presse, die unter der Kontrolle des Geheimdienstes steht, begonnen gegen die Bundesregierung und die deutsche Bevölkerung Erpressungskampagnen durchzuführen. Die türkische Presse gibt auf keinen Fall die Gefühle und die Wünsche der türkischen Öffentlichkeit wieder, sondern die Forderungen der TR. Es ist möglich dies den türkischen Zeitungen zu entnehmen. Auch sind Erklärungen von autorisierten des türkischen Staates zitiert, die verlautbaren, daß es keine verbindlichen Beschlüsse für den Nicht-Einsatz deutscher Waffen im Inneren gibt.
Aus diesem Grunde, muß die Bundesregierung, falls sie nicht mitverantwortlich für die vorgesehenen Massaker und das Genozid am kurdischen Volk sein will, ohne den Erpressungs- und Verdrehungsversuchen der TR nachzugeben, das Waffenembargo und ihre Haltung gegen das Massaker verbindlich werden lassen.
Deshalb fordern wir:
1) Die Ergreifung von notwendigen Maßnahmen durch die Bundesregierung, um neue Massaker mit den bisher an die TR gelieferten Waffen zu verhindern.
2) Die Einnehmung einer konsequenteren Haltung gegen das Beharren der TR, das kurdische Volk zu vernichten, und das Respektieren der Umsetzung des Selbstbestimmungsrechtes des kurdischen Volkes durch ein Referendum.
3) Ohne sich den Tendenzen und Erklärungen der TR, wie: Ich werde die deutschen Waffen zur Repression gegen die Kurden einsetzen; solltest du dich dagegen stellen, werde ich Gegen-Kampagnen führen; und wenn nicht, werden wir darüber hinaus mit Beschuldigungen und Erpressungen, daß mit Terroristen zusammengearbeitet wird, versuchen dich von deinem Beschluß abzubringen, zu beugen, das Problem auf die Tagesord-nung der KSZE, des Europarates und der UN zu bringen und gegen die TR Beschlüsse zur Verhinderung der Massaker und Sanktionen zu treffen.
4) Die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus decken den Bedarf des Spezialkrieges der TR und in diesem Sinne haben die Devisen eine große Rolle bei der Massakrierung des kurdischen Volkes. Deshalb appellieren wir an die demokratische europäische Öffentlichkeit, solange die TR an der Vernichtung des kurdischen Volkes beharrt, als Tourist die Türkei nicht zu bereisen.
Hochachtungsvoll

ERNK-Europavertretung
31. März 1992

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Khol, Dr. Cap, Mag. Marijana Grandits, Steinbauer und Kollegen betreffend internationale Bemühungen zur Behandlung des Kurdenproblems

Die politische Lage im Nahen Osten ist durch Instabilität gekennzeichhet, wobei die Lage der Kurden weiterhin ein besonders ernstes Problem darstellt. Solange das Kurdenproblem ungelöst bleibt, solange werden auch Frieden und Stabilität in der gesamten Region und in der Türkei, im Irak und in Syrien im speziellen erheblich beeinträchtigt werden. Um der Region Stabilität zu bringen, muß das Kurdenproblem im internationalen Rahmen behandelt werden. Einseitige Abkommen zwischen den genannten Ländern und ihrer kurdischen Bevölkerung haben keine dauerhaften Lösungen gebracht. Das Kurdenproblem erfordert nicht nur kurzfristige, humanitäre Hilfe, sondern eine gerechte und dauerhafte Lösung, die auf lange Sicht den Frieden garantiert.

Die gegenwärtige Situation in den kurdischen Gebieten des Irak ist gekennzeichnet durch die ungehinderte Fortsetzung der politischen Strategie des Regimes in Bagdad, einer Strategie, die darauf hinausläuft, das Kurdenproblem durch die systematische Ausrottung des kurdischen Volkes zu "lösen".

Probleme bestehen auch in den anderen Siedlungsgebieten des kurdischen Volkes, wie etwa in der Türkei, im Iran und in Syrien. Herausragendes Problem der Kurden in allen ihren grundlegenden Menschenrechte, inklusive ihrer Minderheitsrechte und des Selbstbestimmungsrechts. Bemühungen zur Verbesserung der Lage der Kurden sollten sich daher in erster Linie auf eine Durchsetzung dieser Rechte konzentrieren.

In diesem Zusammenhang sollte seitens der Vereinten Nationen geprüft werden, ob eine Konferenz zur Behandlung des Kurdenproblems zu einer konstruktiven Lösung beitragen kann. An einer solchen Konferenz sollten sowohl Vertreter der oben genannten Länder als auch Vertreter der Kurden und Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und anderer interessierter Staaten teilnehmen.

Eine neue Weltordnung ist im Entstehen, in der die Vereinten Nationen als Forum der friedlichen Diskussion und der friedlichen Lösung internationaler Konflikte eine wichtige Rolle spielen. Es ist zu hoffen, daß die Vereinten Nationen ihre moralische Pflicht in der Kurdenfrage erfüllen, bevor es zu spät ist. In diesem Zusammenhang ist auf das bereits bestehende massive operationale Engagement der Vereinten Nationen im Irak zu verweisen. So sind derzeit ca. 1000 UN-Beamte zur Durchführung humanitärer Hilfsprogramme sowie als Sicherheitswachen im Irak im Einsatz.

Es wird in diesem Zusammenhang auch darauf verwiesen, daß im letzten Jahr das humanitäre Engagement Österreichs für das kurdische Volk erfreulich intensiv war und daß bei diesbezüglichen Aktionen die österreichische Bundesregierung unter Einbeziehung zahlreicher karitativer Organisationen koordinierend tätig war.

Daher stellen die unterfertigen Abgeordneten den folgenden Entschliessungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

I- Der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten wird ersucht,

1) seine laufenden Bemühungen um Unterstützung der politischen sowie der Menschenrechte der Angehörigen des kurdischen Volkes in allen UN-Organen einschließlich des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen fortzusetzen;

2) bei allen relevanten bilateralen Kontakten auf Regierungsebene keine Gelegenheit auszulassen, um auf das Problem der Kurden in den betreffenden Ländern hinzuweisen;

3) durch die österreichischen Vertretungen in New York bzw. Genf zu erheben, inwieweit eine internationale Konferenz geeignet wäre, zur Verbesserung der Lage der Kurden beizutragen.

II- Darüber hinaus wird der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten ersucht, weiterhin im Sinne der dem Nationalrat bereits im Juni 1991 vorgelegten Überlegungen für eine umfassende friedliche Lösung der Probleme in der gesamten Region des Mittleren Ostens einzutreten und hierbei insbesondere folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

- Anerkennung des Existenzrechtes Israels innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen
- Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinenischen Volkes
- Herbeiführung eines gerechten Friedens im Libanon.

III- In diesem Zusammenhang sollte die österreichische Außenpolitik auch für die legitimen Aspirationen des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung und lokaler Selbstverwaltung in den ihm besiedelten Gebieten eintreten.

IV- Um dauerhaft zu sein, muß die angestrebte umfassende Friedenslösung auch folgende Elemente beinhalten:

1) Erklärung der Region zu einer kernwaffenfreien Zone

2) Einschränkung des Rüstungswettlaufes, einschließlich der Zerstörung aller Massenvernichtungswaffen

3) Einschränkung des Waffenexportes in Länder des Mittleren Ostens

4) Errichtung eines regionalen Sicherheitssystems für die Behandlung zukünftiger Konflikte

5) Förderung von Demokratiesierungsbestrebungen in der Region

6) Friedliche Beilegung von Grenzproblemen und Problemen der regionalen Zusammenarbeit, wie insbesondere Abrüstung und Sicherheit, wirtschaftliche Kooperation, Regelung von Umweltproblemen und der Verteilung von Wasserresourcen sowie eine Lösung der akuten Flüchtlingsprobleme.

V- Der Bundesminister für auswärtige Angelegeneheiten wird in diesem Sinne ersucht, dafür zu sorgen, daß Österreich in Übereinstimmung mit den bisherigen österreichischen Überlegungen weiterhin an dem stattfindenden Nahost-Friedensprozeß, insbesondere in dessen multilateralem Bereich, durch Teilnahme an den vorgesehenen Arbeitsgruppen engagiert bleibt. In diesem Sinne wird die Einladung Österreichs zur Abhaltung der ersten Tagungen der Arbeitsgruppe Wasserresourcen in Wien begrüßt.

VI- Der Bundeskanzler wird ersucht, zu prüfen, in welcher Form die österreichischen humanitären Hilfsaktionen für das kurdische Volk fortgesetzt werden können.

REAKTIONEN * REAKTIONEN * REAKTIONEN

Beschluss- und Resolutionsantrag der GemeinderätInnen Peter Pilz, Friedrun Huemer und Freunde eigebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 27.3.1992 betreffend Solidarität mit den Kurden

Nach einem Jahr der Hoffnung hat in den letzten Tagen die Gewalt gegen die Kurden wieder schlagartig zugenommen. Die türkische Regierung läßt ihre Streitkräfte einen Vernichtungsfeldzug gegen kurdische Dörfer und Städdte führen und Saddam Hussein kündigt an, den Rückzug der UNO zu einer neuen Offensive gegen die irakischen Kurden nützen zu wollen. Dörfer werden bombardiert, Menschen werden ermordet, und so wie vor dem Golfkrieg stehen die Kurden ein weiteres Mal fast schutzlos ihren Verfolgern gegenüber.
Die unterfertigten GemeinderätInnen stellen daher gem. § 30 GO folgenden Beschlussantrag

1. Der Gemeinderat der Stadt Wien drückt seine Solidaritat mit den verfolgten Kurden in der Türkei und im Irak aus. Er verurteilt heute insbesondere den Terror der türkischen Streitkräfte gegen kurdische Dörfer und Städte.

2. Der Gemeinderat ersucht die Bundesregierung, umgehend im Rahmen der KSZE zur Unterstützung der Kurden und zur Hinderung der türkischen Regierung an einer Fortsetzung des Terrors initiativ zu werden.

3. Darüber hinaus ersucht der Gemeinderat die Bundesregierung, im gleichen Sinne im Sicherheitsrat der UNO tätig zu werden.

4. Der Gemeinderat ersucht die Bundesregierung, die österreichischen Exporte an die Türkei dahingehend zu überprüfen, daß gewährleistet ist, daß keine österreichischen Güter an die Türkei geliefert werden, die von militärischer Relevanz sind.

5. Der Gemeinderat appelliert an die Wienerinnen und Wiener, heuer von der Türkei als Urlaubsland Abstand zu nehmen und damit einen persönlichen Beitrag zur Solidarität mit den Kurden zu leisten.
In formaler Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung des Antrages.

Anfrage der Abgeordneten Steinbauer, Dr. Ettmayer und Kollegen an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten betreffend Bombenangriffe der türkischen Armee gegen die kurdische Stadt Sirnak

Presseberichten zufolge ist es im Zuge von Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Aufständischen und den türkischen Sicherheitskräften zu bombenangriffen der türkischen Armee gegen die vornehmlich von Kurden bewohnte Stadt Sirnak gekommen. Bei dem Aufstand sollen bisher rund 100 Menschen getötet worden sein. Die Bombardierung der Stadt Sirnak stellt zweifelsohne eine schwere Verletzung der Menschenrechte dar.
Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminster für auswärtige Angelegenheiten folgende Anfrage:

1) Sind Sie bereit, zur Verteidigung der Menschenrechte der Kurden diplomatische Schritte zu unternehmen?

2) Welche Initiativen werden in dieser Frage von österreichischer Seite in den internationalen Gremien ergriffen?

3) Welche sonstigen humanitären Hilfestellungen wird Österreich im Zusammenhang mit diesem Konflikt leisten?

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Österreich ist tief bestürzt über die blutigen Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften in der Südosttürkei am 21. und 22. März 1992. Die Aktionen von seiten kurdischer Separatisten können nicht ein Vorgehen der Sicherheitskräfte rechtfertigen, das dutzende von Todesopfern und eine große Anzahl von Verletzten forderte. Österreich vertritt aber gleichermaßen die Auffassung, daß terroristische Aktionen unter keinen Umständen gerechtfertigt werden können.
Offene Fragen im Zusammenhang mit den Rechten der kurdischen Volksgruppe können nach österreichischer Auffassung nur auf friedlichem Wege und nach den Kriterien des Europarates einer dauerhaften Lösung zugeführt werden. Österreich ruft daher alle Beteiligten zur unverzüglichen Aufnahme eines politischen Dialogs auf, um eine solche Lösung herbeizuführen.

Mitteilung für die Presse Wallow fordert Sofortmaßnahmen der Bundesregierung und der NATO gegen die Türkei

Die sofortige Einstellung der Entwicklungshilfe und jeder militärischen Zusammenarbeit mit der Türkei forderte der Bundestagsabgeordnete Hans Wallow (SPD) in einem Brief an Bundesaußenminister Genscher.
Nach Informationen des Bundestagsabgeordneten ist es durch Zeugenaussagen erwiesen, daß die türkische Armee am Wochenende in Sirnak und Cizre bei den türkischen Neujahrsfeiern wahllos auf unbewaffnete Menschen - unter ihnen zahlreiche Kinder und Frauen - eröffnet hat. Dabei sind mindestens 60 Tote und mehrere hundert Verletzte zu beklagen.
Der türkischen Regierung in Ankara müsse nun endlich von allen NATO-Partnern mit dem nötigen materiellen Nachdruck klar gemacht werden, daß auch sie die in der KSZE-Akte von Helsinki mitunterzeichneten Garantien für Minderheiten einzuhalten hat. Dabei ginge es darum, nicht nur formal wieder die Menschenrechte in Kraft zu setzen, sondern in Zukunft auch die Wahrung der Menschenrechte von der NATO überprüfen zu lassen. Die Bundesregierung könne es nicht mehr kommentarlos hinnehmen, daß sich die Militärs eines NATO-Partners der Kontrolle der politischen

Führung des Landes entziehen und ohne Vorwarnung auf Kinder mit den Waffen schießen, die vom deutschen Steuerzahler mitfinanziert werden sollen. Wallow: Wer dazu weiter schweigt, macht sich mitschuldig.

24. März 1992

Pressemitteilung Der Sprecher der Bundesregierung, Dieter Vogel, erklärt:

Die Bundesregierung verfolgt die Eskalation der Gewalt in der südöstlichen Türkei mit großer Sorge. Sie bedauert das Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Zivilbevölkerung, das zu zahlreichen Todesopfern geführt hat. Sie verurteilt jegliche Form des Terrorismus auf das Schärfste und weist Unterstellungen von türkischer Seite, daß Sie die sogenannte PKK unterstütze, nachdrücklich zurück. Dies ist der türkischen Regierung auf hoher politischer Ebene verdeutlicht worden.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß das Kurdenproblem mit rechtsstaatlichen und demokratischen Mitteln gelöst werden muß. Sie hat dies gegenüber der türkischen Regierung mehrfach betont. Sie setzt sich dafür ein, daß dieser Politik durch gemeinsames Vorgehen der Zwölf Nachdruck verliehen wird.

Die Türkei muß sich als Mitglied der westlichen Wertegemeinschaft - insbesondere als Mitglied des Europarates und der KSZE - an den entsprechenden Konventionen über Menschen- und Minderheitenrechte messen lassen.

Dies ist nicht zuletzt ein wesentliches Kriterium bei den Bemühungen der Türkei um eine weitere Annäherung an Europa, die von der Bundesrepublik Deutschland, die der Türkei und dem türkischen Volk in traditioneller Freundschaft verbunden ist seit vielen Jahren nachdrücklich unterstützt wird.

Pressedienst PDS

Zum Massaker an der kurdischen Bevölkerung im Südosten der Türkei erklären die stellvertretende Vorsitzende der PDS Kerstin Kaiser und der Ausländerbeauftragte der PDS, Tanju Tügel:

Abscheu und Wut erfüllen uns angesichts des neuerlichen Massakers an Kurdinnen und Kurden in der Türkei. Nichts, aber auch gar nichts von dem, was die liberal-konservative/sozialdemokratische Koalition in der Türkei der kurdischen Bevölkerung versprach, statt Anerken-nung des Selbstbestimmungsrechtes dieses Volkes, beherrschen Terror und Verfolgung, Mord und Folter den politischen Alltag. Sogar mit deutschen Waffen! Denn die Bundesregierung leugnet jegliche Verfolgung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei, unterstützt die Türkei wirtschaftlich und militärisch. Wo Interessen HERRschender sich berühren, da werden Menschenrechte brutal unter den Tisch gekehrt.

Damit muß endlich Schluß sein!

Die PDS wird sich gemeinsam mit den Kurdinnen und Kurden in Deutschland wehren - gegen den Feldzug gegen das kurdische Volk im Irak und in der Türkei, gegen den sich verstärkenden und von der bundesdeutschen Gesetzgebung geförderten Rassismus in der Bundesrepublik.

Wir fordern die sofortige Einstellung aller militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung für die Türkei! Keine Kurdin, kein Kurde darf an der deutschen Grenze abgewiesen oder in die Türkei abgeschoben werden!

Wir rufen alle Mitglieder und SympathisantInnen der PDS auf: Solidarisieren wir uns mit den Kurdinnen und Kurden, unterstützen wir ihre Forderungen und Aktionen für ein freies Kurdistan!

22.3.1992

Debatte im Bundestag: Ulla Jelpke: "Statt hierzulande den Krieg gegen die PKK mit Worten zu führen, sollten Sie sich für einen Dialog mit der PKK aussprechen..."

Allein in diesen Tagen gab es 200 Tote und Hunderte von Verletzten. Ich habe schwerverletzte Frauen, Kinder und Männer im Krankenhaus von Mardin besucht. Die Agressivität der Militärs und Sicherheitskräfte habe ich selbst erlebt; Schützenpaar fuhren in friedliche Versammlungen hinein, auf Menschen wurde geschossen, und in brutalster und flächendeckendster Weise gab es Hausdurchsuchungen und Verhaftungen.

Wir selbst erreichten nur mit Mühe und unter größten Schwierigkeiten die Städte Nusaybin, Cizre, Sirnak und Mardin. Verhaftungen und Verhöre, Schläge und Schikanen seitens der türkischen Sicherheitskräfte machten auch vor unserer Delegation nicht halt. Ich selber habe mit zwei kurdischen HEP-Abgeordneten eine mehrstündige Hausdurchsuchung erlebt. Wir wurden kurzerhand als Terroristen verdächtigt.

Daß es keine neuen Formen des demokratischen Umgangs auch mit türkischen Abgeordneten gibt, vor allen Dingen kurdischen, zeigt die Tatsache, daß zur Zeit gegen 22 HEP-Abgeordnete von der türkischen Justiz die Todesstrafe gefordert wird, weil sie für die Autonomie des kurdischen Volkes eingetreten sind.

Ich bitte auch darum, daß mir das nicht von der Redezeit abgezogen wird. Es ist ja unerträglich, hier zu reden.

Ich konnte mir als Mitglied einer Delegation von medico-international selbst ein Bild von dem Terror der Sicherheitskräfte und des Militärs machen.

Daß die Kurden ihr traditionelles Neujahrsfest wieder feiern dürfen, wurde als großartige Liberalisierungsmaßnahme der türkischen Regierung angekundigt. Bundesdeutsche Politiker übernahmen diese Sprachregelung. Realität aber war und ist eine andere: Veranstaltungen, die allesamt, auch von PKK, friedlich geplant und angemeldet waren, wurden im Vorfeld verboten, erlaubt und wieder verboten. Kurden wurden in Vorbeugehaft genommen. Hochgerüstetes Militär und bewaffnete Sicherheitskräfte zogen auf, schossen schon beim Zeigen der kurdischen Fahnen auf die Feiernden und Demonstrierenden.

Der Anlaß dieser Sondersitzung ist nämlich völlig in den Hintergrund getreten. Es geht um die Menschenrechtsverletzungen und Massaker am kurdischen Volk. Es geht wieder einmal um bundesdeutsche Waffengeschenke in Milliardenhöhe und Polizeihilfe an die Türkei. Deutsche Waffen wurden eingesetzt bei den jüngsten Massakern in Kurdistan und auch im Irak. Und auch hierfür hat die Bundesregierung die Mitverantwortung. Das soll durch das Postengeschiebe verschleiert werden.

Die Darstellung der türkischen Regierung, aber auch die bundesdeutscher Politiker über die politische Situation vor den

Newroz-Feiern in Kurdistan entsprach in keinem Punkt der Wahrheit.
Staatlicher Terror wird von der türkischen Regierung und dem Militär schon seit vielen Jahren gegen das kurdische Volk ausgeübt. Trotzdem wurden und werden Militär- und Polizeihilfe in gigantischem Ausmaße wieder gewährt. Die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei war immer zweitrangig. Für die Bundesregierung und auch für ihre Vorgängerinnen standen militärische, ökonomische und bündnispolitische Interessen immer im Vordergrund.
Unübersehbar waren dann auch die Ergebnisse dieser Politik bei dem Vernichtungsfeldzug gegen das kurdische Volk. Deutsche Waffen aus Ost und West wurden eingesetzt bei den Massakern, der Zerstörung von Häusern und Ortschaften sowie bei der gezielten Ermordung von Oppositionellen. Das wurde im Fernsehen gezeigt. Auch wir haben Beweismaterial mitgebracht. Die Waffenlieferungen und die vielbeschworene Vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung sind auf keinen Fall mit der angeblichen Liberalisierungspolitik Demirels zu rechtfertigen.
Das Versprechen, die Newroz-Feier nicht zu behindern, war pure Propaganda. Fast genauso ist es mit dem Versprechen, den Gebrauch der kurdischen Sprache ungehindert zuzulassen. Verschwiegen wird nach wie vor, daß die Kurden - meistens Frauen - gar kein Türkisch können, sondern hauptsächlich Kurdisch können, daß die Kurden aber ihre Sprache nicht lehren dürfen.
Beschämend waren auch für mich die ersten offiziellen Stellungnahmen der Bundesregierung und einiger SPD-Politiker, in denen mit der türkischen Regierung um die richtige Methode der PKK-Bekämpfung gefeilscht worden ist, während in Kurdistan Menschen getötet und verletzt wurden. Tatsache ist, daß nach den Massakern die PKK-Guerilla vereinzelt bewaffneten Widerstand leistete.
Die Terrorismushysterie gegen die PKK wurde und wird durch bundesdeutsche Politiker fast wortgleich von der türkischen Regierung übernommen. Die breite Verankerung der PKK mag Ihnen oder der türkischen Regierung gefallen oder nicht. Statt hierzulande den Krieg gegen die PKK mit Worten zu führen, sollten Sie sich für einen Dialog mit der PKK aussprechen und sich für eine politische Lösung auch gegenüber der türkischen Regierung einsetzen.
Alle Postenschieberei ist bloße Augenwischerei, solange die hier beschriebene Politik fortgesetzt wird. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Türkei in Sachen Militär- und Polizeihilfe muß endlich eingestellt werden. Stattdessen fordern wir gezielte finanzielle Wiederaufbauhilfen für zerstörte Stadtteile und Orte in Türkisch-Kurdistan, und endlich müssen auch hier im Bundestag das kurdische Volk und seine Rechte anerkannt werden.

2. April 1992

GRÜNE beantragen Sondersitzung des Unterausschusses Menschenrechte im Europäischen Parlament

Zur Situation in türkisch-Kurdistan erklärt Claudia Roth, MdEP DIE GRÜNEN, Mitglied im Unterausschuß Menschenrechte und im gemischten Ausschuß EG-Türkei des Europäischen Parlaments:
Die Reaktion der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten auf das brutale Vorgehen des türkischen Militärs gegen die Kurdinnen und Kurden in türkisch-Kurdistan sowie die erneuten Angriffe auf Kurdinnen und Kurden in irakisch-Kurdistan ist ein Testfall dafür, ob mit dem Ende der Blockkonfrontation die Durchsetzung von Menschenrechten ein Hauptziel europäischer Politik ist. Sie ist auch ein Maßstab dafür, ob Konventionen wie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und Erklärungen der KSZE Geltung besitzen oder bloßes Worteklingel sind. Insbesondere ist die Möglichkeit der Derogation von Menschenrechten im Rahmen der EMRK für eine bestimmte Region, wie sie von der Türkei für den Süd-Osten des Landes gezeigt wurde, blanker Zynismus. Menschenrechte dürfen nicht aus Gründen politischer Opportunität suspendiert werden können.
Wir haben deshalb eine Sondersitzung des Unterausschusses Menschenrechte des Europäischen Parlaments beantragt.
Wir fordern darüberhinaus die gegenwärtige Präsidentschaft auf, den Rat unmittelbar zu einer Sondersitzung zusammenzurufen, damit die Gemeinschaft ein gemeinsames Vorgehen gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei festlegen kann. Der Rat sollte auch der wiederholt geäußerten Ansicht des Europäischen Parlaments entsprechen und die massiven Menschenrechtsverletzungen der Türkei im Sicherheitsrat zur Sprache bringen.
Wir fordern die Kommission der Europäischen Gemeinschaft auf, zu prüfen, ob der mit dem Assoziationsabkommen EG-Türkei gewährte privilegierte Zugang der türkischen Waren zu den EG-Märkten solange aufgehoben werden kann, bis die Türkei die Bereitschaft zeigt, die Menschenrechte zu achten und zu einer politischen Lösung des kurdischen Problems auf der Basis der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes zu kommen.

27.03.1992

Gemeinsame Presseerklärung aller Fraktionen im saarländischen Landtag
Die Fraktionen von SPD, CDU und FDP erklärten zum türkisch-kurdischen-Konflikt übereinstimmend:

Die Fraktionen von SPD, CDU und FDP im saarländischen Landtag verurteilten die Übergriffe des türkischen Militärs auf die kurdische Bevölkerung und fordern die türkische Regierung auf, ihre militärischen Aktionen einzustellen. Um eine Atmosphäre für politische Verhandlungen zu schaffen, muß das Kriegsrecht in den kurdischen Regionen umgehend aufgehoben werden. Die türkische Regierung ist aufgefordert, sofort Maßnahmen der Katastrophenhilfe und ärztliche Hilfe für die verletzten Opfer der Übergriffe einzuleiten.
Geradezu unerträglich ist die Vorstellung, daß aus NATO-Staaten Waffen bei militärischen Aktionen eingesetzt werden. Sie sprechen sich für einen sofortigen Stop bundesdeutscher Waffenlieferungen an die Türkei aus und fordern die Bundesregierung auf massiven politischen Druck auf die Türkei auszuüben, damit die Menschenrechte endlich geachtet werden.
Verantwortlich für die SPD-Landtagsfraktion: Willi Portz, MdL CDU-Landtagsfraktion: Willi Gehring, MdL FDP-Landtagsfraktion: Norbert Wagner, MdL.

Saarbrücken, 24. März 1992

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einem Interview, das die Wochenzeitschrift 2000'e Dogru (vom 22. März 1992, Nr. 12) mit dem Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan führte

"Wir wollen die Türkei nicht aufspalten, sondern brüderlich teilen..."

"... In der Außenpolitik sollte meiner Ansicht nach eine Perspektive entwickelt werden, die ihre Grundlage in einer Föderation der Völker des Mittleren Ostens hat. Manche sprechen von einer "islamischen Wirtschaftsgemeinschaft", andere wiederum von einer "türkischen Föderation" oder einer "türkischen Wirtschaftsgemeinschaft". Bei keiner dieser Perspektiven kann die kurdische Realität beiseite geschoben werden. Auch möchte ich noch einmal auf die Existenz von 10 Millionen werktätigen Kurden im Westen (der Türkei) hinweisen. Ihre Bedeutung, ihr Einfluß sind hinreichend bekannt. Ich glaube, eine Politik, die nicht auf der kurdischen Realität basiert, die kein Zusammenleben in Freiheit und Gleichheit anstrebt, wird keine Entwicklungschancen haben. Der bisher geführte Kampf hat dies bereits heute deutlich gemacht. Wenn (die türkische Regierung) weiterhin auf ihrer Politik besteht, wird das Türkentum, für das sie so brennend kämpft, eine Niederlage erleiden. Sogar eine sehr üble Niederlage. Ich sage das, damit die Besonneneren in der türkischen Bevölkerung etwas realistischer denken. Ein Kommandeur, der befördert werden will, muß sich schon chauvinistisch verhalten. Ein Geschäftsmann, ein Ausbeuter braucht wohl auch eine unehrliche Politik. Und möglicherweise brauchen Politiker so eine unehrliche Politik, um ihre Posten noch für die nächsten 6 Monate zu retten. Ein demokratischer Türke allerdings braucht eine solche unehrliche Politik nicht. Wenn wir diese Tatsache zur Grundlage nehmen, können wir mit dem türkischen Volk und seinen Vertretern - egal ob Sozialisten, Demokraten, ehrlichen Patrioten oder auch Nationalisten - auf allen Ebenen gemeinsame Bemühungen unternehmen.

Die Rede ist von einem Parlament, es können Schritte hin zu einem föderativen Parlament unternommen werden. Es wird ein Parlament von Kurdistan gebildet und ebenso kann ein Parlament für die Türkei gebildet werden. Für die Zusammenarbeit der beiden Parlamente kann eine Verhältnisquote gefunden werden. Es können regionale Räte gebildet werden ....

Es gibt ohnehin die Meinung, daß die Türkei nicht nur von Ankara aus regiert werden sollte. Deshalb sind regionale Räte möglich. Dazu werden auch kurdische Räte gehören, die als legitime Vertretung anerkannt werden müssen. Weitere Schritte sollten in diese Richtung unternommen werden. Auch für die Türkei ist so etwas erforderlich. Eine föderale Regierung sollte, auch für Kurdistan, gebildet werden. Wie das genau aussehen wird, darüber muß noch etwas nachgedacht werden. Warum brauchen wir das Volk der Türkei für die Entwicklung in Kurdistan? Warum sollen wir bei einer Kundgebung nicht nur die Forderungen der Kurden hervorheben? In diesem Rahmen müssen ebenfalls die demokratischen Forderungen der Türken, ihre Forderung nach Einheit und Freundschaft berücksichtigt werden. Warum sollen die türkischen Werktätigen lediglich in der Rolle der Unterstützer aktiv werden? Sie sollten vielmehr als eine starke Kraft in der Regierung auftreten und sich für dieses Ziel sollten organisieren. Dafür sollten sie all ihre Kraft einsetzen. Wenn sie können, sollen sie "Halt"! zu der Unterdrückung in Kurdistan sagen. In diese Richtung sollten sie ihre Kräfte mobilisieren. Primär sollten sie sich aber um ihre Befreiung bemühen. Wenn sie wollen, können wir sie darin auch unterstützen. So ist unsere grundlegende Denkweise. Wenn diese Gedanken gut verstanden worden sind, können wir dazu übergehen, gemeinsame Organisationen zu bilden. Davon kann es viele verschiedene geben. Aber auch getrennte Organisationen sind möglich. Wenn ich von einem föderativen Parlament, einer föderativen Regierung spreche, dann heißt das auch, daß am anderen Ende dieser Sache die Türkei steht. So ist unser Verständnis von Einheit. ...

Wir können jetzt schon anfangen, einige solcher föderativen Organisationen zu entwickeln. Wir müssen das erstmal ausprobieren, um bewerten zu können, wie es gehen kann. Diesbezüglich sollten wir offen sein. Wir selbst sind hierfür äußerst offen. Um einige praktische Schritte hierfür zu benennen: diese Fragen sollten im Rahmen eines Kongresses breit diskutiert werden. Das kann auf einem Kongreß der Sozialisten oder der Demokraten gemacht werden. Und es kann auch auf einem außerordentlichen Kongreß der Partei HEP (Arbeitspartei des Volkes) diskutiert werden. Ein neuer Name gefunden wer-

den. Auch Abgeordnete, die (aus der Regierungskoalition, SHP) ausgetreten sind, können sich an dem Kongreß beteiligen. Es gibt viele Organisationen, alle können sich beteiligen. Es ist unbedingt nötig, für die lebenswichtigen Interessen der Völker eine demokratische Alternative zu bilden. Wir glauben, daß wir durch unseren Kampf gezeigt haben, daß wir ein guter Partner für diese Sache sind. Nach unserer Meinung soll jede Gruppe ihre ideologisch-politische Linie haben, doch sollten die gemeinsamen Ziele als grundlegende Sache angesehen werden...

Sozialismus ist die Alternative zum Imperialismus

Vor allem richten wir uns gegen diese neue Weltordnung. Das ist keine neue Weltordnung, es ist eine sehr alte Ordnung. Ich denke, daß die USA nicht mehr die stärkste Führungsmacht ist. Es gibt eine weltweite Auffassung, daß die USA schwächer und destabiler wird. Hieraus ergibt sich, daß der Wille der Völker noch mehr Gewicht bekommen wird. Ohne Zweifel ist dieser Imperialismus immer noch der alte. Wir denken nicht, daß die Theorie des Imperialismus überholt ist. Im Gegenteil, der Imperialismus tritt noch verfaulter auf als zuvor. Der kapitalistische Imperialismus oder der Imperialismus des Kapitals befindet sich, im Gegensatz zu früher, in einer noch tieferen Krise. Durch diese Krise ist die Welt mitsamt der Atmosphäre und Umwelt fast unbewohnbar geworden. Diese Krise hat zu noch größeren Gegensätzen geführt, als es die Klassengegensätze allein sind. Sie hat die Welt in eine globale Gefahr gestürzt. Das Ozonloch vergrößert sich, was wird das für uns bedeuten? Es zeichnet sich ab, daß die Umwelt unbewohnbar werden wird. Ich möchte dazu sagen, daß ich mich täglich fast reflexartig vor dem Kapitalismus ekele, der unsere Welt in einen großen Mülleimer verwandelt hat...

Der Imperialismus verdunkelt die Zukunft der Menschheit. Wenn ich mir so die Kommentare von einigen Journalisten ansehe, stelle ich fest, daß sie versuchen, den Menschen weiszumachen, sie hätten mit dem 20. Jahrhundert eine Zeit des unendlichen Glücks erwischt! Das ist bestimmt nicht so und das macht mich auch traurig. Anatolien mit seinen Küsten, den historischen und geographischen Schönheiten wird schon heute in einen Zustand gebracht, der nicht mehr lebenswert ist. Mit diesem letzten Angriff will der Kapitalismus auf der Welt ein luftleeres, ausgebranntes Leben auf niedrigstem Niveau etablieren. Zweifelsohne werde ich bis zum Ende gegen einen solchen Kapitalismus kämpfen. Der Imperialismus, der aus dem Kapitalismus entstanden ist, sorgt dafür, daß diese verheerenden Auswirkungen des Kapitalismus überallhin verbreitet werden. Das haben wir am Golf gesehen. Jeden Tag versucht er erneut zu expandieren. Jeden Tag versucht er erneut, unvollstellbare Praktiken durchzusetzen. Das geht noch viel weiter, als zur neuen Weltordnung - die Welt ist auf dem Weg zu dem von den Propheten vorhergesagten Weltuntergang, zum Tag des jüngsten Gerichts. Der Sozialismus sagt "Halt!" dagegen. Deshalb muß der Sozialismus noch mehr als vorher als Alternative mit Kompetenz verstanden werden. Noch weitergehender als unser politisch-ideologischer Ansatz ist er zur Rettung der Menschheit unverzichtbar und notwendig. Der Sozialismus ist untrennbar mit unserem Leben verbunden, wie der "Fingernagel mit dem Fleisch". Ich möchte das etwas erklären: ein Vertreter des europäischen Rates und ein amerikanischer Senator sprachen über die PKK. Sie sagten, "die PKK ist die einzige marxistisch-leninistische Organisation, die auf den Beinen geblieben ist. Ansonsten ist auf der ganzen Welt der Marxismus am Ende." Das sagte der der Europäer und der Amerikaner ergänzte,"Dieser Kopf muß zerschlagen werden". Wir nehmen die Realitäten der Menschheit grundlegend ernst. Wir sehen die Zerstörungen des Imperialismus und die Rettung der Menschheit ist für uns eine grundlegende Frage. Wir glauben an den Internationalismus. Aus diesem Ansatz heraus haben wir Kurdistan als den politischen Kampfplatz ausgesucht. Die Türkei hat für uns eine grundlegende, strategisch wichtige Rolle. So war unsere Anfangsposition. Heute können wir unsere Haltung noch viel klarer und mit größerer Kraft fortsetzen, denn unser Kampf hat uns in eine starke Position gebracht...

Die "neue Weltordnung" richtet sich gegen die Völker im Mittleren Osten

Diese "neue Ordnung" hat im Mittleren Osten mit barbarischen Luftangrffen begonnen und mit schweren Panzerangriffen wurde dieser Krieg zu Ende gebracht. Vordergründig richtete sich dieser Krieg gegen Saddam, doch tatsächlich war er ein erster Schritt dahin, die Herrschaft des Imperialismus im Mittleren Osten zu etablieren. Diese neue Ordnung hat von Saddams Unzulänglichkeiten profitiert und dessen politische Ziele benutzt. Die Angriffe gegen die Kurden hatten imperialistische Hintergründe. Für die "neue" Ordnung war es grundlegend von Bedeutung, Staaten wie Israel und die Türkei, die im Dienste Europas und der USA stehen, stärker zu fördern sowie die ihnen treu ergebenen arabischen Königreiche, die Staaten Ägypten und Pakistan noch mehr in ihren Machtbereich zu integrieren. Die "neue Ordnung" stärkt die Kollaborateure. Solche Kräfte haben nichts mit ihren Völkern gemein. Die "neue Ord-nung" bedeutet im Mitleren Osten noch mehr Ausbeutung und noch mehr Unterdrükkung...

Zu den Auswirkungen auf Kurdistan: einige kurdische Politiker wurden nach Europa geordert. Mit Zustimmung der Türkei wird versucht, die Situation der Kurden im Rahmen dieser "neuen Ordnung" als Trumpfkarte zu benutzen. Der Newroz-Aufstand des vergangenen Jahres löste offensichtlich eine Hilfskampagne für die Kurden aus. Die Türkei sollte dabei behilflich sein. Ziel all dieser Aktivitäten ist es, den Irak zu kontrollieren. Die Bildung des freien Volkswillens soll im Irak verhindert werden. Für mich völlig unsinnig aber es sollte trotzdem klargestellt werden: die Verbindungen des Westens und der USA zur Türkei haben die türkische Bourgeoisie, die türkische Republik, den offiziellen Machtapparat vom Geist bis zum Magen abhängig gemacht. Ohne die Waffen- und Wirtschaftshilfe hätten diese Leute eine Lebensdauer von 24 Stunden. Sie haben Generäle ausgebildet und die Deutschen geben zu, daß sie

256000 Kalaschnikows an die Türkei geliefert haben. Mehr als 20 Millionen Stück Munition wurden geliefert, auch Raketenwerfer. 900 Panzer, egal von welcher Marke, wurden geliefert. Die Organisation der Armee beruht auf dieser Ausbildung. Von Moltke bis zu General Glotz, bis zum letzten US-amerikanischen General Powell geht die Zusammenarbeit. Und Dogan Güres gibt zu, daß sie täglich - im Rahmen der NATO - Informationen austauschen...

Die Türkei unter amerikanischer Kontrolle.

Man will im wirtschaftlichen und im strategischen Bereich mit der Türkei zusammenarbeiten. "In der inneren Aufstandsbekämpfungspolitik habt ihr grünes Licht", heißt es in außenpolitischen Erklärungen bisher. Und während diese Haltung ganz offen ist, geht so ein Geschrei los, die US-Hubschrauber hätten für die PKK eine Kiste mit Nahrungsmitteln abgeworfen ... Hinter der PKK soll also die USA stehen? Die USA soll also die Sache lenken? So was ist ja wohl völliger Unsinn und macht nur deutlich, mit was für Praktiken die Türkei regiert wird. Ecevit hält an so einer Darstellung fest und sagt, *"...habe ich nicht gesagt, daß dahinter die USA steht?"* In Wirklichkeit haben sie bisher alles von dort bekommen, wurden von dort ernährt...

Die USA haben die Türkei in die amerikanische Falle gelockt und unter ihre Kontrolle gebracht. Sie haben nicht einmal zu einem 1/1000 die Initiative, die wir, trotz so großer Schwierigkeiten haben. Wir können frei entscheiden, ob wir Krieg führen oder nicht. Dazu haben sie keine Befugnis, da sie eingebunden sind. Demirel und Özal sind an die USA und Europa gebunden, ich sagte das bereits. Auch wenn sie Massaker begehen, so sagt Europa und USA, daß sie ihre Freunde sind, auf ihrer Seite stehen. So ist der Imperialismus. Weil unser Kampf aber ganz offen für sozialistische Werte ist, richtet er sich einerseits gegen die Kollaborateure in der Region und andererseits gegen den Imperialismus. Der Kampf gegen die Kollaborateure ist besonders stark. Vor allem gegen die kurdischen Kollaborateure .... Wir haben Briefe, die geprägt sind von dem Einfluß dieser "neuen Weltordnung" ....

Der Brief von Talabani

Talabani hat einen Brief geschrieben, in dem steht, *"...in der Welt hat die neue Ordnung einen Sieg errungen. Die freie Marktwirtschaft ist nun auf der Welt die einzige gültige Wirtschaftsordnung. Im diplomatischen bereich haben wir weitere Fortschritte gemacht. Apo, ich schreibe dir aus Ankara, entweder wirst Du die historischen Realitäten anerkennen und Dich ergeben oder ich lasse Dich mit der Geschichte allein..."* Das ist eine halbe Drohung. Die andere Hälfte sagte, *"...wenn Du meine politische Tendenz auch zu deiner Grundlage machst, hast Du die Chance, zu überleben..."* Dieser Brief wurde mir von zwei seiner Vertreter überbracht. Das hat uns geschmerzt. Wir wußten schon vorher von seiner Haltung, er hatte uns schon einmal ähnliches geschrieben. Die Türkei hat ihn zu diesem Brief gedrängt und ihn dabei beeinflußt. Er hatte mit der Türkei gesprochen und sagte, *"... Leg einseitig die Waffen nieder, komm nach Ankara und triff dich mit irgendwelchen Leuten ... begnüge dich mit allem, was sie dir geben und danke Gott..."* Gegen solche Briefe bin ich allergisch. Früher hatte ich vor dir noch Achtung (gemeint ist Talabani, d. Red.), weil du etwas älter warst, aber das ist jetzt vorbei. In einer Rede an die im Süden haben wir gesagt, wenn ihr uns Kollaboration aufzwingen wollt, werden wir uns noch mehr zur Wehr setzen. Die Videokassette von dieser Rede wurde auch Gegenstand der türkischen Presse, *"...Apo hat Talabani gedroht..."* hieß es, aber das ist nicht richtig. Fazit von unseren Worten war, *"...laß Begriffe wie 'neue Ordnung', 'Unterstützung der USA', 'Freiheit für die Kurden' beiseite. Komm und schließe dich dem Widerstand an, bau eine Armee auf. Spiel nicht mit dem Volk wie ein Geschäftemacher..."* Barzani macht das noch umfassender. Schon früher war er der Bessere darin. Er hat einen wirklich schlimmen Handel mit dem Blut der Kurden getrieben. Eine Politik der Geschäftemacherei. *"Ihr werdet aus der Grube, in die ihr mit Hilfe der US-Politik eingestiegen seid, nicht mehr heil herauskommen."* Ich habe ihn gewarnt. Und zu Özal habe ich gesagt, *"Arbeite nicht mit diesen Kollaborateuren zusammen, sonst mußt du gehen..."* Er wurde ziemlich unter Druck gesetzt. Der Feudalismus, das Sippentum und die Zusammenarbeit mit dem Imperialismus haben dieses Barzanitum geschaffen. Er hat sich gegen die revolutionäre, nationale Befreiungsbewegung gewandt. Sein Ziel ist nicht die Lösung des kurdischen Problems, davor kommt er. Das hat die Kurden in den letzten 30, 40 Jahren viel gekostet. Mit dem Blut der Patrioten konnte er riesiges Kapital anhäufen. Er ist an iranischen Firmen beteiligt. Er hat Geld in schwedischen und kanadischen Banken. Überall hat er Allianzen gegen die Kurden aufgebaut: gegen die Kurden im Iran mit dem Iran; gegen die Kurden in der Türkei mit der Türkei; gegen die Kurden im Irak mit dem Irak .... An jeder Art von Schmuggelei war er beteiligt - ein typischer Kriegs-herr. Er stützte sich auf die religiöse Reaktion. Ohne die Kollaboration könnte er sich nicht einmal zwei Stunden halten. Jetzt versucht er Saddams Schwäche zu nutzen, um den Einfluß seiner Familie zu retten. Mit dem türkischen Geheimdienst, mit der türkischen Republik hat er seit mehr als 30 Jahren Kontakte. Nach der Vernichtung von Sait Kirmizitoprak wurden sie zu einem Arm des türkischen Geheimdienstes. Da die USA gegen eine Revolution sind, werden solche Personen von ihr unterstützt. Barzani ist einer der größten Kollaborateure. Er ist eine Schachfigur im Mossul-Kirkuk-Projekt des türkischen Staates. Er wurde nach Ankara gerufen, um die Einheit der kurdischen Bewegung zu zerstören. Ich denke, die grenzüberschreitenden Operationen wurden mit seiner Zustimmung durchgeführt. Die Beziehungen zur KDP haben bei der Entwicklung des politischen Glücksspiels eine wichtige Rolle gespielt. Wir denken, daß die Offenlegung und das Anprangern von diesen Sachen wichtig ist. Wenn sie uns unter Druck setzen, werden wir zu aktiven Gegenmaßnahmen greifen. Heute wollen wir diese Unterschiede ohne innere Kämpfe, sondern im politischen Kampf überwinden.

Mit einer Kurdenbibliothek in den USA geben wir uns nicht zufrieden

Wir kommen nun dazu, daß die Kurdenpolitik der USA und der Imperialismus im allgemeinen nicht ehrlich ist. Zu einem

amerikanischen Journalisten sagte ich folgendes, wobei ich anmerken möchte, daß ich auch mit einem US-Bevollmächtigten zusammentreffen würde, wenn einer käme. Als erstes würden wir vermutlich sagen, daß sie nicht gut arbeiten, ihre Männer nicht retten könnten.
Aber wir haben auch gesagt, daß es nicht ausreicht, kurdische Bibliotheken oder einige kurdische Vereine in den USA zu gründen. Warum wird das nicht eingesehen? Auch wenn diese Bibliotheken oder Institute dort 50 Jahre lang bestehen würden, wir würden ihnen keine Aufmerksamkeit schenken, sie sind auch nicht gut für uns. Mit Rezepten von dort kann die Arbeit hier nicht gemeistert werden.

Die Politik der USA richtet sich gegen die Kurden, gegen die Türken und gegen Saddam

Durch die Einrichtung einer kurdischen Bibliothek, und kurdischen Instituten versucht die USA die Türkei an sich zu binden. Durch die Thematisierung der kurdischen Frage soll auch Saddam eingebunden werden und ebenso der Iran. Mit diesem Standpunkt richtet sich die US-amerikanische Politik gegen die Kurden, gegen die Türken und gegen Saddam. Vielleicht ist die türkische Bourgeoisie der Ansicht, daß es intelligent von ihr ist, die Fäden in die Hände der USA zu legen. Tatsächlich aber richtet sich das gegen die Interessen der Türkei. Unsere Haltung war strikt dagegen und wir haben folgende Politik entwickelt: wir wollen unsere Position stärken auf der Basis von Freiheit und Unabhängigkeit im Süden. Wir wollen uns immer mehr auf die eigentliche Macht des Volkes stützen. Wir wollen die Einheit vom Norden und Süden im Rahmen einer revolutionären Politik. Ein Teil einer solchen Politik ist die Entwicklung einer Einheit mit dem Volk der Türkei auf einer unabhängigen und freien Grundlage...
Eine solche Politik sollte auch Auswirkungen auf die Situation in Aserbeidschan haben. Wenn es in Bergkarabach eine armenische Mehrheit gibt, dann soll sie auch frei entscheiden können. Weder ein Aseri-Chauvinismus noch der vom Westen geförderte armenische Terror bieten eine Lösung. Natürlich sollte die armenische Bevölkerung ihr Parlament gründen und frei entscheiden können. Doch das kann nicht durchgesetzt werden, indem Massaker an den Aseris begangen, sie vertrieben werden. Wir sind der Ansicht, daß die Probleme, die es dort gibt, durch politische Verhandlungen gelöst werden können...

Eine Föderation der Völker des Mittleren Ostens muß gebildet werden

Das Problem der Aseris ist, daß sie sich auf die Hilfe der Türkei und des Westens verlassen, anstatt auf die Hilfe des eigenen Volkes. In diesem Zusammenhang sind wir sowohl gegen eine Feindlichkeit gegenüber der Türkei, als auch gegen Massaker an den Armeniern. Im Gegenteil: unser Interesse ist, daß sie so schnell wie möglich aufhören, ein Spielball Rußlands unter der Führung von Jelzin zu sein. Sie müssen aufhören, ein Werkzeug der anatolischen Türken und der USA zu sein und sie sollen auch langfristig für eine Föderation der Völker eintreten. Wir sind für eine solche Föderation. In unserer Politik wird das immer klarer: wir wollen solch eine Föderation der Völker des Mittleren Ostens, in der die Kurden ihren eigenständigen Platz haben. Wenn eine solche Politik auch langfristig ist, so ist sie doch richtig. Wenn einerseits sich die Europäer einigen, die Sklaven sich einigen, dann kann sich eine Tendenz zur Einheit der Völker des Mittleren Ostens entwickeln. Um sich vor der "neuen Ord-nung" des Imperialismus schützen zu können - wozu noch die starke Position Rußlands hinzukommt - müssen die Gesellschaften in der Türkei, im Iran und die arabischen Völker in Anbetracht der his-torischen Realitäten eine Lösung finden. Es besteht bereits eine islamische Realität, wobei man sich über ihre Bedeutung unter den heutigen Gegebenheiten klar werden muß...
Die Rede ist von einem "Kissinger-Plan": "... Zuerst unterdrücke, mache sie nieder. Dann zwinge ihnen eine Lögung auf ... Reformismus, falsche kurdische Parteien, ... Soll das eine gute Lösung im Sinne der Völker sein? Nein. Sie wissen sehr genau, daß Türkei-Kurdistan in Mitleidenschaft gezogen wird. Die türkische Armee wird in Schwierigkeiten kommen. Auch die türkische Bevölkerung wird Schwierigkeiten haben und sich noch mehr an sie binden. Sie wissen sehr genau, die PKK wird Schwierigkeiten haben und auch das Volk von Kurdistan und doch sagen sie noch: "Amerika, rette uns!"...
Schließlich haben sie den Irak in diese Lage nicht hineinmanövriert. Kurz bevor Saddam gestürzt wurde, hielten sie an. Den Kurden gaben sie grünes Licht für den Aufstand und dann sagten sie zu Saddam: "Jetzt greife an". Das wurde schwierig für Saddam, auch für die Kurden. Und jetzt sollen zu beiden Seiten Beziehungen entwickelt werden, damit sie je nachdem, wie es ihnen nützt, regieren können. Das ist für beide Seiten von Nachteil. Viel Blut wurde vergossen, das ganze Land wurde ruiniert. Wenn sie klug sind, dann sollte weder Saddam sich beim Aufbau seiner Truppen auf den Imperialismus stützen, damit er die Massaker an den Kurden durchführen kann, noch sollten die Kurden sich der irrealen Vorstellung hingeben, ohne die amerikanischen "Schutztruppen" nicht weiterleben zu können. Sie müssen Lehren aus der Geschichte ziehen und auf der Basis der Gleichberechtigung der Völker politische Lösungen erarbeiten. ...
"Ihr werdet sehen, wenn ich gute Beschützer habe, werde ich die PKK liquidieren..."
Diejenigen, die ihre ganze Hoff-nung in eine solche Politik legen, denken nur an das eine: die Türkei soll noch enger an die USA angebunden, die PKK soll noch mehr unter Druck gesetzt, der blindwütige Terror und die Gewalt sollen noch mehr gesteigert werden. Tausende türkische Söhne werden sterben, Kurdistan wird weiterhin bombardiert, die wirtschaftliche Situation der Türkei verschlechtert sich noch mehr, die Inflation steigt an. Egal, von welcher Seite aus wir die Situation betrachten, eine solche Politik hat für die Völker nur Nachteile...
Im Süden wurden die Kurden ermutigt (von Vertretern einer solchen Politik, d.Red.). Vielleicht sagen sie dann morgen: *"Wir haben die PKK ermutigt, wenn sie Schwierigkeiten bekommt, vielleicht einer Niederlage gegenübersteht, werden sie sicherlich ihre Hand ausstrecken..."* Und dann werden sie ein bißchen helfen und sagen: "Setz die Türkei unter Druck...". Bevor die Türkei außer Kontrolle gerät, soll Druck auf sie ausgeübt werden, damit sie sich noch mehr an die USA bindet. Ich

denke, das ist der Kern der US-Politik. Eine solche Politik hat für die Völker keinen Wert, sie bedeutet nur Schmerzen, ist gefährlich und blutig, sie bedeutet Ausbeutung. Für den Irak gilt das gleiche und auch der Iran befindet sich in einer ähnlichen Situation. ...

Über die Situation Syriens und die Beziehungen zur PKK

Die Lage Syriens ist ein bißchen anders. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß es in Syrien verhältnismäßig wenig Kurden gibt und die kurdischen Dörfer nur einen kleinen Teil Kurdistans ausmachen. Etwa 70% der syrischen Kurden sind aus der türkischen Republik geflohen. Manche bewerten die Beziehung zwischen der PKK und Syrien als opportunistisch und sagen, die PKK sei ein Kollaborateur. Das ist aber nicht so. Syrien vertritt traditionell eine anti-zionistische und anti-imperialistische Politik. Das ist die syrische Politik im Libanon und gleiches gilt auch für den Irak. Mit der Türkei gibt es Auseinandersetzungen über die Provinz Hatay (ursprünglich syrisch, eignete sich die Türkische Republik in den Dreißiger Jahren an). Für die Kurden in Syrien ist die Situation eine besondere? Eine feindliche Haltung gegenüber den Kurden wäre unter der derzeitigen Führung und zum jetzigen Zeitpunkt nicht von Vorteil. Auch eine feindliche Haltung gegenüber der PKK wäre das nicht. Nicht wegen evtl. Schwierigkeiten für die Türkei verhält Syrien sich so, sondern aus eigenem Interesse. Wenn man sich die Tatsachen vergegenwärtigt, kann man auf die Frage: Wie kann die PKK in Syrien und im Libanon bleiben? eine einfache Antwort geben. Syrien hat Vorteile durch die Anwesenheit der PKK. Die PKK nimmt in der syrischen Politik regional und international einen Platz ein. Syrien vertritt eine eigene, anti-imperialistische Politik im Mittleren Osten. Da es untereinander keine größeren Probleme gibt, hat die PKK ihren Platz dort. Die Haltung Syriens gegenüber der Türkei ist eine traditionelle...

Es gibt hier ungefähr 50 Organisationen, unter ihnen die PKK. Im Libanon gibt es ungefähr 70 Organisationen. Wir versorgen uns selber, wir überstehen die Kälte, wir arbeiten, leben und lernen hier. Syrien setzt uns nicht unter Druck. Wir wollen nicht übertreiben, aber es ist eine wertvolle Hilfe für uns. Mit unseren eigenen Ausweisen reisen wir ein und aus. Ich sage das, um deutlich zu machen, daß die Türkei die Tatsachen verdreht, sie sagt, hinter allem stünde Syrien, der Iran, Lybien .... Ich will hier eindeutig nochmal wiederholen: Syrien gibt uns keinen Pfennig, keinerlei militärische Hilfe. Aber sie verhalten sich auch nicht feindselig. Warum sollten sie auch wegen der Türkei zu unseren Feinden werden? Warum sollten sie wegen der Türkei ihre eigene politische Haltung aufgeben?..

Über regionale kurdische Konferenzen

Die wirklichen Konferenzen werden von den Volksmassen durchgeführt. Sie sollten von Cizre, Sirnak, Botan, Diyarbakir nach Ankara getragen werden, die Volksvertreter sollten dort reden. Solche Konferenzen schlagen wir vor. Ich gehe davon aus, daß sich in diesem Jahr regionale Konferenzen in den regionalen Zentren und Städten entwickeln werden, auch die ländlichen Gebiete werden mit einbezogen. Auf diesen Konferenzen wird die nationale Frage diskutiert, die Frage der Demokratie und über die der Selbstverwaltung. Es sollen sich Räte gründen und über die Selbstverwaltung diskutieren. Das sollte zunächst regional gemacht und dann auf die nationale Ebene übertragen werden. Auf nationaler Ebene wird es dann eine kurdische Nationalversammlung geben. Bei der Bildung des nationalen Willens des kurdischen Volkes ist ein solcher Schritt wert, diskutiert zu werden. Eine kurdische Konferenz kann in Istanbul oder Ankara durchgführt werden. Vor allem soll das zusammen mit türkischen Intellektuellen, Demokraten und Sozialisten, die aus innerster Überzeugung an die kurdische Sache glauben und dafür kämpfen, durchgeführt werden. Mit ausgebrannten Intellektuellen, die sich als Feinde der Kurden viel "Ruhm" erarbeitet haben, mit solchen, die die Kurden verleugnen ist so eine Konferenz nicht machbar. Dagegen werden wir uns wehren. Die Konferenzen, die wir wollen, müssen auf dem Kampf und auf dem Volk basieren...

Das auf den ganzen Mittleren Osten auszuweiten, kann auch richtig sein. Diesbezüglich unternehmen wir schon einige Schritte. Mit den Kurden im Irak gibt es eine solche Entwicklung, zusammen mit der PAK (Partiya Azadiya Kurdistan). Da können auch noch die irakischen Demokraten mit einbezogen werden. Jeder kleine Schritt kann weiterführen. Wir wollen diesen Schritt auch mit euch, den revolutionären Demokraten und Sozialisten aus der Türkei machen. In dieser Sache sollte es einen guten Kongress oder eine Konferenz geben. Viele Organisationen sollten sich daran beteiligen. Ihre Entscheidungen sollten zugunsten der Völker getroffen werden. Wenn es möglich ist, sollten auch offizielle Stellen eingeladen werden, daran teilzunehmen. Solche offiziellen Stellen, die für die Vorteile der Völker arbeiten, können auch an diesen Konferenzen teilnehmen. Vor allem sollen sie den Weg des Terrors verlassen und sich einer politischen Lösung zuwenden. Wenn das die Grundlage ist, sind wir nicht gegen Konferenzen mit Regierungen. Auch darauf sind wir vorbereitet...

Daher ist der Aufruf zu einer Kurdenkonferenz im Mittleren Osten, solange sie auf einer demokratischen Grundlage stattfindet, wert, darüber nachzudenken. Zur Zeit ist es aber noch so, daß sie nur in solchen Gegenden verwirklicht werden können, wo die Kurden ihrem Willen deutlich Ausdruck verleihen. Sie wird zunächst in Cizre beginnen, dann in Diyarbakir und sich so weiter auf ganz Kurdistan ausweiten. Es werden Lösungen im Irak und in der Türkei gefunden werden. Dafür muß aber gearbeitet werden, zunächst muß daran geglaubt werden, dann muß es verwirklicht werden. Ich habe größte Achtung vor diesen Bemühungen und wir werden dies mit unseren Kräften unterstützen...

Wir wollen die Türkei nicht aufspalten, sondern brüderlich teilen. Laßt nicht zu, daß dieses Land unbewohnbar gemacht wird. Wir müssen auf die Kollaborateure achten. Ich halte es weder für gut noch für nötig, sich wie durch einen Messerschnitt vom Land zu trennen. Das ist nicht unser Wunsch. Wir wollen das Land mit den Türken modernisieren. Aber die Kurden werden ihre Zukunft selbst bestimmen. Die Teilung von der Türkei wäre wie die Zwei-Teilung eines Körpers. In einem solchen Fall würde das Blut in beiden Teilen versiegen und das wäre zum Schaden für das Volk.

* * *

Deklaration an die Vereinten Nationen und an alle internationalen Organisationen und Institutionen

Nach den Newroz-Festen am 21. März hat die türkische Regierung einen neuen Spruch aufgebracht: "Wir sind mit einem Krieg konfrontiert. Wir sind mit einem organisierten Krieg konfrontiert, in diesem Krieg werden Waffen eingesetzt." Es wurde begonnen die Kriegsflugzeuge, Helikopter, Panzer u.ä. auf massivste Weise gegen das kurdische Volk einzusetzen. Diese Waffen wurden aber auch schon seit Ende 1991 ziemlich massiv unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung gegen das kurdische Volk eingesetzt.

Die türkische Regierung spricht von einem Krieg, verletzt aber in extremster Weise die internationalen Kriegsregeln. Nach diesen Kriegsregeln ist es zum Beispiel nicht erlaubt, auf das zivile Volk zu schießen, der Krieg wird zwischen den bewaffneten Gruppen und den Armeen geführt. Nach dem internationalen Recht im Kriegsfall müßten gefangengenommene Guerilleros als Kriegsgefangene behandelt werden. Dagegen zeigte sich schon in der letzten Zeit vor Newroz und auch danach deutlich, daß das Hauptangriffsziel der türkischen Sicherheitskräfte und der türkischen Armee, vielmehr, die kurdischen Volksmassen waren. Sie eröffneten das Feuer auf unbewaffnete Zivilisten, die keine Möglichkeit zu ihrer Verteidigung gehabt haben, auf Frauen, Kinder, Alte, Krankentransporte und Gesundheitsdienste. Ganz offen wurde das zivile Volk ermordet. In den Dörfern und Kreisstädten wurden die Häuser niedergebrannt oder der Hausrat der Bevölkerung zerstört. Die türkische Armee hat den Bezirk Sirnak mit Kriegsflugzeugen, aus Hubschraubern und mit Panzern massiv bombardiert. Durch diese Bombardements gibt es in Sirnak keine bewohnbares Haus mehr. Hausrat wie Kühlschränke und Backöfen wurden völlig zerstört. Die Lage in Sirnak ist noch viel schlimmer als die des vom Erdbeben betroffenen Erzincan. Es zeigt sich deutlich, daß die türkischen Armeeinheiten und Sicherheitskräfte mehr als hinter der Guerilla hinter den kurdischen Volksmassen her sind, in der die Guerilla verankert ist. Der türkische Staat hat den Weg eingeschlagen, die kurdische Frage durch das Umbringen kurdischer Menschen, durch die physische Vernichtung der Existenz des kurdischen Volkes zu lösen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß all das gegen die internationalen Regeln des Krieges und juristische Vorschriften in Kriegen verstößt. Genauso ist es auch eine bekannte Tatsache, daß die Genfer Konvention nicht eingehalten wird. Der erbärmliche Zustand des Staates erfährt dadurch noch eine Steigerung, daß die türkischen Medien, Radio, Fernsehen und Presse alles, was der Staat sagt, anerkennen und nicht recherchieren, was davon überhaupt stimmt.

Der türkische Staat spricht einerseits von "einer handvoll Terroristen" und auf der anderen Seite von Krieg. Er ist auch unter dem Vorwand, daß sein Kampf gegen die "Banditen" eine innere Angelegenheit sei, sehr darum bemüht, daß es keine Augenzeugen für seinen schmutzigen Krieg gibt. An diesem Punkt haben eigentlich Institutionen wie die Vereinten Nationen, die Helsinkikontrollkommission, der Europarat, das Europäische Parlament, Amnesty Interantional u.ä. eine sehr große Aufgabe. Diese Institutionen, vor allem die Vereinten Nationen, haben ihre Aufgabe bezüglich des Rechts auf Leben, der demokratischen Rechte und Freiheit für die Kurden nicht erfüllt. Ihre Haltung, das sei eine "innere Angelegenheit", wie es die Türkei bezeichnet, ermutigt den türkischen Staat und stachelt ihn zu Massakern an den Kurden an. Wir verurteilen die Haltung dieser internationalen Institutionen wie die Vereinten Nationen aufs Schärfste.

Die schmutzigsten Kriege sind die, die hinter den Kulissen der "inneren Angelegenheiten" geführt werden. Denn die Kriege, die ohne internationale Beobachterdelegationen der Vereinten Nationen, ohne Kontrolle durch die Presse etc. geführt werden, sind Kriege ohne Zeugen. Einer der Hauptgründe dafür, daß die herrschenden Kräfte des Staates so erbarmungslos über das Volk herfallen, ist der, daß es für diese Art von Krieg keine Zeugen und keine Berichterstatter gibt.

Die TR ruft ständig nach der Beobachtung des Krieges zwischen den Armeniern und den Asberbeidschanern durch internationale Institutionen, Presse und Menschenrechtsinstitutionen. Wir wollen genauso, daß der schmutzige Krieg, den die türkische Armee und Sicherheitskräfte gegen die Kurden führen, von den oben genannten Institutionen beobachtet wird und daß von Zeit zu Zeit die entsprechenden Institutionen Berichte anfertigen.

Obwohl eine der beiden Kriegsparteien mit Nachdruck für einen Dialog eintritt, geht die türkische Regierung darauf nicht ein. Das Desinteresse der türkischen Regierung an einer Beendigung des Krieges und die Ausweitung ihres schmutzigen Krieges fordert viele Menschenleben auf beiden Seiten. Es ist klar, daß die Hauptverantwortlich für den Tod vieler Menschen und für alle Zerstörungen, die in der Zukunft noch angerichtet werden, diejenige Seite ist, die sich der Forderung nach einer politischen und demokratischen Lösung dieses Problems nicht annähert. In diesem Zusammenhang machen sich auch alle internationalen Organe und Institutionen, die dazu keine Haltung entwickeln, mitschuldig.

Heute führt die türkische Regierung einen sehr massiven Krieg mit den schwersten und tödlichsten Waffen gegen den Kampf der Kurden um Freiheit, Gleichheit und Demokratie. Wir wollen, daß Institutionen wie die Vereinten Nationen, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, das Helsinki Watch Komitee, der Europarat, das Europäische Parlament u.ä. diesen schmutzigen Krieg beobachten.

- Wir wollen, daß die Medien und Menschenrechtsorganisationen diesen schmutzigen Krieg aufmerksam verfolgen.
- Wir rufen die internationalen Gesundheitsorganisationen auf, an diesem Punkt Sensibilität zu entwicklen und die erforderliche Hilfe zu leisten.
- Wir rufen dazu auf, daß konkrete praktische Schritte unternommen werden, damit die oben genannten internationalen Institutionen Beobachter zu den Fragen, ob die internationalen Kriegsregeln und die Genfer Konvention eingehalten werden, schicken.

2. April 1992l

Dr. Ismail Besikci (Soziologe), Dr. Cemsid Bender (Historiker), Abdurrahman Durre (ehemaliger Müftü), Feqi Hüseyin Sagnic (Sprachwissenschaftler), Yasar Kemal (Wirtschaftswissenschaftler und Schriftsteller), Musa Anter (Publizist), Esber Yagmurdereli (Rechtsanwalt), Ibrahim Gürbüz (Chemieingenieur, Vorstand des Mesopotamischen Kulturzentrums), Hatip Dicle (Parlamentsabgeordneter), Leyla Zana (Parlamentsabegeordnete), Faik Bulut (Publizist), Serhat Bucak (Rechtsanwalt), Sirri Sakik (Parlamentsabgeordneter), Ahmet Türk (Parlamentsabgeordneter), Sedat Yurttas (Parlamentsabgeordneter), Naif Günes (Parlamentsabgeordneter), Remzi Kartal (Parlamentsabgeordneter), Ali Yigit (Parlamentsabgeordneter), Muzaffer Demir (Parlamentsabgeordneter), Orhan Dogan (Parlamentsabgeordneter), Selim Sadak (Parlamentsabgeordneter), Mehmet Emin Sever (Parlamentsabegeordneter), Mehmet Gürcegil (Parlamentsabgeordneter), Nizamettin Toguc (Parlamentsabgeordneter), Zübeyir Aydar (Parlamentsabgeordneter, Mahmut Kilic (Parlamentsabgeordneter), Feridun Yazar (HEP-Hauptvorstand), Ahmet Karatas (HEP-Generalsekretär), Kemal Okutan (Stellvertretender HEP-Generalsekretär), Cabbar Leygara (Stellvertretender HEP-Generalsekretär), Felemez Basboga (HEP-Bezirksvorsitzender Istanbul), Hüseyin Turhalli (HEP-Bezirksvorsitzender Diyarbakir), Yavuz Binbay (IHD-Vorsitzender Sektion Van), Murat Dagtekin (HEP-Bezirksvorsitzender Bursa), Hikmet Fidan (HEP-Bezirksvorsitzender Izmir), Sara Akan (Hauptvorstand des Vereins Patriotischer Frauen), Riza Erdogan (Chefredakteur der Zeitschrift Özgür Halk), Ibrahim Incedursun (HEP), Muhsin Melik (Kreisvorsitzender Urfa), Hamit Geylani (Kreisvorsitzender Hakkari), Mesut Uysal (HEP-Kreisvorsitzender Sirnak), Abdullah Keskin (Chefredakteur der Zeitschrift Welat)

Das Volk fordert Verhandlungen mit der PKK, statt Beschwichtigung durch "Güte"-Politik



Foto: Medico

Die Ende Februar von der Regierung nach Kurdistan entsandte 22-köpfige Abgeordnetendelegation, die "die Probleme vor Ort untersuchen" und "die Bevölkerung überzeugen" sollte, stieß überall auf heftige Kritik und eindeutige Warnungen der Bevölkerung. Das Volk forderte von der Abgeordnetendelegation bei ihren Versammlungen, die sie unter freiem Himmel und in Cafes abhielt immer wieder, daß Verhandlungen zwischen der PKK und dem Staat eingeleitet werden müssen und so ein Waffenstillstand erreicht werden soll. Außerdem bekamen die Abgeordenten, die während ihrer ganzen "Reise der Güte" kein einziges Wort über die Kontergeurilla verloren, auch überall zu hören, daß die Bevölkerung in Kurdistan nicht Wasserleitungen, Straßen und Strom sondern Demokratie und Freiheit fordert. Der SHP-Abgeordnete Algan Hacaloglu versprach: *"Ich gebe euch mein Wort, solange das Parlament nicht beseitigt ist, wird kein Terror gegen euch ausgeübt; weder in den Frühjahrsmonaten noch zu irgend einer anderen Zeit."*

Auf der ersten Station ihrer Reise in Diyarbakir trafen die Abgeordneten als erstes mit dem Gouverneur Ibrahim Sahin zusammen. Sie erklärten ihm gegenüber, daß sie hier auf einem "Höflichkeitsbesuch" seien und führten dann im Turistik Hotel von Diyarbakir eine Versammlung mit Vertretern demokratischer Massenorganisationen und politischer Parteien durch.

In der Eröffnungsrede auf dieser Versammlung erklärte Cemal Erhan, Abgeordneter im türkischen Parlament für die kurdische Provinz Ararat, die Delegation sei mit dem Ziel in die Region gekommen "zuzuhören": *"In der Region gibt es ein Problem. Das ist das kurdische Problem. Die Koalitionsregierung hat vom Volk die Legitimation bekommen dieses Problem zu lösen. Das ist eine demokratische und grundlegende Frage."* Erhan erkärte, daß das Problem nur mit der Unterstützung der Bevölkerung gelöst werden kann. Anschließend hatten die Versammlungsteilnehmer das Wort.

Der erste Redner, der SHP-Kreisvorsitzende Dagistan Toprak erklärte, daß während der ersten 100 Tage der neuen Regierung 60 Morde durch unbekannte Täter begangen worden sind, die Regierung aber diesen Entwicklungen nur zuschaue. Toprak erklärte, daß es die 70-jährige Unterdrückungs- und Verleugnungspolitik des Staates sei, die dazu geführt hat, daß es heute so weit gekommen sei. Er fuhr fort, daß die Äußerungen des Gouverneurs: *"Wenn ein Soldat stirbt werden wir 10 neue bringen"*, ein Ausdruck der faschistischen Mentalität sei. Daraufhin riefen die Massen im Saal *"Wenn ein Guerilla stirbt werden wir tausende gebären".* Weiter stellte Toprak in seiner Rede fest, daß überall auf der Welt die kurdische Frage diskutiert werde, nur im Parlament der türkischen Republik nicht.

Der zweite Redner, der HEP-Kreisvorsitzende Hüseyin Turhalli, kritisierte das Regierungsprogramm. Er erklärte, die Koalition hätte das Problem nicht ins Regierungsprogramm aufgenommen, sie nenne es nicht einmal beim Namen. Und auch die angekündigte "Politik der Güte" hätte sie nicht verwirklicht. Turhalli stellte

fest, daß die Region vom Militär regiert wird, und nannte Beispiele dafür, wie bei den Ereignissen der letzten Zeit die zivilen Regierenden abgelöst worden waren. Turhalli stellte weiter fest, daß die Regierung den Morden, die als "Taten von Unbekannten" bezeichnet werden, zusieht, daß das Ausnahmezustandsregime illegal ist und den Kurden die Demokratie verweigert wird. Der HEP-Kreisvorsitzende von Diyarbakir erklärte, daß der Kampf des kurdischen Volkes gegen das Ausnahmezustandsregime und gegen dessen Methoden gerecht ist und daß trotz der Gerüchte von geplanten Massakern in den Frühjahrsmonaten das Newroz-Fest trotzdem gefeiert werden wird.

Anschließend sprach der Vertreter der 7. Region von Türk-Is (Gewerkschaftsdachverband) Fahri Altunkalem die Morde von "unbekannten" Tätern und die Arbeitslosigkeit an und forderte, gegen beides etwas zu unternehmen.

Der im Namen der Gewerkschaft Saglik-Sen (Gesundheitswesen) sprechende Vertreter wies darauf hin, daß nach der Demirel-Reise die Konterguerillaangriffe vor allem gegen Beschäftigte im Gesundheitwesen zugenommen haben, und daß sie nicht einmal die Leichen ihrer ermordeten Kollegen bekommen. Er erklärte, daß die Regierung verpflichtet wäre, die Sicherheit und das Leben der Menschen zu garantieren. Der Gewerkschafter sagte: *"Als Gäste seid Ihr willkommen, als Regierungsvertreter aus dem Parlament seid ihr umsonst gekommen."* Er sei gespannt, wer nach der Abreise der Delegation das nächste Opfer der Konterguerilla werde.

Danach sprachen auf der Versammlung die Anwälte Sabahattin Acar und Nazdar Kahramaner vom IHD, Adnan Akfirat von der Zeitschrift 2000'e Dogru, ein Vertreter der Zeitschrift Newroz, ein Vertreter der Architekten- und Ingenieurskammer, Hatun Turhalli als Vertreter des YKD (Verein patriotischer Frauen), der stellvertretende HEP-Generalsekretär Cabbar Leygara und andere. Sie erkärten alle, daß der Staat dafür verantwortlich zu machen sei, daß in der Region eine Bande unter dem Namen "Hisbollah" gebildet worden sei, die Kurden angreift, und daß in Lice und Kulp ein Massaker am Volk begangen worden sei, was von der Regierung immer noch abgestritten wird. Genauso sei die Regierung für die vielen Opfer der Lawinenkatastrophe verantwortlich.

Die Redner brachten immer wieder zum Ausdruck, daß das Problem nur gelöst werden kann, wenn die beiden Seiten zu Verhandlungen kommen. In diesem Zusammenhang sagte der örtliche Vorsitzende der Gewerkschaft Belediye Is (Städtische Arbeiter) Vezir Perisan: *"Wenn der Staat mit Barzani verhandelt, muß er auch mit den Kurden von hier verhandeln."* Perisan betonte, daß das kurdische Volk seine Hand der Freundschaft ausstreckt, und daß es nicht wieder rückgängig zu machende Folgen haben wird, wenn diese Hand der Freundschaft zurückgewiesen wird.

Der örtliche Vorsitzende der Gewerkschaft Yol Is (Straßenbau) Musa Celik sagte das gleiche und anschließend erklärte der Ingenieur Selim Selki, der selbst von einem Konterguerillaangriff betroffen war, daß sie ein natürliches Recht auf Selbstverteidigung hätten. Die Abgeordneten verließen dann den Versammlungssaal, um verteilt auf die ganze Region weiterzureisen.

Das Volk in Idil hatte sich nicht darauf vorbereitet, den Abgeordenten, die am 4. März kamen, zuzuhören, sondern ganz im Gegenteil. Es wollte sie nicht zu Wort kommen lassen. Alle Läden wurden geschlossen und die Bevölkerung aus dem ganzen Bezirk versammelte sich an der Straße nach Midyat, um die Delegation der Regierungskoalition in Empfang zu nehmen. Die Delegation der Regierungsvertreter, bestand aus den DYP-Abgeordneten Kazim Dinc, Fevzi Talcin, Adnan Özüberk, Tevfik Diker, Ibrahim Dedelde und Ahmet Selim Özbek und den SHP-Abgeordneten Algan Hacaloglu, Selim Sadak, Mehmet Kerimoglu, Sedat Yurttas, Ali Yigit und Halil Cuhaoglu. Sie traf gegen 11.00 Uhr in dem mit Panzern auf allen Straßen und Gassen besetzten Idil ein.

Als die Abgeordneten auf der Straße nach Idil aus ihren Wagen stiegen, riefen die etwa 10.000 dort versammelten Menschen Parolen wie *"Es lebe die PKK!", "Es lebe der Vorsitzende APO"!, "Schlag zu Guerilla, gründe Kurdistan"!* Außerdem buhte die Bevölkerung und forderte die Abgeordneten auf, zu verschwinden. Manche traten nach vorne und riefen: *"Warum seid Ihr nach Kurdistan gekommen? Der Staat hat alle seine Vorbereitungen für ein Massaker abgeschlossen. Ist Euch das jetzt erst eingefallen nach Kurdistan zu kommen? Der Staat bombardiert unsere Berge. Er bombardiert die PKK. Wenn kein Waffenstillstand proklamiert wird, werden wir uns selbst verteidigen, wir alle ohne jeden Unterschied ob Mann, Frau oder Kind".*

Manche Abgeordnete, die versuchten, die Masse mit Worten wie *"Wir kennen Eure ganzen Probleme. Wir werden diese Probleme auf friedlichem Weg und mit demokratischen Mitteln lösen. Niemand soll daran zweifeln."* zu beruhigen, wurden von den Parolen und den Rufen der Frauen zum Schweigen gebracht. Die Bevölkerung wollte zu einer Demonstration aufbrechen. Der Delegationsvorsitzende Algan Hacaloglu verhandelte mit den Verantwortlichen, woraufhin sich die Panzer zurückzogen. Die Masse marschierte dann zum Newroz-Platz.

"Unsere Augen und Ohren sind auf die Bekaa-Ebene und auf Ankara gerichtet."

Die gleiche Delegation traf gegen 14.00 Uhr dann in Cizre ein. Dort führte sie in einem Cafe eine Versammlung durch, zu der eine große Masse kam, darunter auch Vertreter des IHD. Der Abgeordnete von Istanbul, Algan Hacaloglu, erklärte, daß sie seit drei Tagen in der Region umherreisen, die Sorgen der Bevölkerung gehört haben und diese Probleme in Form eines Berichtes dem Ministerpräsidenten und der Regierung vorlegen werden, und daß sie glauben, daß die Lösung in der Hand des Parlaments liege. Dann hatte die Masse das Wort.

Als erstes erklärte der HEP-Kreisvorsitzende von Cizre, Hasan Baykara, daß die Probleme allen bekannt sind und daß sie wollen, daß kein Blut vergossen wird. *"Der Waffenstillstand muß schnellstmöglich erreicht werden. Es ist auch klar, wer dafür der Ansprechpartner ist. Unsere Augen und Ohren sind auf die Bekaa-Ebene und auf Ankara gerichtet. Das Problem ist nur so zu lösen."* Baykara sagte, daß die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte und nach dem Stop der Ermordungen durch "unbekannte" Täter schon als ein Verbrechen gilt. Er fuhr fort:

"Wenn keine Lösung zustande kommt, sind wir darauf vorbereitet, uns selbst zu schützen. Dann wissen wir ganz genau, wie das zu lösen ist. Sie wollen eine Feindschaft zwischen den Türken und den Kurden anstacheln. Doch wir sind ganz eng miteinander verwachsen. Das werden wir nicht zulassen. Wenn wir sehen, daß Sie Herren Abgeordnete einen Schritt dorthin unternehmt, werden wir fünf Schritte dage-

gen unternehmen."
Baykara beendete seine Rede mit der Feststellung, daß sie alle gegen einen einseitigen Waffenstillstand seien, daß ein Waffenstillstand von beiden Parteien in Verhandlungen vereinbart werden müsse und dann das Problem selber lösen werde.
Anschließend sagte ein im Namen der Handwerker sprechender Vertreter: *"Wir wollen von euch keine Straßen, Wasserleitungen und Stromversorgung. Zuerst einmal wollen wir Freiheit und ein menschenwürdiges Leben. Wenn Sie wirklich unsere Probleme lösen wollen, dann sorgen Sie zuerst für einen gegenseitigen Waffenstillstand. Schauen Sie, jede Familie aus Cizre hat bestimmt ein Familienmitglied bei der Guerilla. Die PKK ist nicht vom Himmel gefallen. Die PKK besteht aus meinem Bruder und aus den Onkeln und Schwestern der anderen Leute aus Cizre. Kurzum, die PKK, das sind wir. Können wir denn zusehen, wie die Waffen gegen unsere Familienmitglieder gerichtet werden? Als Resultat kann ich ganz offen erklären, wenn nicht in kürzester Zeit eine politische Lösung in die Wege geleitet wird, dann wird der Platz von uns allen der im Kampf sein."*
Der IHD-Vertreter von Cizre, RA Ali Dincer, sagte in seiner ausführlichen Rede, daß immer, wenn irgendwo in Cizre Schüsse zu hören sind, die Staatskräfte mit einem Kugelhagel auf die Wohnhäuser Vergeltung üben. In Cizre gibt es kein einziges Haus, an dem keine Spuren der Kugeln von Polizei und Militär zu finden sind, das ist auch offiziell festgestellt. Troztdem werden alle Anzeigen der Bevölkerung bei der Polizei nicht weiter verfolgt. Auch für die Morde, die als Morde mit "unbekanntem" Täter bezeichnet werden, ist noch kein einziger Verantwortlicher verhaftet worden. Die Sicherheit und das Leben der Bevölkerung des Kreises sind durch die offiziellen Verantwortlichen und die Konterguerilla bedroht. Das ist allen internationalen Institutionen und der ganzen Weltöffentlichkeit bekannt, jedoch noch nicht richtig in Ankara angekommen.
Weiter sagte Ali Dincer: *"Die ganze Umgebung von Cizre ist in ein einziges Militärlager verwandelt worden. Demirel sagt, im Frühjahr fänden keine Manöver statt. Gut, für was sind dann diese ganzen Militärlager, Waffendepots und Stellungen da? Alle Offiziere und Polizisten haben innerhalb der letzten Monate ihre Familienangehörigen aus Cizre weggeschickt. Was schließen Sie denn daraus? All das läßt nur einen Schluß zu: daß der Staat ein Massaker vorbereitet. Aber wir haben unsere Familien nicht weggeschickt und werden sie auch nicht wegschicken. Wir sind hier und bleiben hier, und wenn wir sterben, dann sterben wir alle zusammen."*
Besir Ant sprach im Namen der Handwerker und Kunsthandwerker davon, daß alle nur die "Freiheit" wollen. Genauso wie heute in der Türkei jeder Mensch sagen kann, daß er Türke ist, so wollen alle hier auch sagen können, daß sie Kurden sind. Er erklärte, daß er es nicht verstehen kann, daß die gesamte Öffentlichkeit auf die 40.000 in Bulgarien lebenden Türken sieht, aber angesichts der Massaker an den Kurden schweigt.
"Sie sagen, die PKK sei terroristisch. Sie haben uns aber keine andere Wahl gelassen. Sie haben uns gefoltert und massakriert. Unser Name ist PKK geworden. Wenn Ihr immer noch glaubt, daß man uns durch Ermorden vernichten kann, dann täuscht ihr Euch. Erst, wenn Ihr darauf verzichtet, uns vernichten zu wollen, werdet Ihr sehen, daß weder in Kurdistan noch in der Türkei einem Menschen auch nur ein Haar gekrümmt wird. Wenn die Sicherheitskräfte der TR aufhören, das unschuldige Volk zu ermorden, dann wird auch ihnen kein Haar mehr gekrümmt werden." Er wies darauf hin, daß im Parlament den kurdischen Abgeordneten nicht einmal zugehört wird, und schloß mit den Worten *"Wenn das im Parlament nicht diskutiert wird, sondern nur auf der Straße, was hat das dann wohl zu bedeuten?".*
Nach dieser Versammlung im Cafe führten die Abgeordneten eine weitere öffentliche Versammlung im Freien auf dem Weizenmarkt durch. Auch dort hörten sie von mehreren Rednern aus den Massen die Forderungen nach Verhandlungen um einen beiderseitigen Waffenstillstand, Stopp der Morde mit "unbekannten" Tätern, Öffnung der Grenzstation Habur, Aufhebung des Ausnahmezustands, Abschaffung des Dorfschützersystems. In seiner Abschiedsrede in Cizre versprach Algan Hacaloglu, *"Ich gebe Euch mein Wort, solange das Parlament nicht zerschlagen ist, wird kein Terror ausgeübt werden! Weder in den Frühjahrsmonaten noch zu sonst einer Zeit!"*, und forderte von der Bevölkerung weiteres Vertrauen in die Koalitionsregierung.
Nach einem Besuch beim Präfekten und beim Stadtoberhaupt Hasim Hasim verließen die Abgeordneten Cizre.

"Den Kurden müssen Nationale Rechte zuerkannt werden"

Die andere Abgeordentendelegation, bestehend aus M. Salim Ensarioglu, Mustafa Zeydan, Adnan Turkarli, Muhtar Mehranoglu, M.Emin Sever, Veli Aksoy, Nizamettin Toguc, Coskun Gökalp und Sabri Gülerden war von Diyarbakir aus nach Bismil gefahren.
Die Parlamentarierdelegation, die gegen 11.00 Uhr Bismil erreichte, wurde von einer großen Masse empfangen und mit einem Hagel von Fragen und Kritik überschüttet. Die Versammlung, die in einem Cafe begann, verlagerte sich dann wegen der großen Masse auf die Straße.
Die Redner aus den Massen, der Bruder des von der Konterguerilla im Sommer ermordeten Vedat Aydin, Veysel Aydin, der HEP-Bezirksvoritzende von Bismil, Mümtaz Cercel und der Chefredakteur der Zeitung "Welat", Ali Simsek, brachten zum Ausdruck, daß die kurdische Frage nicht durch Krieg gelöst werden kann, die Bevölkerung für eine friedliche Lösung ist und deshalb Verhandlungen für einen beiderseitigen Waffenstillstand will. Daß es keine Leichen unter Brücken, keine auf der Straße erschossenen Menschen mehr finden will, und daß, wenn das so weitergeht, sein legitimes Recht auf Selbstverteidigung ausüben wird und schließlich, daß die Kurden eine Nation sind und die Anerkennung aller nationalen Rechte fordern.
Die Redner, die erklärten, daß das Leid, das die Kurden heute durchmachen, eine Schande für die Menschheit ist, wiesen darauf hin, daß der Ausnahmezustand und das Dorfschützersystem sofort aufgehoben werden müssen. Der Abgeordnete M. Salkim Ensariloglu wurde mit der Frage konfrontiert, warum er nicht die Liste für die Abschaffung des Ausnahmezustands unterschrieben hat, auf der 49 Abgeordnete des türkischen Parlaments stehen. Endarioglu antwortete darauf, daß er auch für die Abschaffung des Ausnahmezustands sei und aufgrund eines organisatorischen Fehlers nicht zu den Unterzeichnern gehört. Nach der kurzen Rede von Veli Aksoy besuchte die Delegation noch den Bürgermeister und den Präfekten und verließ dann Bismil.

Die PKK ist eine Kriegspartei und muß auf internationaler Ebene als solche offiziell anerkannt werden

Ralf D. H. Ferting, Mitglied des Vorstandsgremiums der Internationalen Organisation zur Bildungsförderung und Kämpfer für die Zivilisation und Patricia Krommer, Mitglied im Generalvorstand der Vorbereitung von Gesetzesentwürfen im Zusammenhang mit den Menschenrechten, C.S.J, schrieben in ihrem Bericht, der in der Kommission zum Schutz von Minderheiten und Schutz vor Diskriminierung, einer Unterkommission der Menschenrechtskommision der UN, eingebracht worden ist: *"In Anbetracht der recherchierten Fakten ist es so, daß auf dem Territorium der Türkei eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den türkischen Streitkräften und gegnerischen Steitkräften, die von einer verantwortlichen Zentrale aus geleitet werden (kurdische Streitkräfte) geführt wird. Die gegnerischen Streitkräfte besitzen ein Territorium, das unter ihrer Kontrolle steht, in dem sie Soldaten stationieren und von wo aus sie militärische Operationen durchführen können und sind in der Lage, die Gesetze des zweiten Protokolls zu erfüllen. Aus diesem Grund sind hier die Genfer Konvention und die Zusatzprotokolle gültig und anwendbar."*

Die Frage der Anerkennung der PKK als eine Kriegspartei in dem Krieg zwischen ihr und der TR auf der Basis des Genfer Abkommens steht auf der Tagesordunung. In diesem am 12. August 1949 in Genf unterzeichneten Abkommen wird der Status als Kriegspartei folgendermaßen definiert: *"Artikel 4, 2.: Mitglieder anderer Milizen und Freiwilligenkorps, einschließlich solcher von organisierten Widerstandsbewegungen, die zu einer am Konflikt beteiligten Partei gehören und außerhalb oder innerhalb ihres eigenen Gebietes, auch wenn dasselbe besetzt ist, tätig sind, sofern diese Milizen oder Freiwilligenkorps einschließlich der organisierten Widerstandsbewegungen*

a) *eine für ihre Untergebenen verantwortliche Person an ihrer Spitze haben;*

b) *ein bleibendes und von weitem erkennbares Unterscheidungszeichen führen;*

c) *die Waffen offen tragen;*

d) bei ihren Kampfhandlungen die Gesetze und Gebräuche des Krieges einhalten."

Johan Malcorp, Politischer Sekretär der Grünen Partei Belgiens sagt, *"Was die PLO für das palästistinensische Volk ist, das ist die PKK für Kurdistan. Die PKK ist derzeit die einizige Organisation, die nicht nur den in der Türkei gelegenen Teil, sondern alle Teile Kurdistans vertritt. Sie ist heute der einzige Ansprechpartner für uns."* Ralph D. H. Ferting erklärte: *"Die Regierung der TR hat in einer Erklärung an das Europäische Parlament mitgeteilt, daß sie entsprechend des § 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention wegen Bedrohung ihrer territorialen Einheit die Menschenrechte in der Region aufgehoben hat. Europa hat auf diese Mitteilung der Türkei nicht reagiert. Wir sind aufgrund der Beschwerden der Vertreter der kurdischen Gesellschaft, die erklärten, daß es sich um einen Nationalen Befreiungskampf handelt, und deshalb die Maßnahmen und Regeln, die für bewaffnete Kriegshandlungen gelten, zur Anwendung kommen müssen, in die Türkei gereist, um die Lage vor Ort zu untersuchen. Wir haben dabei folgendes festgestellt: Der Südosten* (A.d.R.: von der TR besetzter Teil Kurdistans) *besitzt große Wasserreservoirs von Bedeutung für den ganzen Mittleren Osten sowie Erdöl, Eisenerze, Chrom und verschiedene andere Bodenschätze. Aufgrund der strategischen Lage sowie des Interesses am Erdöl wollen die Staaten, die die Weltpolitik beherrschen, dieses Gebiet nicht aus ihrer Kontrolle verlieren. Das kurdische Territorium ist für die Kräfte, die in der geopolitischen Auseinandersetzung bestehen wollen, von unverzichtbarem Wert."*

Die Genfer Protokolle

Als Resultat der Diplomatischen Kon ferenz, die sich zwischen 1974 und 1977 vier Mal versammelt hat, wurden neue Vorkehrungen und Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Schaden infolge bewaffneter Kämpfe beschlossen. Die internationalen Menschenrechtsvereinbarungen wurden überabeitet und erweitert, und die von der Konferenz erarbeiteten Vorschriften zur Unterzeichnung gegeben. Die an der Konferenz beteiligten Staaten haben sie am 10.6.1977 unterschrieben. Das damit anerkannte zweite Zusatzprotokoll erlangte somit Rechtskraft als Ergänzung zur Genfer Konvention. Das erste Protokoll befaßt sich mit dem Schutz der Zivilisten vor Schaden bei internationalen bewaffneten Auseinandersetzungen. Das zweite Protokoll ist eine Ergänzung zur Genfer Konvention und zum ersten Protokoll. Im § 1 heißt es, daß die Genfer Konvention mit dem ersten Zusatzprotokoll für alle bewaffneten Auseinandersetzungen Gültigkeit hat. Die Länder, die dieses Protokoll unterzeichnet haben, erkennen damit an, daß auch bei bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb ihres Territoriums mit bewaffneten Oppositionskräften oder anderen, von einer verantwortlichen Zentrale aus gelenkten bewaffneten Kräften, die die Kontrolle über ein bestimmtes Territorium haben und in der Lage sind, von dort aus militärische Operationen durchzuführen, und die Vorschriften des Protokolls erfüllen, das Protokoll Gültigkeit hat.

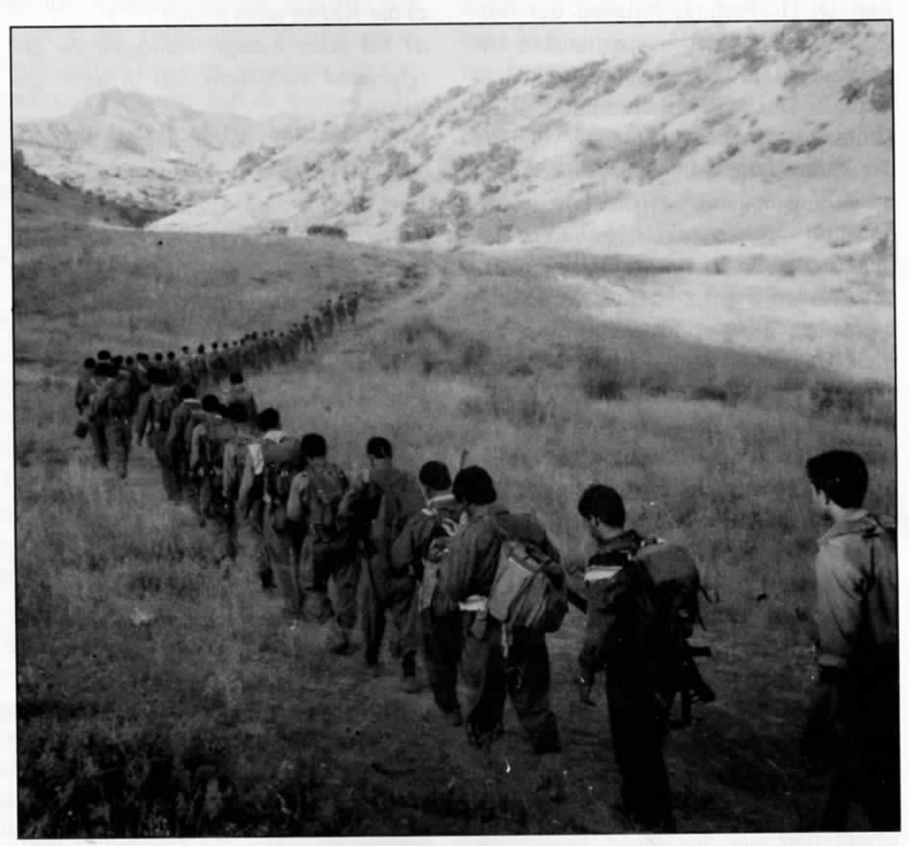
Hören wir Ralph D. H. Ferting und Patricia Krommer dazu: *"Um all diese Fragen beantworten zu können, muß a) bei einer solchen Untersuchung als wichtigstes Thema die Frage entschieden werden, ob sich die türkischen Streitkräfte mit bewaffneten Kräften oder einer anderen bewaffneten Organisation oder Gruppe sich in einer bewaffneten Auseinandersetzung befinden oder nicht, und b) wenn das Vorhandensein einer solchen Situation festgestellt wird, muß als zweiter wichtiger Punkt eine Analyse über den Zustand der bewaffneten Oppositionskräfte oder andere organisierte Kräfte angestellt werden.*

a) Haben diese bewaffneten Kräfte oder Gruppen eine verantwortliche Zentrale, von der sie gelenkt werden?

b) Haben diese bewaffneten Kräfte innerhalb des Territoriums der Türkei ein Gebiet, das unter ihrer Kontrolle steht, und von dem aus sie militärische Operationen durchführen können?
c) Haben sie eine Organisierung, die den Anforderungen des zweiten Protokolls gerecht werden kann?
d) Wenn diese Bedingungen wie bei internationalen bewaffneten Auseinandersetzungen erfüllt sind, sind in der Türkei die Rechte, die in der Genfer Konvention und in den Zusatzprotokollen festgeschrieben sind, aufgehoben worden? Um diese Fragen beantworten zu können, sind wir in die Türkei gereist und haben dort mit verschiedenen Personen, Institutionen und Abgeordneten Gespräche geführt."

Ist die PKK eine Kriegspartei?

Die Antwort auf diese Fragen geben Ralph D. H. Ferting und Patricia Krommer: *"Besteht zwischen den türkischen Streitkräften und den oppositionellen bewaffneten Kräften eine bewaffnete Auseinandersetzung? Am 12. September 1980 wurde in allen Provinzen der Türkei der Ausnahmezustand ausgerufen. Nach den Wahlen von 1983 wurde der Ausnahmezustand mit Ausnahme der südostanatolischen Provinzen in allen anderen Provinzen im Mai 1984 aufgehoben. Der Ausnahmezustand blieb im Südosten bis 1987 in Kraft. Im Juli 1987 wurde für acht Provinzen ein Regionalgouverneur eingesetzt. Mit der Ernennung von Sirnak und Batman zu Provinzen wurden es dann zehn Provinzen, für die der Regionalgouverneur zuständig ist. Die türkische Regierung leugnet historisch die Existenz des kurdischen Volkes. Den Kindern dürfen keine kurdischen Namen gegeben werden. Der Spezialgouverneur kann die Streitkräfte in die Region rufen, wann immer er will, und sie unterstehen mit allem Kriegsgerät seinem Befehl. Dem Militärpersonal, das in der Region Dienst tut, wird das doppelte bezahlt. Neuzugelassene Ärzte werden vom Staat zwangsverpflichtet, ein Jahr dem Staat zu dienen. Dies alles ist ein Beweis dafür, daß die Regierung einen dem Kriegszustand ähnlichen Zustand der Region anerkannt hat. Der ANAP-Abgeordnete Nuri Yilmaz hat zugestanden, daß in der Region ein Guerillakrieg stattfindet. Der SHP-Abgeordnete Orhan Veli Yildirim hat erklärt, daß auf einem Bezirk von 25.000 Einwohnern sieben Polizisten fallen. Ragip Duran, Reporter der Nachrichtenagentur AFP (Agence France Press) in Istanbul, erklärte, daß er, wohin er auch gehe, ständig von zwei oder drei Polizisten verfolgt wird. Er erzählte uns, daß die PKK sich so verhält, daß Journalisten keinen Schaden erleiden. Die jetzt den bewaffneten Kampf führende*



PKK, die als kleine Gruppe gegründet und als illegale Organisation proklamiert worden ist, hat ihren Kampf seit dem 15. August 1984 bis heute in jeden Winkel Ostanatoliens hin ausgeweitet. Die PKK hat das Volk in 20 Kreisen des Südostens, in tausenden Dörfern und Kreisstädten organisiert. Das organisierte Volk unterstützt die Soldaten der Volksbefreiungsarmee Kurdistans ARGK. Die ARGK kämpft mit Artillerie und Guerillaaktionen in den Dörfern, auf den Bergstraßen und gegen Stellungen, die unter der Kontrolle der Regierung stehen, gegen die türkische Armee. Die kurdischen Soldaten werden in Camps in den Bergen der Bekaa-Ebene augebildet und haben dort ihre Nachrichtenverbindungen und ihren Nachschub. Außerdem ist es der PKK unter Mithilfe der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK gelungen, die Unterstützung des einfachen Volkes zu gewinnen.
Die belgische Parlamentarierin Frau Nelly Maes erklärte: "Die PKK erzwingt durch den militärischen Weg den politischen Weg, das ist richtig. Das gleiche zeigt sich in El Salvador. Natürlich kann eine Bewegung, egal wie Recht sie hat, nichts tun, wenn sie nicht stark ist. Die PKK macht das jedoch, durch militärische Gewalt öffnet sie den politischen Weg."
Ein Dozent der juristischen Fakultät von Wien sagt: *"Unabhängigkeitsbewegungen, die gegen die Herrschaft eines anderen Staates stehen und gegen diese Herrschaft Widerstand leisten, um ein Ende dieser Herrschaft herbeizuführen, fallen a) unter die Definition des 2. Protokolls, und die PKK fällt damit unter diese Definition. b) Die Guerillabewegung muß eine gewisse militärische Hierarchie und erkennbare Militäruniformen besitzen. Obwohl zum Beispiel in El Salvador in ziviler Kleidung gekämpft wurde, ist diesen Kämpfern der Status zuerkannt worden."*
Ein Diplomat erklärte: *"Nach ihren Erklärungen bietet die PKK dem türkischen Staat ständig die gegenseitige Einhaltung der Kriegsregeln an. Die durch die PKK gefangengenommenen Soldaten werden von ihr entsprechend des Zusatzprotokolls der Genfer Konvention behandelt. Die PKK, die einen Austausch der Kriegsgefangenen durch internationale Institutionen durchführen will, würde den Austausch*

unter den Bedingungen des internationalen Roten Kreuzes akzeptieren."

Ralph D. H. Ferting und Patricia Krommer: *"Die türkische Regierung übt Druck auf die Presse aus, damit sie nicht über den Krieg in Kurdistan berichtet. Die Reporter werden bedroht. Der ehemalige türkische Korpsgeneral Ismail Selen sagte, daß die kurdische Frage nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden kann, und trat zurück. Die türkischen Militärkräfte haben eine große Zahl von Dörfern entvölkert. Im Bericht des IHD (Menschenrechtsverein) wird nachgewiesen, daß die türkischen Soldaten in einem einzigen Dorf 28 Menschen getötet und am 31. Januar 1990 in einem kurdischen Flüchtlingslager 5.000 Menschen vergiftet haben. Hown Jaben, ein ehrenamtlich für das Rote Kreuz tätiger Amerikaner, erklärte, daß die PKK-Sympatisanten verhaftet und getötet werden, und daß die türkischen Soldaten in den Flüchtlingslagern und in Krankenhäusern Kurden mißhandeln. Er sagte auch, daß am 24. November 1989 türkische Soldaten im zu Yüksekova gehörendem Doirf Sote kurdische Bauern getötet haben. Dorfbewohner haben erzählt, daß das türkische Soldaten getan haben, die sich mit PKK-Uniformen verkleidet haben."*

Ralph D. H. Ferting und Patricia Krommer erklären zu der Frage, ob die PKK eine Kriegspartei ist, folgendes:

"1. Was ist die Identität der bewaffneten Oppositionskräfte, die sich im bewaffneten Konflikt mit den türkischen Streitkräften befinden?

2. Werden die bewaffneten Kräfte der PKK von einer verantwortlichen und entscheidungsbefugten Zentrale aus geleitet? Es gibt eine Kommandozentrale. Der militärische Flügel der PKK, die ARGK, wird von Abdullah Öcalan kommandiert. Abdullah Öcalan ist sowohl der Oberkommandierende des militärischen Flügels als auch der Führer des kurdischen Aufstandes. Er bildet in der Bekaa-Ebene Kämpfer aus. Der Kampf wurde 1984 begonnen. Die ARGK besitzt also ein Kommandosystem und eine Kommandozentrale. Die ARGK hat fünf regionale Kommandanturen, die in geographische Gebiete aufgeteilt und mit der Generalkommandatur verbunden sind: die Kommandanturen von Mardin, Siirt, Batman, Muradiye und Garzan. Entsprechend der von der zentralen Kommandantur gesteckten allgemeinen politischen Linie organisiert sich jede Kommandantur entsprechend der Bedingungen in ihrer eigenen Region. Jede Einheit wird von einem Kommandanten geleitet und besteht aus 600 bis 2.000 bewaffneten Kämpfern gebildet. Jede Einheit ist in 20 oder noch mehr kleinere Einheiten untergliedert. Diese sehr disziplinierten Soldaten haben Ränge. Sie haben Militäruniformen und Rangabzeichen. Sie engagieren sich stark in ihrem Kampf, mit all ihrer Wut, der ganzen Geschichte und unter Beteiligung der Frauen in den Reihen der Kämpfer. Fotos ihrer uniformierten Soldaten wurden in einer von der türkischen Regierung verbotenen und konfiszierten Ausgabe der Zeitschrift 2000'e Dogru veröffentlicht. Wir haben ein Exemplar dieser Zeitschrift, die wir in der Türkei bekommen konnten, als Anlage diesem Bericht beigefügt.

3. Hat die PKK ein Gebiet unter ihrer Kontrolle, wo sie ihre militärischen Kräfte stationieren kann und von dem aus sie militärische Operationen durchführen können? Alle mit denen wir gesprochen haben (einschließlich den beiden Parlamentsabgeordneten) sind der Meinung, daß der Südosten tagsüber unter türkischer und in der Nacht unter kurdischer Kontrolle ist. Die türkischen Streitkräfte haben ihren Soldaten verboten nachts von umliegenden Dörfern und Kreisstädten zurückzukommen. Es wird ihnen gesagt, daß für ihre Sicherheit nicht garantiert werden kann. Im Dunkeln verlassen sie ihre Stellungen nicht. Ein Teil der ARGK-Mitglieder lebt in den Miltärcamps in den Bergen des Südostens. Wir sprachen mit dem Reporter Ragip Duran, der diese Camps besucht hat. Frau H. sagte uns in ihrer Eigenschaft als Augenzeugin, daß in Botan und den Cudi-Bergen, den Gebieten, in die die türkischen Soldaten nicht hinein können, solche Camps existieren. Auch dieser Punkt entspricht den vom Zusatzprotokoll der Genfer Konvention geforderten Bedingungen.

4. Besitzt die PKK die Kontrolle in der Weise, daß sie in der Lage ist die Einhaltung der Bestimmungen des Zusatzprotokolls gewähren zu können? Es gibt eine Reihe von Zusammenschlüssen, die die ARGK unterstützen; Abteilungen für Presse, Nachrichtenverbindung, Propaganda, Verbindungen zum Volk, Zivilisteneinheiten, die Logistik, Kleidung, Nahrungsmittel und Unterkünfte organisieren. Es gibt Dorfkomitees. Die PKK organisiert Ausbilder für pysische und politische Erziehung auf der Basis der kurdischen Kultur gegen den Kemalismus. Sie versucht die kurdische Identität zu stärken, die durch die kemalistische Erziehung des Kolonialismus zerstört wurde. Eine Abteilung der ARGK macht Öffentlichkeitsarbeit, sie sammelt Nachrichten über die Aktionen und schreibt Presseerklärungen."

Der Dozent der Juristischen Fakultät von Wien sagt: *"Die andere Seite muß dem Austausch von Kriegsgefangenen zustimmen. Ansonsten kann das Rote Kreuz die Kriegsgefangenen in andere Länder bringen. Zum Beispiel als Afganistan und die Sowjetunion nicht mit einem Austausch von Kriegsgefangen einverstanden waren, wurden sie an die Schweiz übergeben. Das ist auch für die PKK gültig."*

Frau Nelly Maes erklärt: *"Das kurdische Volk hat in seiner ganzen Geschichte eine Tragödie erlebt. Heute kämpft es um seine Identität, um die Menschlichkeit zu gewinnen. Wir sollten es in diesem Kampf unterstützen."*

Johan Malcorps: *"Die Identität des kurdischen Volkes muß anerkannt werden. Die beste Lösung ist natürlich die Unabhängigkeit".*

Ralph Ferting und Patricia Kommer: *"Die PKK hat die Unterstüzung des Volkes gewonnen. Trotz aller Repression haben wir Belege dafür gefunden, daß die PKK eine breite Basis besitzt. Wir haben gesehen wie breit vor allem die von der PKK organisierten Aktionen getragen wurden. Durch diese massive Unterstützung durch das Volk und die vorhandene Organisationsdisziplin ist die PKK ohne jeden Zweifel in der Lage, die Bedinungen des 2. Zusatzprotokolls zu erfüllen. Das Befehlssystem der PKK ist als Kettensystem organisiert, in dem die bewaffneten Kräfte, die ARGK sowie die Volksfront, die ERNK, einen Platz einnehmen. Es werden mit den Militanten gemeinsame Demonstrationen, Hungerstreiks, Protestaktionen organisiert, an denen Bauern und Intellektuelle teilnehmen. In einigen Dörfern und Kreisstädten beteiligen sich die Ladenbesitzer trotz aller türkischen Repression an den Ladenschließungsaktionen. In den Basisgebieten der PKK hat der Befreiungskampf sich auch auf den Großgrundbesitzer-Bauern Unterschied ausgewirkt und eine Reihe von Landbesitzern beteiligen sich am Befreiungskampf. Die PKK versucht, diese alten Differenzen aufzuheben. Zum Beispiel hat eine Familie, die sich am Kampf der PKK beteiligt 15 Familienmitglieder verloren. Trotz der Repression der türkischen Regierung sind in Cizre am 21. März 1991*

20.000 Menschen marschiert, in Lice 20.000 Menschen auf die Straße gegangen, in Kerboran 10.000, in Idil, Nusaybin auch tausende. Sie trugen das Bild APOs. Nach einer Meldung des BBC Weltnachrichtenservice haben 15.000 Menschen, die Poster von APO trugen, eine Demonstration gemacht. Der Ankara-Chefredakteur der Zeitung "Ülke" Ali Manaz hat geschrieben, daß 10 bis 11-jährige Schulkinder, die eine Demonstration anläßlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz gemacht haben, deren Foto er auch veröffentlicht hat, von Spezialteams und Sicherheitskräften auseinandergeprügelt worden sind. Nach Manaz's Informationen weigern sich einige Lastwagenfahrer türkische Soldaten oder Waren zu transportieren und eine türkische Fahne aufzuhängen. Die PKK besitzt den Charakter einer breiten Volksbewegung. Alle, mit denen wir gesprochen haben, erklärten, daß die PKK die Unterstützung breiter Volksmassen hinter sich hat. Die PKK hat eigene Organisationen für die Frauen, Studenten, Intellekuelle, Bauern und Arbeiter. Ein Anwalt mit dem wir in Diyarbakir gesprochen haben, sagte uns, daß gefangengenommene ARGK-Guerilleros (Soldaten), die Uniformen und Rangabzeichen tragen, vor Gericht gestellt werden. Diese Soldaten werden aber nicht als kämpfende Soldaten sondern von den Staatssicherheitsgerichten als Terroristen verurteilt. Der Anwalt erklärte, daß er selbst zwei Mal verhaftet worden ist, weil er die Verteidigung in solchen Verfahren übernommen hatte. Ein anderer Anwalt, der die Verteidigung von bei Gefechten gefangengenommenen PKK-Soldaten übernommen hat, Hasan Hüseyin Reyhanli, hat vor Gericht gesagt, daß einer der Gefangenen Soldat ist, und deshalb das Zusatzprotokoll der Genfer Konvention zur Anwendung kommen müsse. Dies wurde vom Gericht mit der Begründung zurückgewiesen, daß eine Kriegserklärung durch das türkische Parlament erforderlich sei und der Beschluß gefaßt, daß die Genfer Konvention nicht angewendet wird. Serhat Bucak, Herausgeber der Zeitung "Ülke" und Rechtsanwalt, sagte, daß ein nicht-uniformierter gefangengenommener Soldat vom Staatssicherheitsgericht Malatya zum Tode verurteilt worden ist. Trotzdem er in seiner Verteidigung anführte, daß der angeklagte Soldat ein Kriegsgefangener ist und deshalb dieses Gericht nicht das Recht hat, ihn zu verurteilen, wurde diese Forderung vom Gericht zurückgewiesen. Obwohl Bucak vorbringt, daß in all diesen Verfahren die Genfer Konvention zur Anwendung kommen muß, teilen die Gerichte diese Ansicht nicht.

Die PKK betont: Damit die kriegsgefangenen Soldaten zu ihren Familien zurückgehen können ist die Beteiligung internationaler Institutionen erforderlich. Sonst können die Soldaten nicht dem Staat übergeben werden. Der Grund dafür ist, daß, als wir früher kriegsgefangene Soldaten freigelassen haben, sie dann vom Staat ermordet worden sind" und daß der türkische Staat den Krieg entsprechend der internationalen Normen führen muß.

Für den Krieg zwischen der PKK und dem türkischen Staat müssen die Normen der Genfer Konvention angewandt werden!

Alle Politiker und Juristen mit denen wir gesprochen haben, haben erklärt: *"Für diesen Krieg müssen die Regeln der Genfer Konvention zur Anwendung kommen."* Der sehr umfangreiche Bericht der internationalen Institution zur Förderung der Bildung (Internationale Educational Developing and its Humanitarians Law Project) und die ihr angegliederte Unterkommission Minderheitenschutz und Schutz vor Diskriminierung wurde der Unterkommssion für Menschenrechte der UN vorgelegt. Ralph Ferting und Patricia Kommer bringen ihre Eindrücke in ihrem Bericht über ihre Beobachtungen und Schlüsse der Türkeireise so zum Ausdruck: *"In Anbetracht der von uns recherchierten Fakten, ist die Lage so, daß auf dem Territorium der Türkei ein bewaffneter Krieg zwischen der türkischen Armee und bewaffneten kurdischen Kräften geführt wird, die von einer verantwortlichen Zentrale aus geleitet werden. Die oppositionellen bewaffneten Kräfte besitzen ein Gebiet, das sie kontrollieren, von dem aus sie in der Lage sind, Soldaten zu stationieren, militärische Operationen durchzuführen und die Regeln des 2. Zusatzprotokolls der Genfer Konvention einhalten. Aus diesem Grund sind für diesen bewaffneten Konflikt die Genfer Konvention mit ihren Zusatzprotokollen gültig. Ergänzend haben wir auch weitere Dokumente zu den (garantierten) Menschenrechten entsprechend der Genfer Konvention und den Zusatzprokollen. Nach den von uns recherchierten Informationen werden diese Rechte verletzt. Diejenigen, die bei Gefechten in Uniform und mit Rangabzeichen gegangengenommen werden und erklären, daß sie den oppositionellen bewaffneten Kräften angehören, diejenigen, die unter dem Verdacht, den Kämpfern geholfen zu haben, verhaftet werden, werden gefoltert, die Menschenrechte werden verletzt. Den von uns recherchierten Informationen zufolge wird das Recht auf Rechtstaatlichkeit, das Recht auf medizinische Behandlung, das Recht auf geistlichen Beistand verletzt."* Sie machten aufgrund ihrer Beobachtungen der UN eine Reihe von Vorschlägen und betonen, daß Vorkehrmaßnahmen dringend erforderlich sind. *"Internationale Institutionen müssen in ernstzunehmender Weise Einfluß auf die Einhaltung der Menschenrechte für die Kurden in der Türkei nehmen und besonders für den Minderheitenschutz. Zur Verhinderung von Diskriminierung werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:*

***1.** Es soll ein Bericht über die Recherchen über die Kurdenfrage in der Türkei vorgelegt werden und ein besonderer Bericht erstellt werden.*

***2.** Die Frage der Hinrichtungen (Anmerk. d. Übers.: Konterguerillamorde) und Folter soll als dringliches Thema in den besonderen Bericht mit aufgenommen werden.*

***3.** Wir schlagen einen internationalen Appell zur Einhaltung und Achtung der Menschenrechte in allen Situationen vor".*

Die Juristen stellen fest, daß infolge der Aussage eines MIT-Verantwortlichen "die PKK transferiert Personen in ihr Gebiet" der türkische Staat verpflichtet ist die internationalen Rechtsnormen, die er unterzeichnet hat, einzuhalten. Die Juristen, die erklärten, daß das Internationale Rote Kreuz auf Antrag der PKK seine Pflicht erfüllen würde, sagten: Die PKK hat bis heute die Regeln über die Behandlung von Kriegsgefangenen auf den Buchstaben genau eingehalten. Sie hat ihre Kriegsgefangenen dementsprechend behandelt und ihren Familien und der Presse vorgeführt. Die Genfer Konvention muß unbedingt zur Anwendung kommen. Wenn die Türkei, für die 1949 Rana Tarhan die Genfer Konvention unterzeichnet hat, die Vorschriften dieses Abkommens nicht einhält, hat die PKK das Recht, beim internationalen Gerichtshof zu klagen.

Die USA-Reise Demirels und ihre Ergebnisse

Die Demirel-Inönü Regierung ist als Maske vor dem sich zuspitzenden Spezialkrieg gegen den kurdischen Befreiungskampf gebildet worden. Ihre innenpolitischen und außenpolitischen Initiativen zielen allesamt darauf ab, den Kampf der PKK aufzuhalten. Hinter allen ihren Plänen steckt das Ziel, den nationalen Befreiungskampf Kurdistans unter der Führung der PKK zu zerschlagen. So führt auch der Außenminister der neuen Regierung im Ausland eine Kampagne gegen die PKK. Die Diskussionen und Analysen bei allen Treffen, Unterredungen und Versammlungen drehen sich um die PKK. Sie wollen alle Stützen unseres Kampfes anschlagen und so zu einem Ergebnis kommen. Allerdings ist die Regierung nicht stark genug, unseren Kampf aufzuhalten, ohne Zugeständnisse zu machen.

Bei den Gesprächen Demirels mit den US-Vertretern ging es auch um die PKK und den nationalen Befreiungskampf Kurdistans. Demirel hat sich mehr mit dem Generalstabchef der USA, Powell und dem CIA-Chef Robert Gates getroffen, als mit George Bush. Die Tatsache, daß der Ministerpräsident direkt mit Vertretern des Militärs und der Geheimdienste Unterredungen führt, läßt erkennen, daß sie gegenwärtig damit beschäftigt sind, taktische Vorkehrungen zur Niederschlagung des nationalen Befreiungskampfes Kurdistans zu treffen. Die Demirel-Regierung, die beabsichtigt, durch Verschärfung des Spezialkriegs in den nächsten Monaten Erfolge zu erzielen, forderte in diesem Zusammenhang Unterstützung auf der Geheimdienstebene und durch Waffenlieferungen.

Sie haben die Aktivitäten der Avantgarde unseres nationalen Befreiungskampfes, der PKK, auch in den anderen Teilen Kurdistans und im Ausland analysiert und wirksame Unterstützung zur Unterbindung dieser Aktivitäten von den USA gefordert. Das wurde in den Erklärungen nach dem Staatsbesuch bestätigt.

Die US-Vertreter erklärten, sie würden die Demirel-Regierung bei ihrem Kampf gegen den "Terrorismus" unterstützen. Jeder weiß, daß die TR in jeder Hinsicht mit dem Imperialismus, vor allem mit dem US-Imperialismus eng verstrickt ist und jede Art von Unterstützung von ihm bekommt. Die Unterstützung, von der hier die Rede ist, bedeutet Unterstützung für die Demirel-Regierung mit dem Ziel, unseren Kampf zu zerschlagen und zu liquidieren.



Es versteht sich, daß die Waffen, die die USA der TR geben werden, technisch weiterentwickelt sind. Der US-Generalstabchef versprach der TR, innerhalb kürzester Zeit sieben Cobra-Hubschrauber zu liefern und später dann noch mehr. Die Unterstützung auf der geheimdienstlichen Ebene beschränkt sich nicht nur auf Informationsaustausch sondern ist noch viel umfassender. Es ist klargeworden, daß die in Kurdistan stationierten NATO-Eingreiftruppen seit Anfang an vor allem im Bereich Nachrichtendienst und Aufklärung die türkische Armee aktiv unterstützen. Vermutlich werden sie in Zukunft diese Eingreiftruppen noch wirksamer und umfassender miteinbeziehen.

Die TR will die imperialistischen Kräfte direkt in ihren in Kurdistan geführten Krieg mit hineinziehen. Sie hält eine offene politische Unterstützung der imperialistischen Kräfte gegen die PKK für notwendig.

Vor Demirels USA-Reise hat ein hochrangiger türkischer General erklärt, daß es notwendig wäre, eine NATO-Brigade im militärischen Kampf gegen die PKK einzusetzen, und daß dies im Hinblick auf eine offene politische Unterstützung

durch viele imperialistische Staaten wichtig sei. Diese Initiativen zeigen, daß die TR für ihre Massaker in Kurdistan die Rückendeckung der imperialistischen Kräfte gesichert wissen will.

Daß vor allem die sich als einzige Supermacht betrachtenden USA die neue türkische Regierung in jeder Hinsicht unterstützen und die gegenseitigen Staatsbesuche zu diesem Ergebnis geführt haben, wurde von beiden Seiten öffentlich erklärt.

Die TR unternahm von Anfang an sehr massive Angriffe gegen unsere Existenz in den anderen Teilen Kurdistans und im Ausland. Sie will unsere Aktivitäten in Süd- und Ostkurdistan, im Libanon, in Europa und in anderen Gebieten unterbinden. Dieser Aspekt war ein Schwerpunkt bei den Staatsbesuchen. Gegen Syrien gibt es einige schon seit Ewigkeiten immer wieder wiederholte Anschuldigungen. Beide, die USA und die TR, erklärten wieder einmal: *"Hinter der PKK steckt Syrien."* Mit dieser Art von Anschuldigungen und einigen Initiativen wollen sie die Regierung Syriens unter Druck setzten und sie dazu zu zwingen, sich gegen unseren Kampf zu stellen.

Hier trifft sich das Interesse der TR mit dem Interesse der USA, die Regierung Syriens zu stürzen. Wenn wir die zunehmenden gegen Syrien gerichteten Anschuldigungen Demirels und Özals in letzter Zeit betrachten, kann damit gerechnet werden, daß der Druck auf Syrien zunehmen wird. Hinter all diesen Versuchen steht die Absicht, unsere Aktivitäten in der Mahsum-Korkmaz-Akademie zu unterbinden. Vermutlich wird versucht, eine Einigung mit den USA bezüglich eines Angriffs auf die Akademie, die sich auf ("syrisch kontrolliertem") libanesischem Boden befindet, zu erreichen. Einige Presseorgane haben berichtet, die USA hätten sich mit dem türkischen Staat bezüglich eines Angriffs auf die PKK-Camps in der Bekaa-Ebene geeinigt. Mit einem solchen Angriff muß seit langem gerechnet werden. Aber jetzt ist das so zu verstehen, daß es sein kann, daß bei den Treffen mit CIA-Vertretern eine konkrete Übereinkunft bezüglich Luftangriffen gegen die Akademie, einem Komplott oder ähnlichem getroffen worden ist.

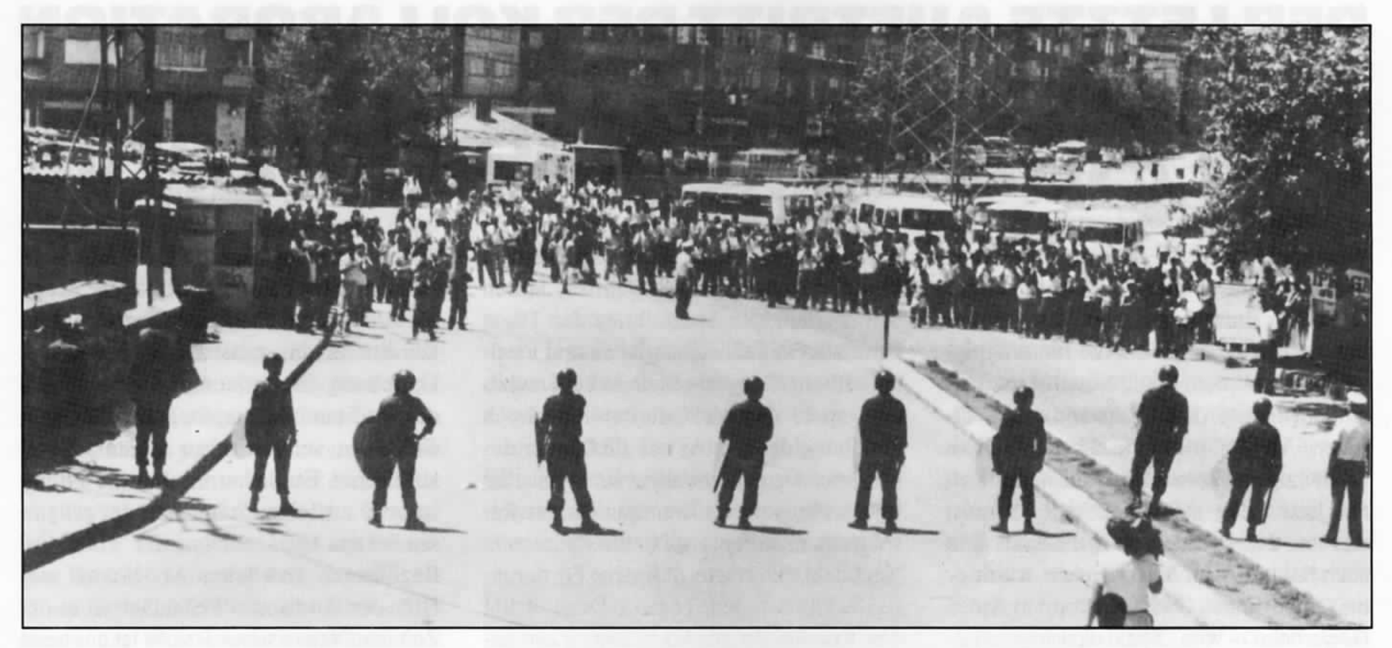
An den Ergebnissen der Staatsbesuche läßt sich auch erkennen, daß beide, sowohl die USA als auch die TR, keine Veränderung der bestehenden Verhältnisse im Irak wünschen. Vor den US-Präsidentschaftswahlen im November hat es so ausgesehen, daß ein Sturz Saddams höhere Wahlchancen für George Bush bedeuten würde. Die USA, die von Anfang an Saddams Sturz wollten, beabsichtigten die Installierung einer irakischen Staatsmacht unter ihrer Kontrolle. Allerdings ist es sehr schwierig für sie, dies in kurzer Zeit zu erreichen.

Für die TR entscheidet sich die Frage, ob sie den Verbleib oder den Sturz Saddams will, an den Entwicklungen in Kurdistan. Wenn der Verbleib Saddams für das kurdische Volk Vorteile bringt, so ist sie für seinen Sturz, wenn sein Sturz günstig ist für das kurdische Volk, so will sie, daß Saddam an der Macht bleibt. Was sich in Südkurdistan derzeit entwickelt, ist die revolutionäre Autorität. Die Tatsache, daß die ideologisch an der PKK-Linie orientierte PAK immer größeren Zulauf der Massen bekommt und von den Massen in Südkurdistan anerkannt und unterstützt wird, ist sowohl für die USA als auch die für TR erschreckend.

Demirel sagt: *"Das Machtvakuum im Irak wird von der PKK genutzt."* Es ist klar geworden, daß die TR mit den USA Übereinstimmung erzielt hat, die Herausbildung der PKK-Autorität zu bekämpfen. Der Einsatz der NATO-Eingreiftuppen bei einer solchen Intervention ist ziemlich wahrscheinlich. Daneben laufen auch Vorbereitungen, die reaktionären kurdischen Kollaborateurskreise für einen Angriff gegen die PKK zu organisieren. Ein deutliches Anzeichen dafür ist, daß sofort nach der USA-Reise Demirels Mesut Barzani in die Türkei eingeladen worden ist. Es ist klar, daß diese Einladung einer der Schritte ist, die in Washington gemeinsam beschlossen worden sind. Die TR-Repräsentanten sagen deutlich, daß Barzani zur Kollaboration gegen die PKK eingeladen worden ist. Der Grund für seine Einladung wird nicht mehr geheimgehalten. Die Einladung Barzanis in die Türkei ist ein Beispiel für ihre Versuche, die reaktionären kollaborierenden Kurden aus Nordwest-Kurdistan und aus Südkurdistan zu organisieren, um sie gegen unseren Befreiungskampf einzusetzen. Daran zeigt sich, daß das Problem der TR nicht Saddam ist, sondern unser sich zur Autorität entwickelnder nationaler Befreiungskampf. Der erste Schritt zum Einsatz der kurdischen Kollaborateuers-Bewegung ist getan. Es ist klar, daß in Zukunft eine Intensivierung der Angriffe gegen unsere Partei in Südkurdistan auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen geben wird.

Der türkische Staat scheut sich auch nicht vor Übertreibungen, um Unterstützer für seinen Krieg gegen unseren Befreiungskampf zu gewinnen. Vor allem an die USA und die BRD gerichtet behauptet er, daß diese beiden Staaten bei ihrem Kampf um die Vorherrschaft über die zerfallende Sowjetunion, vor allem um die Mittelasiatischen und Kaukasischen Länder, die TR als Mittel benutzen könnten, um so die Unterstützung der neuen Staaten zu bekommen. Demirel sagt: *"Wenn Ihr nach Mittelasien reinkommen wollt, müßt Ihr mit uns zusammenarbeiten."* Die Ökonomie der TR wird vom IWF und der Weltbank gelenkt und ist in jeder Hinsicht vom Imperialismus abhängig. Die TR spielt bei der Ausbreitung des imperialistischen Kapitals nach Mittelasien und Kaukasien eine Brückenrolle, oder besser gesagt, die Rolle eines Sprungbretts. Diese Abhängigkeitsbeziehung wird als ein Trumpf zur Gewinnung von Unterstützung gegen unseren Befreiungskampf eingesetzt.

Demirel will, daß die USA in die armenisch-aserbeidschanischen Auseinandersetzungen eingreifen. Es ist auch klar, warum er das will. Er fürchtet die Entstehung eines starken Armenien, das der TR die Quittung für die von ihr begangenen Massaker an den Armeniern präsentieren könnte. Ein starkes Armenien ist für den türkischen Staat immer ein Problem, es ist ein Hindernis für eine Expansion nach Mittelasien. Ein Armenien, das nicht unter der Kontrolle des Imperialismus stehen würde, könnte eine Basis sein, die von der Revolution genutzt werden könnte. Aus diesem Grund will Demirel, daß Armenien von den USA kontrolliert wird. Er will, daß der Imperialismus innerhalb kürzester Zeit alle Republiken der zerfallenden Sowjetunion beherrscht. Denn in diesem Land ist zwar das alte politische System aufgelöst, aber noch kein neues installiert. Im Volk herrscht starke Unzufriedenheit über die derzeitige Lage. Daraus kann sich erneut eine revolutionäre Initative entwickeln. Eine der Kräfte, die dies am meisten fürchten, ist auch der türkische Staat. Aus diesem Grund will der türkische Staat auch, daß der Imperialismus diese Länder kontrolliert. Demirel hat diesen Punkt den US-Repräsentanten



klargemacht. All das steht natürlich in Zusammenhang mit dem nationalen Befreiungskampf Kurdistans.

Das Spezialkriegsregime versucht nun, seine Widersprüche zu verschiedenen Kräften zu entschärfen, um so erfolgreicher vorgehen zu können. Selbst so gravierende Probleme wie die Zypernfrage sind bei dem USA-Besuch Demirels ausführlich behandelt worden. In der jetzigen Phase werden die mit Griechenland bestehenden Widersprüche von der TR nicht in den Vordergrund gestellt. Die mit dem Kurdistanproblem konfrontierte TR ist an einer Entspannung mit Griechenland, mit dem sie in einer historisch feindschaftlichen Beziehung steht, interessiert.

Während Demirel in den USA war, hielt sich Özal im Iran auf. Der Einfluß des Iran auf die mittelasiatischen und Kaukasischen Republiken nimmt zu. Der Imperialismus hält es in dieser Lage für nützlich, sich auch im Iran einige Basen aufzubauen, um dies zu verhindern. Vermutlich in der Absicht, CENTO wiederzubeleben, wollen sie die Staaten Iran, Türkei, Pakistan und die moslemischen Mittelasiatischen und Kaukasischen Republiken zusammenbringen.

Sowohl hinter der Versammlung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Schwarzmeerländer, die vorher in der Türkei stattgefunden hat, als auch hinter dem Treffen und den Bestrebungen im Iran steckt der Imperialismus, vor allem der US-Imperialismus. Der türkische Staat versucht, sich als Vorreiter dieser Initiativen darzustellen, um sich ein bißchen teurer zu verkaufen. In Wirklichkeit kann er aber nicht einen einzigen Schritt ohne einen Befehl und ohne Erlaubnis aus den USA unternehmen.

Die TR rechnet bei jedem Widerspruch und jedem Machtvakuum, das im Mittleren Osten, im Balkan, in Mittelasien oder Kaukasien entstehen könnte, sofort damit, daß dies von unserem nationalen Befreiungskampf genutzt werden könnte. Diesen Punkt berücksichtigt sie bei ihrer internationalen Zusammenarbeit.

Die vorherigen Regierungen der TR haben die Treffen, Diskussionen und Beschlüsse bezüglich der Avantgarde unseres Befreiungskampfes, der PKK, geheim geführt. Die feindliche Front ist heute gezwungen, andere praktische Schritte zu unternehmen. Angesichts der hochentwickelten Stufe unseres Kampfes ist die Geheimhaltung vieler Beziehungen nicht mehr möglich.

Obwohl eine Reihe von Beschlüssen der USA-Reise Demirels geheimgehalten werden, sind die gegen die PKK vereinbarten Ziele und taktischen Absichten öffentlich geworden. Ihre kurz und langfristig beabsichtigten Maßnahmen sind klargeworden. Es zeigt sich, daß einige praktische Schritte gegen unseren Befreiungskampf, die schon von der vorherigen Regierung vorgeschlagen und diskutiert worden waren, von der Demirel-Regierung, die als Maske vor dem Spezialkrieg fungiert, jetzt umgesetzt werden, und die konterrevolutionäre Gewalt in allen Bereichen gesteigert wird.

Die Widersprüche im Mittleren Osten, dem Balkan, Mittelasien und Kaukasien werden sich jedoch weiter zuspitzen. Die Wahrscheinlichkeit, daß unser nationaler Befreiungskampf von diesen Widersprüchen mehr als der Imperialismus und der Kolonialismus profitieren wird, ist groß. Die Möglichkeiten der TR, wie in der Vergangenheit für die Kräfteverhältnisse in der Region und in der Welt von Nutzen zu sein, sind gering. Auch wenn sie sich dem Imperialismus noch mehr als Dienerin anbietet, wird das doch nicht ihre Rettung bringen können. Auch in den an unser Land angrenzenden Gebieten entwickeln sich die Kräfte zugunsten der Revolution.

Die Demirel-Regierung benutzt die Demagogie, sie würde den Menschenrechten und der Demokratie verbunden sein, als eine Maske, hinter der sie die Unterdrückung zu verstecken versucht. Mit dieser widerwärtigen Maske will sie die Nachsicht des Imperialismus für ihre Massaker erreichen. Vor allem die europäische Öffentlichkeit nimmt sie sehr ernst. In dieser Hinsicht will sie die Nachsicht der Kräfte in den USA, die die europäische Öffentlichkeit beeinflussen können. Denn die größte Unterstützung für den türkischen Staat ist eine den Massakern zustimmende Haltung. Um eine solche Unterstützung fleht Demirel dann in allen Tönen.

Kurzgesagt, das türkische Spezialkriegsregime, das einen großangelegten Angriff gegen die PKK und den nationalen Befreiungskampf Kurdistans vorbereitet, richtet all seine innen- und außenpolitischen Bemühungen zur Beeinflußung der Öffentlichkeit auf dieses Zeil hin aus. Demirel spielt die Rolle, diese reaktionäre Politik am besten zu verwirklichen.

DER LETZTE AUFTRITT DER KOLLABORATION

Die Ankara-Reise Barzanis

Während Kurdistan in eine historische Aufstandsphase eintritt, gibt es einige Kräfte, die unter Ausnutzung des Faktors, daß sie Kurden sind, auf die hinterhältigste Weise mit dem Feind zusammenarbeiten, um den würdigen Aufstand des kurdischen Volkes niederzuschlagen. Diese schmutzigen Versuche kristallisieren sich mit jedem Tag etwas deutlicher heraus. Als am 20. Februar nach Talabani nun auch Barzani nach Ankara reiste, wurde er bei seinem ersten Zwischenstopp in Amed (Diyarbakir) vom Spezialkriegsgeneralstab empfangen. Anschließend fuhr er weiter nach Ankara in die Zentrale des türkischen Kolonialismus, um mit hochrangigen militärischen und politischen Verantwortlichen der TR Gespräche zu führen.

Was führt Barzani nach Ankara? Warum kam Barzani, der die TR als das schwer zu findende Allheilmittel seiner Probleme darstellt, nach Ankara? Was bringt er selbst der TR? Diese Fragen müssen genau untersucht und beantwortet werden.

Für den US-Reisenden Demirel stand an allererster Stelle die Forderung, die PKK aufzuhalten. Den USA, die eine "neue Weltordnung" entsprechend ihren eigenen Interessen installieren wollen, ist mindestens genauso bewußt wie der TR, daß die PKK eine revolutionäre Dynamik im Mittleren Osten darstellt, die dem Imperialismus große Probleme bringt. Auch die USA wollen seit langem eine Lösung für dieses Problem. Die USA haben ohnehin schon lange klargemacht, daß es notwendig wäre, gemeinsam mit der TR umfassende Pläne zu entwickeln, um dieses Problem zu lösen. Die Lösung dieses Problems steht für den US-Imperialismus der Freudentänze auf den Leichen tausender, während des letzten Golfkriegs von ihnen ermordeter Menschen aufführt,in Verbindung mit der Rettung der TR, ihres engsten Verbündeten und Lakaien im Mittleren Osten. Die TR muß aus der Sackgasse, in die sie geraten ist, herausgeführt, die Kräfteverhältnisse gesichert werden. Die USA wissen ganz genau, daß ein Zusammenbruch der TR einer Lähmung ihres Standbeins im Mittleren Osten gleichkommt. Aus diesem Grund unterstützen sie auch seit Jahren den schmutzigen Spezialkrieg der TR in Kurdistan mit allen materiellen und ideellen Mitteln. Demirel will diese Unterstütztung noch mehr aktivieren und durch Erhöhung des Drucks auf die Länder des Mittleren Ostens, vor allem auf Syrien, die Entwicklung dieses Brennpunkts der Revolution aufhalten.

Nachdem sich zeigte, daß seine Forderungen erfüllt werden, begann Demirel mit den Rundreisen zur Vorbereitung der geplanten Massaker. Der Plan ist sehr umfassend. Ein wichtiger Faktor in diesem Plan ist auch die Rolle der kurdischen Kollaborateure. Einige kurdische und ebenso einige türkische verlogene Intellektuelle und Demokraten sind weitere Figuren in diesem Plan. Dieser Plan sieht vor, daß die PKK und der nationale Befreiungskampf unter ihrer Führung zerschlagen wird: durch Angriffe der imperialistischen Kräfte von außen, in Südkurdistan durch Umzingelung durch die Kollaboration der KDP, durch Druck auf einige Länder des Mittleren Ostens, um sie von der Front fernzuhalten, und im Inneren durch die Angriffe des kolonialfaschistischen Regimes. Barzani wurde nach Ankara eingeladen, um diesen hinterhältigen Plan gegen das kurdische Volk zu schmieden.

Der erfolgreichste Aspekt des schmutzigen Spezialkriegs der TR stützt sich auf den Einsatz von Kollaborateuren. Das hat in der Vergangenheit Kurdistans eine lange Geschichte. Die herrschenden türkischen Klassen haben schon im Jahr 1514 begonnen, von ihnen abhängige Schichten von Verrätern entstehen zu lassen. Auch das heutige kolonialfaschistische Regime versucht, seine Macht auf diese Tradition der Kollaboration gestützt zu sichern.

Die erste Organisierung von Kollaborationsmilizen in Kurdistan begann im 19. Jahrhundert. Das 19. Jahrhundert ist geprägt von einer Reihe kurdischer Aufstände. Die Haupttaktik der TR bei der Aufstandsbekämpfung bestand in der "Teile und Herrsche" Politik und darin, die Kurden gegeneinander aufzuhetzen, um sie so schwächen und vernichten zu können. Das kolonialfaschistische Regime nutzte die rückständige Sozialstruktur Kurdistans auf meisterhafte Weise zur Umsetzung dieser traditionellen Methode der Aufstandsbekämpfung. Es benutzte dafür den verräterischen Charakter der kurdischen Feudalherren und die Widersprüche zwischen Stämmen oder religiösen Sekten. Die Gründung der "Hamidiye Regimenter" von Sultan Abdülhamit mit Hilfe der kurdischen Feudalherren in der Zeit des Osmanischen Reichs ist das beste Beispiel dafür. Danach benutzte auch M. Kemal bei der Republikgründung diese Methoden seiner Vorfahren und sorgte für Spaltung innerhalb des kurdischen Volkes. Die über 20 kurdischen Aufstände in der Epoche der Republik wurden wieder mit dieser Großvätermethode niedergeschlagen. Die Anweisung M. Kemals zur Niederschlagung des Dersim-Aufstandes 1937 lautete, unter den Kurden Kräfte für die Miliz gegen den Aufstand zu organisieren und ihn mit deren Hilfe in einen Genozid zu verwandeln. Genau das ist dann auch geschehen. Beim Scheich Seid Aufstand 1925 erklärte Ismet Inönü: *"Dieser Aufstand hat die Gründung eines unabhängigen Kurdistans zum Ziel. Es ist die heiligste nationale Pflicht, diesen Geist auf jeden Fall sterben zu lassen und abzutöten."*

Heute sagen alle Vertreter des Kolonialstaates, von Özal bis Demirel, vom Generalstabschef bis zu Erdal Inönü, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, dessen Vater 1925 diese Worte gesagt hatte, das gleiche im Bezug auf die PKK. Und Barzani stimmt diesen "Herrenmenschen" zu und übernimmt eine aktive Rolle in ihren Plänen zur Vernichtung der PKK. Barzani, der keine Grenze der Kollaboration und des Verrats kennt, betont ausdrücklich, daß die für den 3. April in Südkurdistan geplanten Wahlen, mit denen nur der Schutz der eigenen Stammesinteressen beabsichtigt ist, auf gar keinen Fall etwas mit Unabhängigkeit zu tun haben, und daß sie niemals an eine Unabhängigkeit dächten.

Daß es der Barzani-Dynastie weder in der

Vergangenheit noch heute auch nur im gerinsten um Unabhängigkeit geht, ist hinreichend bekannt. Hier sagt er die Wahrheit.

Die I-KDP hat seit ihrer Gründung bis heute, zuerst unter Mulla Mustafa Barzani und nach seinem Tod unter seinem Sohn Mesut Barzani, dem kurdischen Volk nichts als Blut und Tränen gebracht. Die KDP hat die wahren Interessen des Volkes und seine Werte den imperialistischen und kolonialistischen Kräften zum Kauf angeboten für eine Autonomie, deren Grenzen und Form noch nicht einmal klar sind. Die Tradition des Verrats und der Kollaboration der KDP wurde zum größten Hindernis für die Entwicklung einer unabhängigen Politik und des Kampfes für die Unabhängigkeit in Südkurdistan. Die Dynamik des Widerstands des kurdischen Volkes wurde auf der Basis feudaler Beziehungen an den Imperialismus, den Kolonialismus und die Reaktion verkauft und zerstört. Die vom Volk um den Preis des Lebens geschaffenen Werte sind dadurch auf widerwärtige Weise auf den Kopf gestellt worden. Dies hat sich in der jüngsten Vergangenheit an vielen Beispielen immer wieder deutlich gezeigt. Während des achtjährigen Krieges zwischen dem Iran und dem Irak haben sie sich zu einer Marionette der Kolonialisten machen lassen. Die entstandenen Möglichkeiten und günstigen Bedingungen sind für unser Volk ins Gegenteil verkehrt worden. Das Volk Kurdistans sollte zum Gefangenen eines angeblich nicht beeinflußbaren Schicksals gemacht werden. Die Sehnsucht und die Forderungen unseres Volkes wurden für eine Handvoll Mehl, Zucker und Reis verkauft. Durch die Kollaborationspolitik ist unser Volk nicht von einer richtigen Avantgarde zum Kampf geführt worden. Es wurde dadurch den Massakern Saddams ausgeliefert. Um sich zu retten, wurde unser Volk dann gezwungen, sich in die Arme ihres Hauptfeindes, des türkischen Kolonialismus, zu flüchten. Sie haben das günstinge Klima nach dem letzten Golfkieg nicht genutzt, was zur Folge hatte, daß der Aufstand des Volkes in ein Massaker verwandelt wurde. Sie haben das Volk aufgefordert, die Waffen niederzulegen und in die TR zu flüchten. So wurde die Dynamik des Widerstands in Südkurdistan wirkungslos gemacht. Daher hat an der Ermordung von 5.000 Menschen beim Halabja-Massaker Barzani, der den türkischen Staat als Freund und die PKK als Feind betrachtet, mindestens genauso viel Schuld wie Saddam. Es ist auch nichts außergewöhnliches, daß er der größte Unterstützer beim Aufstellen der imperialistischen und kolonialistischen Fallen gegen unser Volk ist. Die Ebene seiner Beziehungen zu den USA kann dem CIA-Report entnommen werden. Eigentlich stehen diese Dokumente sogar noch weit hinter der Realität zurück. Die Praxis zeigt, daß das Ausmaß dieser Beziehungen weit größer ist, und es zeigt sich deutlich, welche Rolle er übernommen hat. Der Aktionsradius dieser Schicht der feudal-nationalistischen Kollaborateure, die meint, niemandem Rechenschaft schuldig zu sein, wird allerdings auch in Südkurdistan zunehmend enger. Die PAK, die sich an der Dynamik des revolutionären Widerstands des Volkes anknüpfend organisiert, hat den Kollaborateuren dieses Terrain genommen. Die Kollaborateure sagen zur TR, daß nach ihren Bombardements die PKK eine massive Propaganda startet, aufgrund derer ihre eigenen Leute nicht mal mehr glauben, daß sie sie schützen würden, und scharenweise zur PKK davonlaufen. Wegen der Wut der KDP-Basis auf den türkischen Kolonialismus und seine Bombardements sagt Barzani, der verhindern will, daß seine Restbasis auch noch verloren geht, der TR, daß sie nicht Südkurdistan bombardieren soll, und daß sie selbst die Angriffe gegen die PKK durchführen würden. Diese Zusage, die Barzani der TR gemacht hat, ist bei der Pressekonferenz deutlich geworden. Es war aber gleichzeitig auch ein klarer Ausdruck dafür, daß nun das Ende der Kollaborateure gekommen ist.



Die Kollaborateursbande erlebt jetzt, daß sie das Volk nicht mehr täuschen kann und trifft sich an diesem Punkt in ihrem Bedürfnis, dies noch aufhalten zu wollen, mit dem Interesse des türkischen Staates, der das gleiche Problem hat. Die gemeinsame Schwäche fördert die Kollaboration noch stärker.

Die Barzani-Bewegung hat bis heute unzählige Male Komplotte gegen die PKK unternommen und dabei viele Menschen des kurdischen Volkes ermordet. Sie hat auch hunderte Yeziden und Mitglieder der irakischen kommunistischen Partei ermordet. Nachdem sie das bis heute unzählige Male getan hat, bleibt nicht mehr viel, was sie der TR noch geben könnte. Die TR wird ihr auch kaum mehr als eine Handvoll Mehl und einen Sack Zucker geben. Deshalb ist ihre Kollaboration gegen die PKK nicht nur keine Rettung für sie, sondern ihnen Unglück bringen.

Die PKK hat die Einheit des kurdischen Volkes in allen Teilen hergestellt. Daß Barzani ein Büro in Ankara aufgemacht hat und sich vor den Augen der ganzen Welt an die TR verkauft, wird die rasante Entwicklung des Kampfes nicht aufhalten können, sondern nur zur Folge haben, daß er sich noch weiter isoliert. Das Volk betrachtet Barzanis Reise nach Ankara und die Reise Demirels in die USA als einen Teil des umfassenden Plans eines Massakers am kurdischen Volk. Die TR will das kurdische Volk mit der Barzani-Kollaboration wieder einmal durch inneren Verrat schlagen.

Unser Volk, das sich unter der Führung der PKK erhebt, erteilt jedoch der Kollaboration und dem Verrat die beste Antwort. Unser Volk aus Südkurdistan, das das wahre Gesicht dieser Kräfte der Kollaboration und des Verrats erkannt hat, organisiert sich immer stärker in den Reihen der PAK. Die jetzige Phase wird den Verrat und die Kollaboration in der Geschichte Kurdistans dem Erdboden gleichmachen.

Übersetzung eines Artikels aus der türkischen Wochenzeitschrift "Nokta"
"Verfahren gegen die HEP-Fraktion, Schreckliche Anklageschrift"

"Komm'. Komm' zum Galgen..."

Ein Vorfall, der in die demokratische Geschichte und in die Rechtsgeschichte der Türkei eingehen wird... Das Staatssicherheitsgericht in Ankara fordert die Todesstrafe für 22 Abgeordnete der HEP-Fraktion. Rechtsexperten halten die Vorwürfe für lächerlich... Was soll jetzt geschehen?



Der HEP-Kongreß in Ankara, Januar d. J.

Paragraph 125 des türkischen Strafgesetzbuches:
"Wer das gesamte Hoheitsgebiet des Staates oder einen Teil dessen unter die Hoheit eines anderen Staates bringen möchte oder ... oder die Einheit des Staates zerstören möchte oder ... einen im Hoheitsgebiet des Staates befindlichen Teil von der Verwaltung des Staates abtrennen möchte, wird mit der Todesstrafe bestraft."
Die Beschuldigten: Fehmi Isiklar (Abgeordneter aus Diyarbakir und Bevollmächtigter des Vorsitzenden des TBMM (Türkische Nationalversammlung)), Hatip Dicle (Abgeordneter aus Diyarbakir), Zübeyir Aydar (Abgeordnete aus Siirt), Adnan Ekmen (Abgeordneter aus Batman), Mehmet Emin Sever (Abgeordneter aus Mus), Ahmet Türk (Abgeordneter aus Mardin und Vorsitzender der Menschenrechtskommission), Sedat Yurttas (Abgeordneter aus Diyarbakir), Nizamettin Toguc (Abgeordneter aus Batman), Leyla Zana (Abgeordnete aus Diyarbakir), Abdülkadir Zilan (Abgeordneter aus Batman), Mahmut Alinak (Abgeordneter aus Sirnak und Bevollmächtigter des Vorsitzenden der SHP-Gruppe), Remzi Kartal (Abgeordneter aus Van), Sirri Sakik (Abgeordneter aus Mus), Salih Sümer (Abgeordneter aus Diyarbakir und Vorgesetzter der Verwaltungsbehörde des Türkischen Parlaments), Mahmut Kilinc (Abgeordneter aus Adiyaman), Naif Günes (Abgeordneter aus Siirt).
Den oben genannten 22 SHP-Abgeordneten aus der HEP-Fraktion, denen in einer vom Staatssicherheitsgericht in Ankara verfertigten, 32-seitigen Anklageschrift jeweils eine mit der Todesstrafe zu bestrafende Tat vorgeworfen wird, haben sich nach Paragraph 125 des türkischen Strafgesetzbuches strafbar gemacht.
Die von Nusret Demiral, Oberstaatsanwalt am Staatssicherheitsgericht, und fünf seiner Kollegen angefertigte Anklageschrift wurde in den letzten Tagen dem Justizministerium zugesandt. Von Rechtsexperten wird die Anklageschrift für ein besonders abschreckendes Beispiel aus der türkischen Rechtsgeschichte gehalten. Die "Anklageschrift" beginnt mit einer ausgiebigen Erörterung der eigenen Ansichten der Staatsanwälte zum Wesen der türkischen Republik. Nach dem nationalistischen Verständnis von Atatürk ist nur das hocherhabene türkische Volk ohne jegliche Einschränkung dazu berechtigt staatliche Souveränität auszuüben. Niemand und keine Organisation, auch wenn sie vom Volk dazu beauftragt wird - ist dazu berechtigt, sich außerhalb dieses Rahmens zu betätigen. Es wird weiterhin angeführt, daß jeder türkische Staatsbürger, der die in der Verfassung garantierten Grundrechte und Freiheiten beansprucht, keine Lösung außerhalb des türkischen Staates und des türkischen Volkes vorschlagen darf.

Hat sich auch der Präsident der Republik strafbar gemacht?

Das "Freie Rederecht in kurdischer Sprache" ist gemäß dieser "Anklage" ebenfalls ein Straftatbestand. Dieses hat Turgut Özal als erster "gewähren" wollen, dann die alte ANAP-Regierung, und auch in den Protokollen der DYP-SHP Koalitionsverhandlungen ist es niedergeschrieben worden.
Die Staatsanwälte: *"Die Türkei, sein Land, seine Nation, sind eine Einheit, deren Sprache die türkische Sprache ist. Außerhalb dieses Rahmens eine Sprache vorzuschlagen, ist ein Vorgehen, das sich nicht mit dem Hoheitsrecht des Staates und mit dessen Volk vereinbaren lassen kann, etwas, das die Einheit zerstört."*



Nach dieser Definition könnte man ohne weiteres Staatspräsident Özal, sämtliche Mitglieder der alten ANAP-Regierung, die Minister der jetzigen DYP-SHP-Regierung und Armeekommandeur Dogan Güres, Chef des Großen Generalstabs, anklagen.
Die Ermittlungen gegen die 22 HEP-Abgeordneten wurden nach einer Serie von Zeitungsartikeln eingeleitet, wie sich aus der Auswertung der Anklageschrift ergibt. Der Bericht, der Anstoß für das Verfahren gegeben hat, erschien am 6. November 1991 in der "Türkiye Gazetesi" nach einer Pressekonferenz der HEP-Fraktion zu den Vorfällen bei der Vereidigung der Parlamentsabgeordneten. Auf dieser Pressekonferenz wurde gesagt, daß "der unzeitgemäße Eid ein Mittel des Druckes" sei. Die Staatsanwaltschaft behauptet allerdings, die Ermittlungen seien auf die empörten Reaktionen von Zuschauern zurückzuführen, die die Vereidigung im Fernsehen verfolgt hätten.
Sowohl Nokta als auch Rechtsexperten, die sich mit der Anklage beschäftigt haben, halten es für einen auf der ganzen Welt einmaligen Vorgang, daß eine Staatsanwaltschaft aufgrund von Zuschauerreaktionen Anklage erhebt.
Insgesamt ist die Anklage lächerlich. Der als Redesführer bezeichnete Fehmi Isiklar soll auf der Pressekonferenz den Satz über die Unzeitgemäßheit des Eides gesagt haben, für die Staatsanwaltschaft ausreichend, um für ihn die Todesstrafe zu fordern. Geht es nach den Staatsanwälten, haben sich die anderen auf der Pressekonferenz anwesenden Abgeordneten im gleichen Ausmaß schuldig gemacht. Die ganze "Anklageschrift" ist voll von ähnlichen Vorwürfen. Eines der schwersten "Verbrechen", dessen sich die Angeklagten "schuldig" gemacht haben, ist die Tatsache, daß sie sich während der Vereidigung mit gelb-rot-grünen Tüchern und Stirnbändern geschmückt hatten. Die Anklagevertreter werteten diese als Fahnen der PKK, die sich als Einheit des kurdischen Volkes bezeichnet. Schwerwiegender Beweis für die "Schuld" der Angeklagten soll auch sein, daß Hatip Dicle gesagt hat, er und seine Freunde hätten den Eid nur unter Druck der Verfassung abgelegt, und daß Leyla Zana während der Vereidigung Parolen gerufen hat.



Werden die Telefone der Abgeordneten abgehört?

Die von den Staatsanwälten gegen die HEP-Fraktion angefertigte Akte wärmt ein in der türkischen Öffentlichkeit gelegentlich heiß diskutiertes Thema wieder auf, nämlich, "ob die Telefone der Abgeordneten abgehört werden oder nicht". Auf Seite 29 der Anklageschrift wird bei der Auflistung der Beweismittel erwähnt, daß Hatip Dicle und Leyla Zana von verschiedenen in Europa aktiven Mitgliedern der "Terrororganisation" PKK Solidaritätsbekundungen erhielten (Geheimes Antwortschreiben vom 22.11.1991). Die "Umsicht" der Staatsanwälte bei der Verwendung geheimer Informationen verleiht so der Diskussion um das Abhören von Telefonen neue Dimensionen.
Wie lächerlich die Anklage ist, drückt sich weiter in folgendem Satz aus der Anklageschrift aus: *"...aufgrund der Vorfälle, die Hatip Dicle und Leyla Zana im Parlament verursachten, und die überhaupt nicht nett waren,..."* Die von Nokta befragten Rechtsexperten hielten dies für eine einzigartige Art und Weise, eine Situation rechtlich zu bewerten.
Damit nicht genug, müssen sich die Anwälte am Staatssicherheitsgericht auch noch selber würdigen: aufgrund der Ermittlungen hätten sich viele Bürger telefonisch oder schriftlich bei der Oberstaatsanwaltschaft gemeldet und ihre Freude über die Ermittlungen zum Ausdruck gebracht.

Der eigentliche Grund für das Schmierentheater

Die "Anklageschrift" ist aber nicht nur als Komödie zu lesen. Den Angeklagten werden auch schwerwiegende Dinge vorgeworfen. So hat Hatip Dicle bei einer Versammlung in Diyarbakir am 16. November gesagt: *"Trotz allem wird das kurdische Volk mit seinem Leben und seinem Blut kämpfen. Freunde, wenn ihr uns den Auftrag gebt, werden wir die Fahne unseres Widerstandes auf diesem Boden wehen lassen. Wir werden alle Rechte der kurdischen Nation vom Parlamentssitz aus*



Eine Kundgebung der HEP in Istanbul für die "Brüderlichkeit der Völker"

in der ganzen Welt vortragen."

Leyla Zana wird vorgeworfen, am selben Tag bei einer Open-Air-Kundgebung in Silvan dadurch Straftaten begangen zu haben, daß sie sich rot, grün und gelb gekleidet hat, daß sie kurdisch gesprochen hat, und daß sie gesagt hat, daß das kurdische Volk nicht repektiert werde und in Unterdrückung lebe.

Desweiteren werden in der Anklageschrift folgende Vorwürfe erhoben: Sedat Yurttas hat auf einer Versammlung am 17.11. die Parolen *"Biji Kurdistan!", "Biji Apo!" und "Kurdistan wird zum Grab für den Faschismus!"* gerufen. Mahmut Uyanik hat sich strafbar gemacht, weil er bei der Versammlung am 16.11. in Diyarbakir die Kandidaten auf Kurdisch vorstellte. Salih Sümer auf derselben Versammlung dadurch, daß er die Guerilla und ihre Märtyrer grüßte und sagte, daß deren vergossenes Blut auch das ihre sei.

Nur ein Vorwurf oder schon ein Urteil?

Nach Meinung von Rechtsexperten lesen sich Teile der Anklageschrift wie Urteile, so auf Seite 14 und 15 folgende Sätze: *"Während die illegale Organisation PKK zum Zwecke der Teilung der türkischen Republik bewaffneten Terror ausübt, haben sich die Angeklagten eine andere Form der aktiven Unterstützung ausgewählt und durch Bekundung ihrer Motivation vor dem erhabenen Nationalrat ihre geistige und organisatorische Verbundenheit mit der PKK offenbart. Hierüber besteht kein Grund zum Zweifel. Es ist als eine Tatsache anzusehen, daß die Angeklagten sich bemüht haben, die Türkei auf legalem Wege zu teilen. Es ist erwiesen, daß die Angeklagten intensive Beziehungen zu PKK-Militantan und deren Leitern pflegen, die Angeklagten Hatip Dicle und Salih Sümer, auch daß Sedat Yurttas sich darum bemüht."*

Alles hat eine Grenze

Die Staatsanwälte haben die Immunität der Abgeordneten, ihr Recht, ihre Meinung frei zu äußern, durchaus nicht übersehen. Sie argumentieren aber, daß die Abgeordneten ihren Sonderstatus nur ausgenützt hätten, und daß sie gerade deswegen besonders bestraft werden müssen. Nach Paragraph 83/1 der Verfassung dürfe niemand ungestraft bleiben, der Straftaten gegen die Einheit des Staates und des Volkes begehe. Auch könne man die Wirksamkeit des Paragraphen 125 dadurch besonders unterstreichen, daß man die Abgeordneten zum Tode verurteile.

Wir besitzen die gesamte 32-seitige Anklageschrift mit Ausnahme der letzten Seite, auf der die Staatsanwälte unterzeichnet haben. Unseres Wissens nach handelt es sich hierbei um folgende beim Staatssicherheitsgericht Ankara beschäftigten Personen: Oberstaatsanwalt Nusret Demiral und die Republikstaatsanwälte Talat Salk, Kemal Ayhan, Nuh Mete Yüksal, Ülkü Coskun und Arif Ökemen.

Das kurdische Volk läßt sich nicht einschüchtern

In Ankara fand der außerordentliche Kongreß der Arbeitspartei des Volkes (HEP) statt, bei dem viele erlaubte und verbotene Dinge geäußert wurden. Außerdem war der Kongreß sehr bunt.

An diesem Kongreß nahm auch die Mutter von "Apo", Esma Öcalan teil. In Parolen wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Mutter des Parteivorsitzenden die Mutter aller sei. Auch wurden die Parolen *"Biji Apo!"* gerufen. Leyla Zana, Abgeordnete aus der HEP-Fraktion der SHP, küßte die Hand von Esma Öcalan, und hinter ihr bildete sich eine Schlange von Menschen.

Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft war der Kongreß natürlich eine einzige Kette von Straftaten. Jetzt wird ermittelt.



Tagebuch der Menschenrechte



Wieder Konterguerillamorde in Mardin, Batman und Siirt

Am 6. Februar wurde der 50-jährige Taxifahrer Necim Yarici, Vater von fünf Kindern, durch einen Kugelhagel in seinem Taxi ermordet. Er wurde zwar von Stadtbewohnern schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht, konnte aber nicht mehr gerettet werden.

Am Abend des 10. Februar hat die Konterguerilla in der Stadt Elih (Batman) mehrere als Sympathisanten der PKK bekannte Menschen brutal angegriffen und dabei einen Menschen ermordet. Als der Lebensmittelhändler Metin Elekci seinen Laden abschließen wollte, wurde er von einem Spezialteam mit Knüppeln und Ketten auf den Kopf geschlagen. Als er schon halbtot auf der Straße lag, brachen sie ihm alle Rippen und versuchten ihn zu ersticken. Der 31-jährige Vater dreier Kinder wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht, wo er wenig später seinen schweren Verletzungen erlag.

In der gleichen Nacht gegen 20.00 Uhr wurde auch der Gymnasiast M. Nuri Ekinci von drei Spezialteamkräften mit Knüppeln und Ketten auf den Kopf geschlagen. Er wurde mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht. Nach einer achtstündigen Operation scheinen seine Überlebenschancen groß zu sein.

Gegen 21.30 Uhr zündeten die Konterguerillas das Auto von Ekrem Aslan an, das aber von Passanten gelöscht werden konnte. Ekrem Aslan wurde von der Polizei mitgenommen und erst nach drei Stunden Verhör wieder freigelassen.

Am 15. Februar wurde das in Mardin gelegene Dorf Yardere von türkischen Sicherheitskräften überfallen. Sie ermordeten sechs Dorfbewohner, den 60-jährigen Ali Ölmez, den 21-jährigen Abdulselam Özbay, den 20-jährigen Abdülhakim Özbay, den 21-jährigen Nusret Acet und die 35-jährige Bedriye Gümüs und verletzten 18 Menschen.

Am gleichen Tag wurde auch das Dorf Peyamli in Eruh von türkischen Sicherheitskräften überfallen. In Peyamli wurden der Bauer Nezir Cinar und der 14-jährige Selamet Özer ermordet und vier Frauen verletzt.

Die SHP-Abgeordenten Sedat Yurttas und Ural Köklü, die nach Bekanntwerden des Massakers diese beiden Dörfer besuchen und den Fall untersuchten wollten, wurden vom Bezirksgendarmarie-Kommandanten Arikan daran gehindert, die Gegend zu betreten.

Am 15. Februar wurde im Zentrum von Diyarbakir der Grundschullehrer Ahmet Bayhan von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet.

Drei Tage später wurde ebenfalls im Zentrum von Diyarbakir der Journalist Halit Güngen von der Zeitschrift "2000'e Dogru" von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet.

Der Schreibwarenhändler Mehmet Sabri Kizilkan aus Bingöl wurde am 15. Februar von der Konterguerilla entführt. Am 18. Februar wurde seine Leiche am Straßenrand zwischen Mus und Tatvan gefunden.

40.000 protestierten gegen den Konterguerillamord an Yeni Ülke Reporter Cengiz Altun

Am Morgen des 24. Februar wurde der zweite Journalist innerhalb des vergangenen Monats in Kurdistan ermordet. Cengiz Altun war gegen 9.00 Uhr auf dem Weg zur Arbeit zum Yeni Ülke-Büro in Batman und wurde auf der Straße von der Konterguerilla durch fünf Schüsse ermordet. Er wurde zwar noch ins Krankenhaus gebracht, starb aber eine Stunde später. Der 24-jährige Journalist war schon als Gymnasiast monatelang in den Gefängnissen von Batman, Siirt und Diyarbakir inhaftiert gewesen. Seit Mai letzten Jahres arbeitete Cengiz Altun im Yeni Ülke-Büro in Batman. Er wurde seitdem wegen seiner objektiven Berichterstattung unzählige Male festgenommen und bedroht.

Am 18. Februar wurde der Diyarbakir-Chef der Zeitschrift 2000'e Dogru, Halit Güngen, in seinem Büro von der Konterguerilla ermordet.

In der Nacht vom 22. auf den 23. Februar hat die Konterguerilla eine Bombe in das Büro des Siirt-Reporters der Zeitung Gü-

nes, Nizam Özelkinci geworfen. Da zu dieser Zeit niemand in dem Büro war, wurde es "nur" total zerstört.
Am 25. Februar kamen 40.000 Menschen zur Beerdigung von Cengiz Altun. Polizeikräfte schnitten den von anderen Städten gekommenen Beerdigungsteilnehmern den Weg vor der Stadt ab. Alle Geschäfte blieben geschlossen. Der Beerdigungszug wurde zu einer Demonstration gegen den Staatsterror und für die Unabhängigkeit Kurdistans. Es wurden Parolen gerufen wie "Unser Märtyrer Cengiz ist unsterblich", "In unseren Reihen gibt es keine Auflösungserscheinungen, in unseren Reihen gibt es das Feuer des Kampfes und die Freundschaft und Euphorie der Völker", "Kurdistan wird zum Grab des Faschismus werden". Auf dem Rückweg nach der Beerdigung wurden zehn Yeni Ülke Redakteure auf der Landstraße von Sicherheitskräften aufgehalten, bedroht und geschlagen. Der Chef des Spezialteams äußerte, daß er sie nur am Leben lasse, weil er entsprechende Anweisungen hat, aber im Frühjahr alle Kurden und vor allem die Yeni Ülke Mitarbeiter umgebracht werden. Die Spezialteams verprügelten die Redakteure und feuerten Schüsse direkt neben ihre Füße ab. Ein Redakteur, Bahattin Özen aus Diyarbakir wurde anschließend festgenommen. Schon seit dem 21. Februar ist der Yeni Ülke Redakteur Ali Riza Akyol aus Hani nicht mehr aufgetaucht, nachdem er der Vorladung zu einer Vernehmung bei der Sicherheitsbehörde von Hani nachgekommen war.
Die Zeitung Yeni Ülke kritisierte, daß von Vertretern der türkischen Regierung sowie von Journalistenverbänden und Gewerkschaften und der Zentrale des Menschenrechtsvereins IHD keinerlei Protestreaktion auf die Ermordung ihres Kollegen erfolgte. Nur die internationalen Journalistenorganisationen FIEJ (Brüssel) und Verein zum Schutz der Journalisten (New York) protestierten gegen den staatlichen Mord an Cengiz Altun. Auch Einzelpersonen aus der Türkei wie Dr. Ismail Besikci und IHD-Vertreter aus Kurdistan, Gewerkschaften (anderer Bereiche als des journalistischen) und alle kritischen Zeitungen und Zeitschriften protestierten. Yeni Ülke wertet das Schweigen der Regierung und der Institutionen, die nicht protestiert haben, als stillschweigende Zustimmung und indirekte Ermunterung, den der Wahrheit verpflichteten und kritischen Journalismus durch Morde zum Schweigen zu bringen.

Zwei Konterguerillamorde an einem Tag

Am 27. Februar ermordete die Konterguerilla den im Gesundheitszentrum arbeitenden Mehmet Sehmus Akinci in Diyarbakir und das HEP-Mitglied Mehmet Emin Narin in Nusaybin.
M. Sehmus Akinci wurde auf der Straße, als er mit seiner Frau auf dem Heimweg von der Arbeit war, erschossen. Er wurde im März vergangenen Jahres unter der Behauptung, der PKK geholfen zu haben, festgenommen.
Der 36-jährige Emin M. Narin wurde mit fünf Schüssen auf der Straße niedergeschossen. Er wurde zwar noch ins Krankenhaus gebracht, wo er aber kurz darauf starb.
Am 23. Februar wurden ebenfalls in Nusaybin dem Oberschüler Farih Gösteris von drei maskierten Konterguerillas schwere Kopfverletzungen beigebracht. Sein Kopf wurde im Krankenhaus von Diyarbakir mit 70 Stichen genäht.

Burhan Serikli in der Untersuchungshaft ermordet

Bei einer Operation der Spezialteams in Batman wurden am 4. März 16 Bauern aus dem Dorf Sexosil festgenommen. Der 18 -jährige Burhan Serikli wurde am nächsten Tag mit verbundenen Augen an der Zellentür aufgehängt gefunden. Die Justiz behauptet, er habe Selbstmord begangen. Sükrü Yilmaz aus dem Dorf Gure in Hasankeyf, der in Sexosil auf Besuch war, als er dort verhaftet wurde, ist seitdem verschwunden.
Außerdem wurden in der ersten Märzwoche in Cizre 12 Menschen, fast alle von der HEP, verhaftet. Am 7. März wurden sieben Menschen aus dem Dorf Akduman verhaftet, weil sie einen Protestbrief gegen den Staatsterror an Demirel geschrieben hatten. Am 10. März wurden zwei Ärzte aus dem staatlichen Krankenmhaus in Sirnak und vier weitere Menschen verhaftet. Am 11. März wurden in Bismil mehrere HEP-Funktionäre verhaftet und am 6. März in Adana eine große Zahl Studenten.

Spezialteamterror in Sirnak

Am 4. März wurde bei einer Aktion der Volksbefreiungsarmee Kurdistans in der Stadt Sirnak ein Polizist getötet. Am nächsten Tag wurden die Stadtbewohner den ganzen Tag lang von mehreren Gruppen von insgesamt 100 Spezialteamkräften terrorisiert und mißhandelt. Schüler wurden auf dem Weg zur Schule gezwungen, sich auf den Boden zu legen und dann mit Gewehrläufen mißhandelt. Später zerstörten die Spezialteams dann eine Reihe von Geschäften und Büros und verstreuten die Waren auf der Straße. Über zehn schwerverletzte Menschen, darunter auch ein 60-jähriger, wurden auf dem zum Krankenhaus verhaftet. Nachdem bekannt wurde, daß noch am selben Tag eine Delegation von SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) und DYP (Partei des richtigen Weges) Abgeordneten Sirnak besuchen sollten zogen sich die Spezialteamkräfte sofort zurück.

Staatsterror gegen Yeni Ülke Mitarbeiter

Seit dem 1. März sind die Yeni Ülke Journalisten Ali Riza Akyol aus Hani und Tahsin Acay in Haft. Seither haben weder ihre Kollegen noch ihre Angehörigen von ihnen eine Nachricht erhalten. Obwohl ein Kollege gemeinsam mit einem Anwalt eine Besuchserlaubnis für Akyol bekommen hatte, wurden sie nicht reingelassen.
Am 7. März drang die Polizei in die Wohnung des Yeni Ülke Vertreters von Bingöl, Berrin Mutevelilizade, ein und nahm seine Verwandten Ramazan Güllü und Ferruh Nafiz Yildirim, die sich zufällig in der Wohnung aufhielten, fest.
Der Yeni Ülke Journalist von Mardin, Ahmet Dal, wurde am 11. März festgenommen. Am gleichen Tag wurde die Mitarbeiterin von Yeni Ülke in Siirt und dortige IHD-Vorsitzende Evin Aydar telefonisch mit Mord bedroht.
Ein Spezialteam überfiel am 12. März unter dem Vorwand, sie würden Beteiligte einer Aktion suchen, die sich angeblich ins Yeni Ülke-Büro geflüchtet hätten, die Redaktionsräume der Zeitung in Cizre. Sie fanden nichts, bedrohten aber die anwesenden Mitarbeiter.

* * *

Boykottiert den Tourismus in die Türkei!



Vor wenigen Tagen hat der Vernichtungskrieg der Türkischen Republik gegen das kurdische Volk wieder einmal einen Höhepunkt erreicht.
Nach der Ermordung zahlreicher kurdischer Oppositioneller und Journalisten sowie des Massakers in Kulp in den vergangenen Wochen ermordete das türkische Militär nun hunderte von Zivilisten bei den Feierlichkeiten zu Newroz.
Doch nicht nur der türkische Staatsterror zeigte sich in diesen Massakern überdeutlich, sondern auch die direkte Beteiligung der BRD an dem Vernichtungskrieg der TR gegen das kurdische Volk.
So wurden bei den Massakern in Cizre und anderen Städten Schützenpanzer und Maschinengewehre eingesetzt, die allesamt aus Deutschland kommen, größtenteils aus den von der BRD geschenkten Beständen der ehemaligen NVA.
Dies ist natürlich nur ein besonders sichtbarer Beweis für die umfangreiche militärische Zusammenarbeit der BRD mit der Türkei. Wie im Kurdistan-Rundbrief dieses Jahres nachzulesen ist, erst recht weitet sich diese auch auf die Ausbildung und Schulung türkischer Sicherheitskräfte durch die GSG-9 und deutscher Polizeivollzugsbeamter, sowie auf umfangreiche Verteidigungshilfe, Rüstungshilfe und Materialhilfe, die von 1980 - 1991 im Werte von 3,95 Mrd DM geleistet wurde. Der jährliche Wertansatz für die Verteidigungshilfe liegt gleichbleibend bei 86,7 Mio DM.
Allein 1991 wurden folgende Materialhilfen geleistet: 5.000 Panzerfäuste RPG 7, 256.125 Kalaschnikows MP-i, 300 Schützenpanzerwagen BTR 60 und 479 Mio Schußmunition; außerdem deutsche NATO-Verteidigungshilfe im Wert von 2,1 Mrd, Materialhilfe im Wert von 2,7 Mrd DM und Sonderverteidigungshilfen im Wert von 1.2 Mrd DM.
Außerdem besteht eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit in Form von finanzieller Unterstützung, Aufbau von Industrieanlagen und der Tourismusindustrie.
Der Tourismus stellt für die Türkei eine ihrer wichtigsten Deviseneinnahmequellen dar. Die BRD investierte in den letzten Jahren verstärkt in diesen Bereich. Deutsche Firmen begannen, erhebliche Summen von Geldern für den Tourismus auszugeben, indem sie Hotels, Feriendörfer u.ä. aufbauten. Allein für die Errichtung des 2. Robinson-Feriendorfes haben westdeutsche Firmen eine Finanzierung von 6,5 Mio DM gewährt. 6 weitere Projekte dieser Art werden vorbereitet bzw. sind mittlerweile in Angriff genommen worden.
Durch die Investitionen der BRD - Firmen im Bereich Tourismus kommen parallel dazu mehr deutsche Touristen in die Türkei. Die Finanzierung für die Errichtung eines Feriendorfes in Höhe von 60 Mio DM in Bodran der Firma Jasmin - Tourismus GmbH sowie die Investitionen der Firma Sonnenschein, TUI und Neckarmann weisen eine erhebliche Steigerung der Investitionen v.a. in den letzten Jahren in diesem Bereich auf. (siehe Deutsch-Türkische Beziehungen seit der Geschichte bis in die Gegenwart)
Allein für 1990 rechnete die Türkei mit Deviseneinnahmen aus diesem Bereich von ca. 3,5 Mrd US - Dollar. Mit diesen Einnahmen wurden dann Waffenkäufe etc. finanziert. Waffen, die wiederum in Kurdistan eingesetzt werden (550 000 Soldaten von insgesamt 800.000 sind in Kurdistan stationiert).
Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Notwendigkeit, zu einem Tourismus-Boykott gegen die Türkei aufzurufen.
In Münster haben wir (der Arbeitskreis Kurdistan und der Kurdische StudentInnenverein) diesen Gedanken aufgegriffen und mit Flugblättern und einer Pressekonferenz, auf der auch über die Reisedokumente der ERNK informiert wurde, mit dem Boykott Aufruf begonnen.
Während im Lokalfunk über den Tourismus-Boykott und seine Hintergründe in einer (kurzen) Nachrichtennotiz hingewiesen wurde, nahm der in der Zeitung erschienene Artikel lediglich (verfälschend) Bezug auf die Reisedokumente.
Weitere Aktionen sollen und müssen folgen!

Unsere Forderungen:

- *sofortiger Tourismus - Boykott!*
- *sofortige Einstellung aller militärischern, politischen und wirtschaftlichen Unterstützung!*
- *Einstellung jeglicher Zusammenarbeit mit der Türkischen Republik - Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes!*

Arbeitskreis Kurdistan,
Kurdischer StudentInnenverein
Münster

NEWROZ – ZEIT

Die Flamme ist die Fahne gegen Hoffnungslosigkeit
Gegen Herrschaft und Dunkelheit
Berge ohne Schrei, ohne Lied und ohne Licht
Sind die Gräber der düsteren Zeit

Deshalb brennt Feuer seit Zarathustra
Seit dem Sieg von dem Schmied Kawa
Es ist Neujahrszeit und Frühlingsanfang
Und bringt den Menschen neue Hoffnung

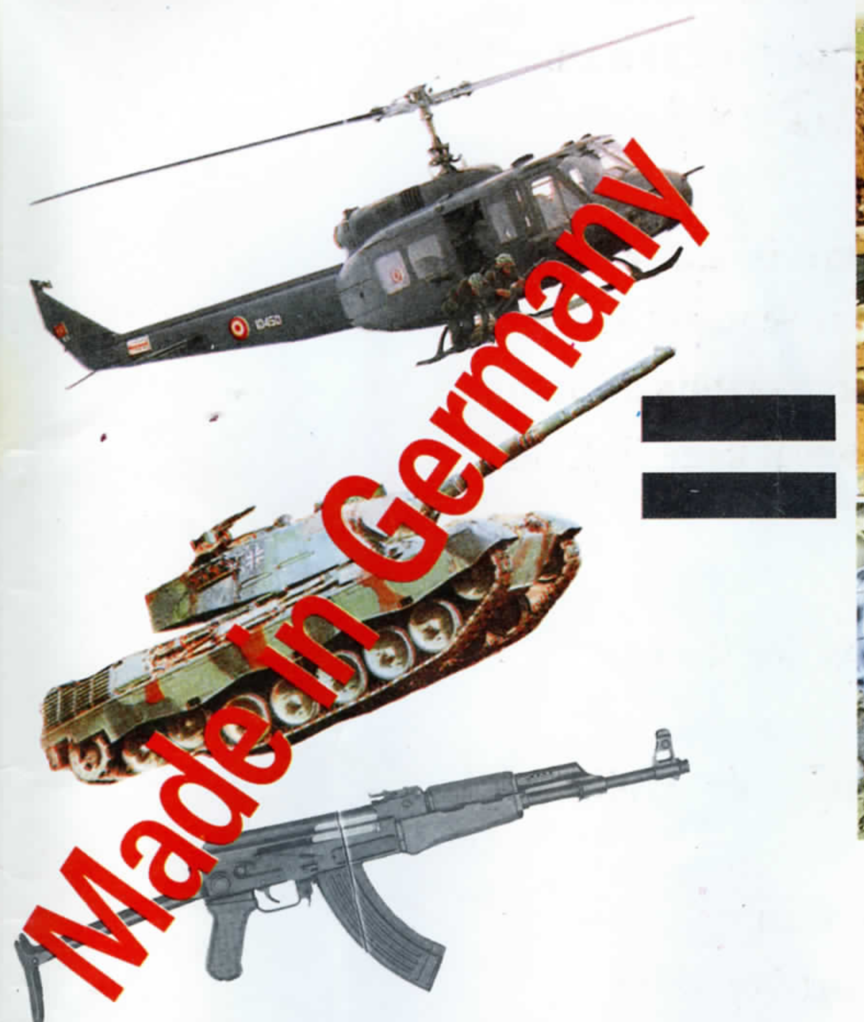
Die Flamme brennt
Auf unseren Bergen in der Nacht
Das Feuer brennt
In unseren Herzen brennt die Freiheit

Die Flamme bringt Wärme
Verschwunden ist die eisige Kälte
Unterdrückung hat nun ein
Ende Durch die Söhne der Berge

Ein Lichtstrahl erscheint am Horizont
Und erblüht die ganze Welt
Es ist ein Licht
Das kommt in der NEWROZ-ZEIT

An die Deutsche Öffentlichkeit...

Die BRD ist mitverantwortlich für den Völkermord des türkischen Staates in Kurdistan!









Materiallieferung 1991:



Panzerfäuste RPG 7	5.000
Kalaschnikows MP-i	256.125
BTR 60 Schützenpanzerwagen	300
Munition	479.000.000

Deutsch NATO-Verteidigungshilfe:	DM 2.052.000.000
Materialhilfe:	DM 2.722.000.000
Sonderverteidigungshilfe:	DM 1.180.000.000

WIE LANGE NOCH?

Schweigen heißt zustimmen!

Boykottiert den Tourismus in die Türkei!



Massaker in Kurdistan

ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans)